

# PROTOKOLL

*über die 46. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr  
am Donnerstag, 13. Dezember 1990, im Rathaus, 1. Stock hinten.  
Gemeinderatsitzungssaal.*

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

### BÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz

### VIZEBÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

Karl Holub

### STADTRÄTE:

Ingrid Ehrenhuber

Erich Sablik

Ing. Othmar Schloßgangl

Rudolf Steinmaßl

Leopold Tatzreiter

Dkfm. Mag. Helmut Zagler

### GEMEINDERÄTE:

Josef Brandstötter

Gerhard Bremm

Roman Eichhübl

Franz Enöckl

Norbert Georgi

Walter Hahn

Karl Hochrathner

Oskar Holub

Engelbert Huber

Anna Jeloucan

Herbert Lang

Johann Manetsgruber

Rudolf Pickl

Edith Radmoser

Franz Rohrauer

Hermann Rupprechter

Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck

Franz Strasser

Walter Strobl

Hubert Sturmberger

Otto Tremel

Christine Wieser

Wolfgang Wieser

### VOM AMT:

Magistratsdirektor Hofrat OSR. Dr.

Franz Knapp

Magistratsdirektor-Stellvertreter

OSR. Mag. Johann Rabl

OMR. Dr. Kurt Schmidl

OSR. Dr. Kurt Wabitsch

SR. Dr. Peter Gottlieb-

Zimmermann

TOAR. Ing. Wolfgang Wein

OAR. Helmut Riedler

OAR. Walter Kerbl

### PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor

MR. Dr. Gerhard Alphasamer

Gerda Gugenberger

# Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

## Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

Arch-6295/88	"Die Stadtpfarrkirche", Monografie, Druckkostenbeitrag.
Ha-7514/90	Oberösterreichische Schulgalerie Steyr-Stadt und Steyr-Land; Auflage einer Publikation.
Ha-4875/89	Bernadette Huber; Studienbeihilfe.
Schul-7541/90	Ankauf von Tonfilmprojektoren für verschiedene Pflichtschulen.
Ha-6742/90	Kath. Privat. Volks- und Hauptschule St. Anna; Subvention.
Wa-1056/65	Reinholdungsverband Steyr und Umgebung; Mitgliedsbeitrag für die Gemeinde Dietach.
Ha-7061/90	Verein Eisenstraße; Subvention.
Ha-6946/90	Jugendzentrum Eisengasse; außerordentliche Subvention.
Ha-7356/90	Stützmauer Seibl am Wehrgraben; Subvention.
Bau5-4177/86	ZAH Steyr; Vergabe Gerätcanschaffung.
Bau5-4177/86	ZAH Steyr; Auftragsweiterung, Gerätcanschaffungen, vorstatische Untersuchung; Vergabe und Mittelfreigabe.
SH-6646/90	Ferienaktionen der diversen Jugendorganisationen; Subventionierung durch die Stadt Steyr.
GHJ2-4232/90	Öffentlicher Spielplatz Schloßpark; Ausstattung mit Spielgeräten und allgemeine Instandsetzung.
GHJ1-7186/90	Ankauf einer Bodenreinigungsmaschine für VS und IIS Tabor (Ersatzbeschaffung).

# Verhandlungsgegenstände

## BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Bau2-6446/86 Verein FAZAT; Umbau des ehemaligen Direktionsgebäudes auf dem Areal der Hack-Werke; Subventionsgewährung.
- 2) FW-613/90 Ankauf eines Teleskop-Hubrettungsfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

## BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHIMAR SCHLOSSGANGL:

- 3) Wa-Erl.-3970/90 Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr.
- 4) GemXIII-2844/88 Novellierung der Kanalanschlußgebührenordnung.

## BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 5) ÖAG-5770/90  
Stadtwerke Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1989.
- 6) ÖAG-7290/90  
Stadtwerke Stadtwerke Steyr, Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn; Verlustsätze 1990 - Aktontozahlung.
- 7) ÖAG-6684/90  
Stadtwerke Wirtschaftsplan der Stadtwerke 1990; Gewährung einer Kapitaleinlage für den Ankauf von zwei Omnibussen für den städtischen Verkehrsbetrieb; Änderung der Zweckwidmung.
- 8) ÖAG-6056/87  
Stadtwerke Erdgaseinstandspreiserhöhung per 1. 1. 1991
- 9) ÖAG-7364/90 Trinkwasserversorgung Waldrandsiedlung; Erneuerung der Versorgungsstränge in der Astartergasse, Edelweißgasse und Plattnerstraße; Auftragsvergaben.

## BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

- 10) GHJ2-7511/90 Zubau eines Waschräume und eines Turngeräteraumes; Baumeisterarbeiten - ASO Industriestraße 4 - 6.

- 11) ÖAG-5524/90 Verkauf eines Teilstückes des Grundstückes 1435/1, KG. Steyr, an die Ehgatten Dr. Erika und Dr. Helmut Saxenhuber, Steyr, Reithoffergasse 1.
- 12) ÖAG-7616/90 Bauvorhaben Resthof III C - Grundbeschaffung.

**BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

- 13) Ha-4900/90 Kompostierbehälter, Förderung; Mittelfreigabe.

**BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

- 14) Sport-1381/90 Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Sportler.
- 15) Bau5-3862/88 Städtisches Hallenbad; Zuerkennung einer Kapitaleinlage.
- 16) Ha-3719/90 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention als Weiterleitung einer Landesförderung.
- 17) Präs-748/90 Bezügeverordnung 1991.
- 18) Präs-279/67  
Präs-790/89 Änderung der Vertragsbedienstetenordnung (VBO).
- 19) Ha-7400/86 Allgemeine Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages; Änderung.
- 20) Ha-4600/90 Voranschlag 1991.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die letzte und sicher wichtigste Sitzung des Jahres und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist.

Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich Herr Gemeinderat Bachner, die Gemeinderäte Vorhauer und Wallner.

Für die heutige Sitzung ersuche ich Herrn Gemeinderat Strobl und Herrn Gemeinderat Treml um Übernahme der Protokollprüfung. Beide Herren haben zugesagt.

Wir kommen damit zu Punkt 2, zur Behandlung von allfälligen Anfragen. Solche liegen mir nicht vor, dieser Punkt ist damit erledigt.

Unter den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich ganz kurz den Monatskurzbericht über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage im allgemeinen für November 1990 vortragen, der seitens des Arbeitsamtes, so wie immer, bereits vorliegt.

Im Laufe des vergangenen Monats haben sich leichte Anzeichen einer vorwiegend saisonbedingten Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt gezeigt. Bei allgemein anhaltender Hochkonjunktur sind dennoch in einzelnen Betrieben und Branchen Wachstumseinbrüche zu verzeichnen. Diese Feststellung scheint durch die Prognosen vorsichtiger Wirtschaftsforscher bestätigt. Österreich wird allgemein von der deutschen Sonderkonjunktur profitieren, eine sich weltweit abzeichnende Rezession wird aber auch hier letztlich nicht spurlos vorübergehen.

Die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen hat sich in unserer Region im Berichtsmonat um 8,7 Prozent auf 2.744 (1.322 Männer und 1.412 Frauen) erhöht. Überwiegend ist der Anstieg auf saisonbedingt abhängige Berufe im Baugewerbe und Fremdenverkehr zurückzuführen.

Fast ein Drittel davon ist jedoch durch vorübergehende Beschäftigungsprobleme eines namhaften Schuherzeugungsbetriebes verursacht. Alle bisher gängigen Klärungsversuche versagen aber bei einer Kommentierung des vorgemerkten Zuwachses im Jahresvergleich. Nach einem Jahr Hochkonjunktur ist die Arbeitslosenzahl trotzdem um 26,7 Prozent höher als zum gleichen Stichtag des Vorjahres. Zunahmen sind hier, zwar gewichtet entsprechend der Struktur des Bezirkes, in praktisch allen Berufshereichen festzustellen. Zu Ende des Berichtsmonats betrug die Zahl der gemeldeten offenen Stellen 168. Das bedeutet eine Veränderung gegenüber dem Vormonat von minus 8,5 Prozent bzw. gegenüber dem Vorjahr von 39,3 Prozent. Auf eine gemeldete offene Stelle entfallen statistisch gesehen 7,5 Arbeitslose.

Die Situation auf dem Lehrstellenmarkt, die Zahl der sofort verfügbaren Lehrstellensuchenden, stagniert derzeit. Die 35 vorgemerkten Jugendlichen sind vorwiegend an einer Unterbringung in den Bereichen Metall, Handel, Büro interessiert, bringen jedoch meist die geforderten Voraussetzungen nicht mit.

Derzeit stehen noch immer 117 Ausbildungsplätze für eine sofortige Besetzung zur Verfügung, darunter 34 Bau-, 34 Fremdenver-

kehrs und 23 Metall-Elektro- und 13 Holzverarbeitungslehrstellen. Mitte November veranstaltet das Arbeitsamt eine Werbeaktion für Lehrstellen, die am Schulschluß 1991 zu besetzen sind. Die Reaktion war beeindruckend stark. Innerhalb von zwei Wochen wurden 347 Ausbildungsmöglichkeiten in den verschiedensten Berufen bekanntgegeben. Dem gegenüber stehen derzeit 36 Bewerber bzw. Bewerberinnen. Für die nächsten 2 Monate ist eine größere Zahl von Anmeldungen zu erwarten.

Soweit der Monatskurzbericht über die Arbeitsmarktlage. Das bezieht sich natürlich nicht nur auf die Stadt Steyr, sondern auf den Arbeitsamtsbezirk Steyr und eben auch auf diesen Schuh-Erzeugungsbetrieb. Ich ersuche um Kenntnisnahme dieser Mitteilung. Damit ist dieser Punkt erledigt, wir kommen zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen wurden so wie immer zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle GR-Mitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Damit kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen und ich darf gleich Kollegen Leithenmayr um Übernahme des Vorsitizes ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Herrn Bürgermeister zur Berichterstattung das Wort.

BERICHTERSTATTER  
BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Ge-

meinderates, ich habe Ihnen zwei Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen und darf gleich um die Zustimmung bitten.

Im ersten Antrag geht es um eine Subvention für den Verein FAZAT zum Umbau des ehemaligen Direktionsgebäudes auf dem Areal der Hack-Werke. Hier wurde der dritte Teilbetrag der vereinbarten Raten seitens des Bundesministeriums der Stadt überwiesen und vereinbarungsgemäß ist diese Subvention an den Verein weiterzugeben. Ich bitte, folgendem Antrag die Zustimmung nicht zu verweigern:

1) Bau2-6446/86

Verein FAZAT; Umbau des ehemaligen Direktionsgebäudes auf dem Areal der Hack-Werke; Subventionsgewährung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 26. November 1990 wird dem Verein FAZAT für das Projekt "beispielhafte Sanierung des ehemaligen Direktionsgebäudes auf dem Areal der ehemaligen Hack-Werke" eine nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 1,4 Millionen als Weiterleitung eines vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten in dieser Höhe gewährten, nicht rückzahlbaren Beitrages gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 1.400.000,--

(eine Million vierhunderttausend) werden bei VSt 5/2870/777000.2 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für die Antragstellung. Wer wünscht zu diesem Antrag das

Wort? Es wird nicht das Wort gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Auch niemand, somit gilt dieser Antrag als einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag geht es um den Ankauf eines Teleskop-Hubrettungsfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

Die Freiwillige Feuerwehr benötigt für den Feuerwehr-Bezirk Steyr-Stadt ein Teleskop-Hubrettungsfahrzeug, und zwar deshalb, weil die derzeit in Verwendung stehende Gelenkbühne, Baujahr 1973, aufgrund der langen Nutzungsdauer in keiner Weise mehr den Anforderungen eines modernen Rettungsgerätes der Brandbekämpfung entspricht. Daher muß dieses ausgeschrieben werden. Ich darf Ihnen den Antrag des Stadtsenates zur Kenntnis bringen.

## 2) FW-613/90

Ankauf eines Teleskop-Hubrettungsfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 3. 12. 1990 wird im Zusammenhang mit dem Ankauf eines Teleskop-Hubrettungsfahrzeuges für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Steyr nachstehenden Auftragsvergaben zugestimmt:

1. Fahrgestell - Steyr 26 S 317P 41/6x2/4, Fa. Schmid

1.615.500,-- i. M.

2. Feuerwehertechnischer Aufbau: Fa. General-Hydraulics, Attnang

5.860.200,-- i. M.

Gleichzeitig wird der Rückgabe der vorhandenen Gelenkbühne an die Fa. General-Hydraulics, Attnang, zum Preise von S 1.000.000,-- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden im Finanzjahr 1990 Mittel im Ausmaß von

S 2.500.000,--

(zwei Millionen

fünfhunderttausend)

bei der VA-Stelle 5/1630/040020.2 freigegeben.

Die Freigabe der Restmittel bleibt einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

Der für die Rücknahme des Altfahrzeuges genannte Betrag in Höhe von S 1.000.000,-- ist haushaltsmäßig zu vereinnahmen.

Es wurden hier, das darf ich auch anführen, viele Gespräche mit dem zuständigen Löschzug, mit dem Feuerwehrkommando geführt. Die große Preisdifferenz, die sich zwischen einigen Bietern ergeben hat, hat letztlich dazu geführt, daß auch das Kommando diesem Ankauf die Zustimmung erteilt hat. Wir haben nicht nur diese Ausgabe für die Feuerwehr, sondern auch andere Bereiche sind nicht unwesentlich zu finanzieren. Der wesentlichste Punkt war, da sich beim feuerwehertechnischen Teil die Firma bereiterklärt hat, das derzeitige Gerät um 1 Million zurückzunehmen. Die andere Firma war nicht bereit, einen solchen Betrag dafür zu leisten. Das hat den wesentlichen Unterschied im Ausschreibungsergebnis erbracht. Ich bitte um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, wer das Wort wünscht? Herr Gemeinderat Oskar

Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:  
Sie werden sich vielleicht wundern, warum ich mich bei der Feuerwehr zu Wort melde. Ich habe hier ein Schreiben des Löschzugs II der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Steyr. Da wird extra darauf hingewiesen, daß vor allem im Bereich der Personenbergung das teurere System dringend anzuraten wäre. Wenn man bedenkt, daß die Feuerwehr mit diesem Gerät in den nächsten 20 Jahren arbeiten muß, wäre es doch sinnvoll, das teurere und bessere Gerät anzuschaffen. Ich glaube, daß da am falschen Platz gespart wird.

VIZEBÜRGERMEISTER  
HERMANN LEITHENMAYR:  
Der Nächste ist Kollege Vizebürgermeister Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL  
HOLUB:

Ich werde jetzt wahrscheinlich genau dasselbe sagen wie der Antragsteller oder der Finanzreferent, daß dieser Brief natürlich an alle Fraktionen ergangen ist. Daß es Erhebungen gegeben hat über den Inhalt dieses Briefes, ich möchte nicht Wahres als unwahr oder Unwahres als wahr bezeichnen. Fest steht, daß unter dem Strich herausgekommen ist, daß die vom Löschzug beantragte Bühne - so bin ich informiert - daß die vom Löschzug favorisierte Bühne genaugenommen vom Lieferanten gar nicht lieferbar gewesen wäre, jedenfalls nicht unter den Bedingungen, die vorweg einmal in Diskussion gestanden sind und daß sich das Gerät, das jetzt vorgeschlagen wird, als auch praktikabel erweist. In Anbetracht der Feststellungen

des Kommandos der Freiwilligen Feuerwehr kann man wohl nichts anderes tun, als diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Der Herr Bürgermeister wünscht ein Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Ich darf sagen, Kollege Holub, daß wir uns diese Sache sehr genau angesehen haben und sich auch das Kommando der Feuerwehr - Verhandlungspartner ist und muß für uns sein - das Bezirksfeuerwehrrkommando und nicht ein einzelner Löschzug. Das ist die Voraussetzung dafür. Nachdem das Kommando, aber auch wir zur Auffassung gelangt sind, daß hier die Unterschiede, die technischen Unterschiede - es gäbe dazu viel zu sagen, ich möchte mich aber dazu nicht verbreitern - nicht so groß sind und der Einsatz - beispielsweise in Wels ist diese Bühne ebenfalls im Einsatz - sich bisher bewährt hat und wir uns etwa S 600.000 dadurch ersparen und praktisch ein gleichwertiges Gerät anschaffen, so glaube ich, ist der Gemeinderat gut beraten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Gemeinderates, die für diesen Antrag sind, zum Zeichen der Zustimmung die Hand zu heben? Gegenprobe? Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (GAL).

Damit ist der Antrag angenommen.  
Ich gebe den Vorsitz an den Herrn  
Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Ich ersuche Kollegen Schloßgangl  
um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER STADT-  
RAT ING. OTHMAR SCHLOSS-  
GANGL:

Schr geehrte Herren Bürgermeister,  
meine Damen und Herren des  
Gemeinderates!

Mit Beschluß des Gemeinderates  
der Stadt Steyr vom 26. 11. 1987  
wurde die Kanal-  
benützungsgebührenordnung vom  
29. 3. 1976 dahingehend ab-  
geändert, daß die Kanal-  
benützungsgebühr auf S 12,-/m<sup>3</sup>  
zuzgl. MWSt. ab 1. 1. 1988  
angehoben wurde. Nunmehr wurde  
mit Erlaß des Amtes der OÖ. Lan-  
desregierung vom 7. 5. 1990  
mitgeteilt, daß die OÖ. Landesre-  
gierung in ihrer Sitzung vom 2. 4.  
1990 beschlossen hat, eine Anhe-  
bung der Mindestsätze für An-  
schluß- und Benützungsgebühren  
für Abwasserbeseitigungsanlagen,  
welche aus Landesmitteln gefördert  
werden, vorzuschreiben. die Höhe  
der Sätze und die Fristen für deren  
Wirksamkeit lauten:

Abwasserbeseitigungsanlagen

(Preise ohne USt.)

ab 1. 1. 1991	13,50/m <sup>3</sup>
1992	15,--/m <sup>3</sup>
1993	16,50/m <sup>3</sup>
1994	18,--/m <sup>3</sup>
1995	19,50/m <sup>3</sup>
1996	21,--/m <sup>3</sup>
1997	22,50/m <sup>3</sup>

Im Sinne des Regierungsbeschlus-  
ses darf die Benützungsgebühr bei  
allen laufenden und neuen Bau-  
vorhaben ab 1. 1. 1991 nicht unter

den angegebenen Richtsätzen  
liegen. Die jährliche Staffelung der  
Benützungsgebühren von S  
1,50/m<sup>3</sup> ab 1. 1. 1991 bis 1. 1.  
1997 sollte nach Möglichkeit in ei-  
ner einmaligen Beschlußfassung  
festgelegt werden.

Darüber hinaus wurde vom Stadt-  
steuerreferat des Magistrates der  
Stadt Steyr darauf hingewiesen,  
daß derzeit im § 4 der Kanal-  
benützungsgebührenordnung fest-  
gelegt ist, daß die Kanal-  
benützungsgebühr für  
Grundstücke, die nicht oder nur  
teilweise an die städtische Wasser-  
versorgungsanlage angeschlossen  
sind, nach dem durchschnittlichen  
Wasserverbrauch für Grundstücke  
ähnlicher Größe, Ausstattung und  
Verwendungsart berechnet wird,  
wobei dieser Wasserverbrauch der-  
zeit mit 100 l pro Tag und Person  
pauschaliert ist. Laut Auskunft des  
Stadtsteueramtes erscheint diese  
Pauschalmenge von 100 l pro Tag  
und Person als zu gering bemessen,  
sondern wäre entsprechend dem  
durchschnittlichen vergleichbaren  
Wasserverbrauch ein Pauschalsatz  
von 150 l pro Person angemessen.  
Es wird daher vorgeschlagen, die  
zitierte Bestimmung des § 4 wie  
folgt neu zu fassen:

"Die Kanalbenützungsgebühr für  
Grundstücke, die nicht oder nur  
teilweise an die städtische Wasser-  
versorgungsanlage angeschlossen  
sind, wird pauschal mit 150 l pro  
Tag für jede auf diesem  
Grundstück meldebehördlich an-  
gemeldete Person bemessen".

Der Antrag lautet daher:

3) Wa-Erl.-3970/90

Erhöhung der Kanal-  
benützungsgebühr.

Der Gemeinderat wolle be-  
schließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 4. Oktober 1990 wird die in der Anlage beige-schlossene Verordnung betreffend die Änderung der Kanalbenützungsgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt (BEILAGE).

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Zu Wort gemeldet ist Kollege Tremml.

**GEMEINDERAT OTTO TREML:**

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Kanalbenützungsgebühr wurde, wie Sie sicherlich alle noch genau wissen, bereits vor zwei Jahren am 1. 1. 1988 auf 12 Schilling/m<sup>3</sup> Wasser erhöht. Nun wird fast eine Verdoppelung der Gebühr bis zum Jahre 1971 beantragt. Das heißt genau in 7 Jahresraten ab 1. Jänner 1990 bis 1. 1. 1997 wird die Kanalgebühr von derzeit - wie der Antragsteller schon berichtet hat - S 12,- pro Wasserverbrauch um S 10,50 auf rund 22,50 oder um über 87 Prozent steigen. Dazu kommt natürlich noch die 10 %ige Mehrwertsteuer, das heißt, daß der Verbraucher im Jahre 1997 fast rund 25 Schilling pro m<sup>3</sup> Wasser entrichten muß. Die Stadt wird laut Erlaß der OÖ. Landesregierung - ich möchte auch ganz offen sagen, man redet sich oft sehr viel auf die Landesregierung aus, und es stimmt, daß dieser Erlaß gekommen ist, aber schauen wir uns doch einmal die Zusammensetzung dieser Landesregierung in Oberösterreich an. Dort sitzen 5 ÖVP-Politiker und 4 SPÖ-

Politiker. Die sind mit verantwortlich, daß solche Erlässe an die Gemeinden herauskommen und die wieder gezwungen sind, über Gebühren- und Tariferhöhungen ihre Bevölkerung über Gebühr zu belasten. Sie schreiben vor, bei Nichterfüllung dieser Vorschreibung würde die Stadt keine Landesförderungsmittel mehr für den notwendigen Kanalbau erhalten.

Ich glaube, daß ich in diesem Kreis nicht besonders eingehen brauche darauf - ich sagte dies vor zwei Tagen im Finanz- und Rechtsausschuß, daß solche Vorschreibungen eine grobe Einschränkung der Gemeindeautonomie, also des selbständigen Handelns, darstellen. Gegen diesen erpresserischen Druck müßten sich meiner Meinung nach alle Gemeindevertretungen, nicht nur in Steyr, sondern auch der anderen 444 oberösterreichischen Gemeinden zur Wehr setzen. Man geht halt den leichteren Weg, so auch bei uns in der Stadt, und belastet die breite Bevölkerung. Sie können sicher sein, daß ich als Vertreter der kommunistischen Partei die Verdoppelung der Kanalgebühr entschieden ablehne.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Danke. Kollege Eichhübl bitte.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**

Der erste in den Reihen von weiteren Erhöhungsanschlügen - möchte ich fast sagen - also Erhöhungsanträgen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, befaßt sich bekanntlich mit der Erhöhung der Kanalbenützungsgebühr und wird damit begründet, daß, wenn

die Stadt Steyr in diesem Bereich ihre Gebühren und Tarife nicht entsprechend anhebt, auf der anderen Seite Gefahr läuft, vom Land Oberösterreich entsprechende Förderungsmaßnahmen nicht in entsprechender Höhe zu bekommen und zu erhalten. Das, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist für mich ein Grund, diesem Antrag die Zustimmung seitens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion nicht zu geben. Es ist ja nicht einzusehen, daß ständig das Land Oberösterreich die Autonomie der Gemeinden aushöhlt und einschränkt und sie quasi zwingt, Tarife und Gebühren anzuheben, die in diesem Ausmaß – so auch heute – sicherlich nicht notwendig wären oder gewesen wären, wenn man auch berücksichtigt, daß Umweltschutz eben Geld kostet. Wie überhaupt, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Aktivitäten des Landes Oberösterreich im Hinblick auf Umweltschutz sehr fragwürdig sind, wenn man bedenkt – das ist nachweisbar aufgrund des Nachtragsvoranschlages, des letzten – daß eine Summe von 100 Mio. Schilling, die für den Umweltschutz vorgesehen war, nur zum Teil, zu einem geringen Anteil, verwendet wurde, ja sogar zum Teil zweckentfremdet verwendet wurde. So hat es eigentlich, was den echten Umweltschutz von diesen 100 Mio. Schilling betrifft, nur 5 Mio. ausgegeben und viele andere Millionen wurden Volkspartei und SPÖ-nahen Vereinen und Sportverbänden zur Verfügung gestellt.

So erhielt z. B. der LASK gleich 3 Millionen Schilling. Das Budget jedoch, das betone ich nochmals, sieht 100 Millionen für diesen Bereich vor. Unter diesem Aspekt,

meine Damen und Herren, werde ich auch dem nächsten Antrag die Zustimmung seitens der Freiheitlichen Fraktion nicht geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Spöck bitte.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Beide Anträge, die gewaltige Erhöhung – die genauen Zahlen hat ja schon Kollege Tremml ausgeführt – der Kanalbenützungsgebühr als auch die Novellierung der Kanalanschlußgebührenordnung sind sicherlich keine erfreulichen Anträge. Auch ich habe bereits in der Finanz- und Rechtsausschußsitzung darauf hingewiesen. Es wird ja in der heutigen Zeit sehr gerne das Wort Umweltschutz in den Mund genommen. Das Wort Umweltschutz nimmt jede Partei gerne in den Mund. Umweltschutz kostet aber sehr viel Geld und ist auch zum Teil sehr schwer finanzierbar. Mit reden und fordern alleine ist meiner Ansicht nach nichts getan. Es muß gehandelt werden und außerdem, Kollege Eichhübl und Tremml, wie sie auch ausgeführt haben, es ist uns seitens des Landes ein Korsett gesetzt, allen Gemeinden ein Korsett gesetzt in Form von Richtlinien, denen wir nicht auskommen. Es wäre im Moment sicherlich populärer, gegen die Erhöhungen zu sein, aber ich glaube, nicht auf Sicht. Insbesondere auch, wenn ich an unseren eigenen Kanalbau denke. Die Stadt

und der Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, an dessen Bauinvestitionen die Stadt ja mit 61,5 Prozent beteiligt ist, haben in den vergangenen Jahren in den Bauabschnitten 1 - 5 144 Mio. Schilling allein die Stadt, und 301 Mio. nur der städtische Anteil am Reinhaltungsverband realisiert. Bekanntlich ist ja entsprechend dem Kanalbauprogramm abgewickelt worden der Bauabschnitt 5 und 6. Der Bauabschnitt 7 ist ja noch in Vorbereitung.

Im Voranschlag 1991 sind rund 24 Mio. Schilling für die Abwasserbeseitigung vorgesehen. Daher werden wir von der ÖVP-Fraktion diesem Antrag zustimmen. Sicherlich nicht mit Freude, wie ich eingangs erwähnt habe, aber eines müssen wir uns vor Augen führen, Umweltschutz kostet eben Geld.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Kollege Leithenmayr bitte.

**VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich hätte eigentlich dazu nicht Stellung genommen, wenn nicht Kollege Eichhübl die Meinung vertreten hätte, es ist nur ein verschwindender Anteil für den Umweltschutz aufgewendet worden. Das Geld sei zweckentfremdet an Vereine gegangen. Ich muß das als Demagogie bezeichnen, die gleich am Beginn der Sitzung mir nicht angebracht erscheint.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**

Das hat aber nicht die Gemeinde

betroffen, sondern das Land.

**VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Noch dazu wenn es so wenig stimmt. Umweltschutz ist eine sehr umfassende Angelegenheit. Wir werden heute im Zuge des Budgets noch Gelegenheit haben, darüber zu reden. Wir verstehen halt beim Umweltschutz vor allen Dingen die riesigen Aufwendungen für die Abwasserbeseitigung, die schon angeführt wurden.

Es ist so, daß auch neben den direkten Leistungen auch indirekte im Umweltschutzbereich stattgefunden haben. Das geht hin bis zur Verminderung des Lärms, der Hebung der Wohnqualität und vieles andere mehr. Ich muß auf die Müllbeseitigung hinweisen, die bei uns doch in einer hervorragenden Weise geschieht und wo wir beispielgebend und in Solidarität und nicht nur mit Lippenbekenntnissen auch den Umlandgemeinden zu Hilfe gekommen sind, hier wirklich auch Schrittmacherleistungen gesetzt haben, daß dieses schwierige Problem, das uns belasten wird, in den Griff genommen werden kann. Ich würde bitten, bei diesen schwierigen Fragen doch mit etwas mehr Ernst an die Dinge heranzugehen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich danke Kollegen Leithenmayr für seinen Beitrag.

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer diesem Antrag die Zustimmung gibt? Danke. Gegenteilige Auffassung? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 3 Gegenstimmen (KPÖ, GAL,

FPÖ) angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Die Stadt Steyr hat eine Kanalanschlußgebührenordnung beschlossen in der Sitzung des Gemeinderates vom 31. Jänner 1974, in der Fassung der Gemeinderatsbeschlüsse vom 1. 3. 1977, 24. 11. 1983 und vom 26. 6. 1985, sowie vom 28. 10. 1988. Letztmalig wurde diese Kanalanschlußgebühr in der Sitzung des Gemeinderates vom 20. 10. 1988 geändert, wonach für den Gebührensatz des Kanalaltbaugebietes der Einheitssatz mit S 50,--/m<sup>2</sup> und für das Kanalneubaugebiet mit S 135,--/m<sup>3</sup> festgesetzt wurde. Aufgrund der derzeitigen Kostenverhältnisse für die Errichtung von Abwasserbeseitigungsanlagen hat das Amt der OÖ. Landesregierung mit Erlaß vom 7. 5. 1990, Zahl BauW-IV-7002/17.1990 mitgeteilt, daß die OÖ. Landesregierung in ihrer Sitzung vom 2. 4. 1990 eine Anhebung der Mindestsätze für Kanalanschlußgebühren beschlossen hat wie folgt:

Abwasserbeseitigungsanlagen S 5.600,- je Belastungseinheit, mindestens jedoch S 22.400,-- je Hausanschluß.

Diese Neufestlegung der Mindestkanalanschlußgebühr ist auf die Stadt Steyr zwar unmittelbar nicht anwendbar, da das Gebührensystem der Stadt Steyr völlig anders gelagert ist und mit der Unterscheidung in Kanalalt- und -neubaugebiet in Oberösterreich einzigartig ist, dennoch ist in diesem Zusammenhang mehreres zu beachten.

Der Beschluß der Landesregierung vom 2. 4. 1990 sieht unter anderem eine Mindestanschlußgebühr von S 22.400,- ohne MWSt. pro Hausan-

schluß vor. Die Kanalanschlußgebührenordnung der Stadt Steyr kennt eine Mindestanschlußgebühr nicht, hat im Gegensatz dazu jedoch eine Höchstgebühr vorgesehen. § 3 Abs. 6 lautet: Sofern die Gebührenbemessung in Kanalaltbaugebieten S 10.000,- und in Kanalneubaugebieten S 30.000,-- an Kanalanschlußgebühr übersteigt, so bleiben für die weitere Gebührenbemessung Flächen außer Betracht, wenn diese weder wohnlichen noch gewerblichen noch industriellen Zwecken dienen. Es scheint im Hinblick auf die von der Landesregierung vorgeschlagene Mindestgebühr doch zumindest überlegenswert, auch in Steyr eine ähnliche Regelung in die Kanalanschlußgebührenordnung aufzunehmen, die eine Mindestgebühr von S 22.400,- exkl. USt. pro Hausanschluß vorsieht.

Die Magistratsabteilung III schlägt in ihrer Stellungnahme vom 25. Juni 1990 vor, unter der Voraussetzung, daß der Einheitssatz für Kanalneubaugebiet auf S 150,--/m<sup>2</sup> und für Kanalaltbaugebiet auf S 60,--/m<sup>2</sup> erhöht wird, die Höchstanschlußgebühr gemäß § 3 Abs. 6 der Gebührenordnung für Kanalaltbaugebiet von S 10.000,-- auf S 12.000,-- zu erhöhen, damit gewährleistet ist, daß, so wie bei Kanalneubaugebiet, eine einheitliche Höchstquadratmeterzahl von 200 m<sup>2</sup> sowohl für Kanalneubaugebiet (200 m<sup>2</sup> x S 150,- = S 30.000,--) als auch für Kanalaltbaugebiet (2 m<sup>2</sup> x S 6,- = S 12.000,--) eingeführt wird, wobei diese Höchstgrenze wie auch bisher nur für jene Flächen gilt, die weder Wohn-, Gewerbe- noch Industriezwecken dienen.

Ich würde bitten, daß mir der Rest dieser langen Verordnung erspart wird, es ist ja hinlänglich bekannt. Für die Presse, falls nötig, stellen wir gerne ein Exemplar zur Verfügung. Ich darf daher den Antrag an den Gemeinderat stellen:

4) GemXIII-2844/88

Novellierung der Kanal-  
anschlußgebührenordnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 2. Oktober 1990 wird die in der Anlage beige-schlossene Verordnung betreffend die Novellierung der Kanal-anschlußgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt (BEILAGE).

Ich bitte, auch darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Danke. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Nun haben Sie ja wieder gehört, es heißt vom Antragsteller, aufgrund des Erlasses der OÖ. Landesregierung sind die Kanal-anschlußgebühren anzuhoben. Wenn man das so weiter fortsetzt, erübrigt sich eigentlich eine Sitzung des Gemeinderates. Wenn die Erlasse von der Landesregierung kommen, die haben ja auch heute Budgetdebatte, vielleicht beschließen sie neuerliche Erhöhungen. Wir nehmen das alles zur Kenntnis und es wird einfach mittels Erlaß weitergeleitet an die Benützer. Ich möchte auch hier in Erinnerung rufen, die letzte

Erhöhung wurde von Ihnen, von der Mehrheit des Gemeinderates, gegen meine Stimme natürlich, 1988 bereits beschlossen und zwar im Kanalneubaugebiet von damals S 35,- auf S 50,-/m<sup>2</sup>, in Kanal-neubaugebieten von S 110,- auf S 135,-. Jene, die ein Haus gebaut haben und die Anschlußkosten zahlen müssen, haben sehr darunter gelitten und kurz vor dieser Sitzung hat mir ein Kollege des Gemeinderates dies auch bestätigt. Nun wird eine Erhöhung der Anschlußgebühr sogar auf 150,- beantragt und in den Kanalaltbaugebieten soll sie von derzeit 50,- auf 60,- erhöht werden. Das bedeutet, daß innerhalb dieser 3 Jahre die Kanalanschlußgebühren von 110,- auf 150,- Schilling oder 36 Prozent steigen, und in den Altbaugebieten sogar um 71 Prozent, nämlich von 35 auf 60 Schilling/m<sup>2</sup> erhöht werden. Dieser Kanalanschlußgebühren-ordnung, wie sie heute vorliegt zur Beschlußfassung, mit der gravierenden Gebührensteigerung, werde ich selbstverständlich die Zustimmung verweigern.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Treml für seinen Beitrag. Nächster ist Kollege Oskar Holub.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:  
Ich fühle mich in dieser Sache persönlich betroffen. Wir haben ein Haus im Wehrgraben gekauft, haben es fremdfinanziert, renoviert und haben darin vier Mietwohnungen mehr oder minder aus eigener Tasche bezahlt. Wir verlangen dafür auch einen wirklich sehr niedrigen Mietzins. Uns ist vor kurzem eine Rechnung für Kanal-

anschlußgebühr über 130.000,-- Schilling ins Haus geflattert. Da frage ich mich schon, wer von den Privaten wird da noch Interesse haben, ein Althauseigentum zu übernehmen bzw. haben wir keine Lust und auch keine Möglichkeit, das auf die Mieten zu überschlagen. Ich glaube nicht, daß da die Stadt sehr fördernd eingreift in Richtung Althausanierung. Ich glaube, daß eher das wirklich zu schweren Bedenken bei Althausbesitzern führen wird.

Vor allem die Erhöhung im Kanal-Altbauggebiet erscheint uns wirklich bedenklich und wird sicher weiter den Verfall von Steyrdorf fördern etc. Danke.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Danke. Kollege Eichhübl bitte.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe an und für sich nicht vorgehabt, mich zu dieser Thematik noch einmal zu Wort zu melden, weil ich bereits bekanntgegeben habe, daß ich auch den zweiten Antrag, betreffend die Kanalisation hier in Steyr und die Erhöhungen ablehne, und zwar mit Begründung ablehne. Aber die Wortmeldung ist deshalb notwendig, weil ich offensichtlich von Herrn Vizebürgermeister Leithenmayr mißverstanden worden bin, als ich gemeint habe, daß eine Summe von 100 Mio. Schilling für Boden, Wasser, Luft als Maßnahmen des Landes vorgesehen waren und davon nur ein geringer Teil verwendet wurde. Ich habe

mich ausdrücklich auf das Land bezogen und nicht auf die Stadt Steyr. Denn tatsächlich ist es ja so, daß von diesen 100 Mio. Schilling des Landes Oberösterreich, die präliminiert waren, für diesen Bereich 88 Millionen ausgegeben wurden. Das nur zur Klarstellung meiner vorhergehenden Wortmeldung.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie für den Antrag sind? Danke. Gegen den Antrag? Der Antrag ist mit drei Gegenstimmen (FPÖ, KPÖ, GAL) angenommen.

Kollege Steinmaßl ist der Nächste.

**BERICHTERSTATTER STADT-RAT RUDOLF STEINMASSL:**

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Vor meiner Antragstellung erlauben Sie mir, zu den nun folgenden Jahresbilanzen der Stadtwerke einige Erläuterungen und Feststellungen zu machen.

Die Novelle zum Körperschaftssteuergesetz 1988 hat der Unternehmensleitung die Möglichkeit eröffnet, die beiden Versorgungsbetriebe, Gaswerk und städtischer Verkehrsbetrieb, ab dem Veranlagungsjahr 1989 zu einem Versorgungsvertriebsverbund zusammenzufassen, wodurch die aus dem Verkehrsbetrieb resultierenden Verluste den im Gaswerk erwirtschafteten Gewinn verminderten. Da die Novelle zum Körperschaftssteuergesetz 1988 auch das Gewerbesteueraufkommen minderte, war eine Steuerersparnis

im Ausmaß von rund 4,320.000 Schilling gegeben. Die Zusammenlegung der beiden Teilbetriebe erforderte die Erstellung zweier Jahresbilanzen für 1989, wobei eine für den bereits erwähnten Versorgungsbetriebsverbund und eine für die Teilbetriebe Wasserwerk, Bestattung, Krematorium und Leichenhalle sowie städtische Bäder und Kunsteisbahn Geltung hat. Außer den Einsparungen im Bereich des Körperschaftssteuer- und Gewerbesteueraufkommens haben die Strukturveränderungen auf das Gesamtunternehmen keinen Einfluß gehabt.

Da das Wirtschaftsjahr 1989 für die Stadtwerke Steyr von der Novelle des Körperschaftsteuergesetzes besonders geprägt war, erlaube ich mir, die Neufassung des § 2 Abs. 3 des Körperschaftsteuergesetzes 1988 Ihnen wortwörtlich zur Kenntnis zu bringen:

§ 2 Abs. 3 Körperschaftsteuergesetz heißt:  
Versorgungsbetriebe einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes werden als einheitlicher Betrieb gewerblicher Art behandelt, wenn sie organisatorisch zusammengefaßt und unter einer gemeinsamen Leitung stehen. Versorgungsbetrieb ist nur ein Betrieb, der die Bevölkerung mit Wasser oder Gas, Elektrizität oder Wärme versorgt, oder der dem öffentlichen Verkehr einschließlich des Rundfunks oder dem Hafenbetrieb dient.

Soweit der Gesetzestext. Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, erlauben Sie mir, das Bilanzergebnis der Stadtwerke Steyr ohne die Teilbetriebe Gaswerk und Verkehr für das Wirtschaftsjahr 1989

bekanntzugeben. Im Teilbetrieb Krematorium und Leichenhalle konnte ein Gewinn in Höhe von S 47.743,21 bei gleichzeitiger Bildung einer freien Rücklage in Höhe von S 300.000,- erwirtschaftet werden. Der Teilbetrieb Wasserwerk hat mit einem Gewinn von S 13.569,43 bei gleichzeitiger Bildung einer freien Rücklage in Höhe von 4.700.000,- abgeschlossen. Bei den Teilbetrieben Bestattung, Stadtbad, Kunsteisbahn, wurden Verluste in folgender Höhe ausgewiesen:

Bestattung S 593.238,71, Stadtbad 4.778.828,60, Kunsteisbahn 1.140.211,28. Dies ergibt für die erwähnten Teilbetriebe einen Gesamtverlust in Höhe von 6.450.965,95. Der Steyrer Versorgungsbetriebsverbund Gas und Verkehr hat im Wirtschaftsjahr 1989 mit einem Gewinn von 55.250,48 bei gleichzeitiger Bildung einer freien Rücklage in der Höhe von 800.000 Schilling abgeschlossen. Der Steyrer Versorgungsverbund Gas und Verkehr, der entsprechend den Bestimmungen des Körperschaftsgesetzes 1988 organisatorisch zusammengefaßt wurde, sodaß sich nunmehr ein einheitliches Rechenwerk ergibt, hätte bei getrennter Darstellung im städtischen Gaswerk einen Gewinn in Höhe von 9.951.966,60 bei gleichzeitiger Bildung einer freien Rücklage in Höhe von 800.000,-. Im städtischen Verkehrsbetrieb wurde ein Verlust von 9.896.746,12 erwirtschaftet.

Das Geschäftsjahr 1989 war grundsätzlich davon geprägt, daß keine Tarifveränderungen erfolgten und Umsatzsteigerungen lediglich in den Teilbereichen Gaswerk, Leichenhalle und Wasserwerk bzw. Kunsteisbahn erwirkt werden

konnten. Ein Saldieren aller Betriebe hinsichtlich der Erfolgsergebnisse zeigt, daß im Geschäftsjahr 1989 unter Einbeziehung der im Organisationsstatut für die Unternehmungen der Stadt Steyr geforderten Rücklagen, eine wesentliche Verbesserung eingetreten ist. Das Geschäftsergebnis kann als annähernd ausgeglichen interpretiert werden.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu den einzelnen Teilbetrieben, das dauert aber ein bißchen länger.

Im Verkehrsbetrieb war 1989 ein weiterer Fahrgastrückgang von rund 142.000 Beförderungen zu verzeichnen. Davon sind rund 64 Prozent auf verminderte Schülerfreifahrten, und der Rest ist auf den Bereich des Einzelfahrscheines und des Pensionistenfreifahrtscheines zurückzuführen. Dies ist sicherlich auf die verminderte Inanspruchnahme des Seniorenpasses zurückzuführen. Die fallende allgemeine Tendenz bei den Beförderungsleistungen ist im Jahre 1989 sicherlich dem bei der Steyr-Daimler-Puch AG rückläufigen Arbeitsplatzangebot zuzuordnen. Im Gegensatz dazu zeigt das erste Halbjahr 1990, daß nach wie vor ein verstärkter Trend in Richtung Zeitkarten und Mehrfahrscheine gegeben ist. Der Rückgang an Beförderungsleistungen fand im Vergleich zum Jahr 1989 keine Fortsetzung. Beim Gaswerk ist eine bemerkenswerte Anhebung des Erdgasabsatzes um etwa 1 Mio. m<sup>3</sup> gegeben, die etwa zu gleichen Teilen bei den Haushalten bzw. beim Großabnehmerbezug gelegen ist. Die 1989 fortgeführte Neuaufschließung der Siedlungsgebiete Schlüsselhof, Ramingsteg und

Fischhub hat die Steigerung im Haushaltsbereich bewirkt. Im Großabnehmerbereich ist die im September 1989 aufgenommene Erdgasbelieferung des Landeskrankenhauses Steyr hervorzuheben. Die im 2. Quartal aufgetretene Import-Erdgaspreissteigerung hat auch die öö. Ferngas-GesmbH zu einer Anhebung des Arbeitspreises um rund 12 Prozent veranlaßt. Inwieweit die anfangs August aufgetretene Golfkrise im 3. und 4. Quartal auf die Preishöhe Einfluß nimmt, konnte zur gegebenen Zeit nicht voll erhoben werden. Aber wegen der Indexbindung an die Fossilien-Brennstoffe ist zwischenzeitlich eine bereits nicht unerhebliche Arbeitspreissteigerung eingetreten, sodaß es notwendig war, den derzeitigen Erdgasabgabepreis zu korrigieren.

In meinem vierten Antrag des Stadtsenates darf ich jetzt schon um Genehmigung dieser Preiserhöhung zum 1. 1. 1991 ersuchen.

Die Bestattungsbetriebe mit den Zweigen Bestattung, Krematorium und Leichenhalle, zeigen, daß lediglich bei der Kremation eine erhebliche Steigerung von rund 16 Prozent gegeben war. Alle übrigen Anteile an Bestattungsleistungen zeigen eher untergeordnete Veränderungen und beeinflussen das Ergebnis nur unwesentlich. Die Verluststeigerung im Bestattungsbereich von rund 320.000 auf rund 420.000 Schilling - es ist korrigiert um die einmalig angefallenen Abfertigungsleistungen - zeigt, daß die zum 1. 1. 1990 vorgenommene Korrektur der Bestattungspreise eine kaufmännische Notwendigkeit dargestellt haben. Der Verlust Krematorium und Leichenhalle, der 1988 und in den vorangegangenen

Jahren auf die geringe Ver-  
schungsleistung des alten Kremationsofens teilweise zurückzuführen war, konnte 1989 völlig abgebaut werden.

Interessant ist, daß sich der seit 1985 abzeichnende Rückgang der Sterblichkeitsrate auch 1989 fortgesetzt hat.

Für den Teilbetrieb Wasserwerk ist zu bemerken, daß 1989 um rund 73.000 m<sup>3</sup> Trinkwasser weniger gefördert wurden. Dies resultiert daraus, daß nach einer längeren Phase der Investitionsstätigkeit 1989 mehr der Rohrnetzinstandhaltung das Augenmerk zugewendet wurde und eine Fremdfirma eine gezielte Untersuchung des Rohrnetzes auf Leckstellen durchgeführt hat. Hiedurch konnte auch der Rohrnetzverlust um rund 2,2 Prozent gegenüber 1989 vermindert werden.

Die Stadtwerke haben daher die Absicht, eine Leckstellenuntersuchung im Jahr 1991 zu wiederholen, damit das immer kostbarer werdende Trinkwasser nicht im Boden versickert.

Hinsichtlich der Trinkwasserqualität war bei den mehr als 350 untersuchten Trinkwasserproben festzustellen, daß sich im Jahr 1989 keine gravierenden Veränderungen, vor allem im Chemismus des geförderten Trinkwassers, ergeben haben. Dennoch ist als bemerkenswert festzustellen, daß beim Nitratgehalt eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen ist und hier durch den Wasserverband gemeinsam mit einzelnen Dienststellen des Amtes der oö. Landesregierung gezielte Untersuchungen und Maßnahmen gesetzt werden. Trotz vieler und zum Teil sehr kostspieliger Maßnahmen, vor allem im

Bereich des Brunnenfeldes Dietach, wird sich der Wasserverband längerfristig auf die Nutzung entfernterer Trinkwasservorkommen zum Verbrauchsgebiet Region Steyr konzentrieren müssen.

Hier zeichnet sich vorerst eine Möglichkeit im Gemeindegebiet Molln ab. Die bisherigen Untersuchungen, die im Auftrag des Landes-Wasserversorgungsunternehmens erfolgten, lassen derzeit vorsichtigen Optimismus zu.

Da derartige Großprojekte eine erhebliche Investitionsmittelaufbringung erfordern, wäre es ratsam, bereits jetzt entsprechende Rücklagen zu bilden, damit zum Ausführungszeitpunkt nicht eine völlige Fremdfinanzierung erforderlich wird. Diese Rücklagenbildung, die auch im Organisationsstatut für die Unternehmungen der Stadt zwingend vorgeschrieben ist, müßte bei zukünftigen Tarifgestaltungen erheblich mehr beachtet werden.

Das Geschäftsjahr 1989 für die städtischen Bäder war durch einen erheblichen Besucherrückgang im Freibad, und zwar 24,1 Prozent, gekennzeichnet. Der damit verbundene Einnahmerückgang hat dadurch eine Verluststeigerung von 8,26 Prozent erwirkt, obwohl beim Materialaufwand für beide Bäder eine geringfügige Aufwandsenkung aufgetreten ist.

Aus den Bilanzzahlen ist ersichtlich, daß der Einnahmerückgang mit der Verluststeigerung in absoluten Zahlen annähernd identisch ist.

Im Bereich des Hallenbades war eine markante Verringerung der Besucherzahlen durch den Saunateil gegeben. Es handelt sich um 10,43 Prozent. Dieser kann jedoch im wesentlichen auf die Eröffnung

zweier neuer Saunabetriebe im Stadtbereich zurückgeführt werden.

Bei diesen Teilbetrieben zeichnet sich allgemein ein Attraktivitätsaufschwung ab, zumal andere Bäder zunehmend den Besuchern ein Freizeitpaket, wie Wasserrutschen, Kleinsportanlagen, individuelle Freizeit-Gestaltungsmöglichkeit usw. bieten. Obwohl die laufende Freibadsaison von der Witterung her als sehr gut bezeichnet werden kann, werden an Wochenenden nur mehr maximal bis zu 2.000 Besucher gezählt. Vor zwei Jahren wurden noch Spitzenbesuchstage mit bis zu 2.800 Besuchern vermerkt. Der Besucherückgang wird sich abgeschwächt weiter fortsetzen, wenn die Stadt diesen Einrichtungen durch zusätzliche Investitionen nicht mehr Attraktivität verleiht.

Die Eislaufsaison 1989/90 brachte ein erfreuliches Ergebnis, die Steigerung betrug rund 15 Prozent und ist durch die schlechte Schneelage und durch die relativ gute Witterung begründet.

Die Einnahmen sind dadurch allerdings nur um S 30.000,- gestiegen. Erhebliche Probleme bringt die Koordination der Tagesauslastung. Die Eisfläche, die täglich ab 9 Uhr - ausgenommen an Samstagen - für den Publikumslauf zur Verfügung gestellt wird, wird vor allem an Vormittagen nur schwach frequentiert, so daß von der Bevölkerung immer mehr Öffnungszeiten über den Spätnachmittag hinaus gewünscht werden. Dieser Wunsch kollidiert aber mit den eissporttreibenden Vereinen, denn auch diese wünschen Trainingszeiten, die am Vorabend beginnen und etwa um 21 Uhr enden. Die Stadtwerke ha-

ben diesbezüglich vielerlei Überlegungen angestellt, können das aufgezeigte Problem aber mit der gegebenen Struktur dieser Freizeiteinrichtung nicht lösen.

Eine gewisse Erleichterung wäre dadurch möglich, daß durch die geeigneten Umbaumaßnahmen beim Garderobengebäude eine zeitliche Laufbegrenzung der Eisfläche eingeführt werden könnte.

Letztlich kann festgestellt werden, daß das Geschäftsjahr 1989 der Unternehmensleitung die Lösung schwieriger Probleme bescherte und dies nur dadurch möglich war, daß die Bediensteten mit vollem Einsatz und hoher Leistungsbereitschaft hinter den vorgegebenen Zielen stand.

Bei dieser Gelegenheit darf ich allen Mitarbeitern und der Geschäftsleitung der Stadtwerke für ihre Arbeit im Dienste unserer Bürger der Stadt Steyr herzlichen Dank sagen und ihnen und ihren Familienangehörigen zum bevorstehenden Weihnachtsfest und zum Neujahr alles Gute wünschen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und darf den diesbezüglichen Antrag des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorlegen.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

##### 5) ÖAG-5770/90

Stadtwerke.

Stadtwerke Steyr; Jahresbilanz 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegenden Jahresbilanzen 1989 der Stadtwerke Steyr sowie des Versorgungsbetriebs-Verbundes werden genehmigt.

Gleichzeitig wird gemäß § 58 Abs. 4 bzw. § 59 Abs. 2 Z. 1. des StS. 1980 der Dotation der Rücklagen (Freie Rücklagen) bei den Teilbe-

rieben	
Krematorium und Leichenhalle	300.000,--
Wasserwerk	4.700.000,--
Gaswerk	<u>800.000,--</u>
	5.800.000,--
	=====

zugestimmt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Wer wünscht dazu zu sprechen? Kollege Holub bitte.

**VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:**

Es war, nehme ich an, ohnehin abzusehen, daß ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort melden werde, weil ich mich schon seit einiger Zeit bemühe, der Struktur der Stadtwerke das öffentliche Augenmerk zuzuwenden. Nicht ganz ohne Erfolg, wie ich mit nicht geringer Freude bemerken kann. Aber so viel Freude ist es dann auch wieder nicht, weil teilweise halt doch noch immer ohne Erfolg. Mit Erfolg fangen wir mit dem Interessanten, dem Schönen an. Mit Erfolg, der stadträtliche Referent Kollege Steinmaßl hat ohnehin bei seinen Erläuterungen zur Bilanz die wesentliche Änderung angeführt, nämlich die Konsolidierung von Betrieben, die teils Verluste bringen, teils Gewinne schöpfen, zu Einzelunternehmenszweigen in den Verbund und den Rest der Stadtwerke. Es ist natürlich so, daß den Ideenbringern schon öfter gedankt wurde. Senatsrat Dr. Gottlieb-Zimmermann hat längere Zeit als Kontrollamtsleiter auf diese Dinge aufmerksam machen müssen, bis

dann endlich die Idee gekommen ist, sie doch zu tun. Auch ich habe mir in dieser Phase schon erlaubt, darauf hinzuweisen, daß man sich hier steuergünstiger verhalten könnte. Viele von uns haben bei den Bilanzen der Stadtwerke sich ständig auf die Zahlen konzentriert, haben die geringen Gewinne der Teilbetriebe vermerkt und haben aus den vergangenen Jahren nicht so in der vollen Dimension erkannt, wieviel eigentlich in den Rücklagen an Gewinn verwertet wurde.

Die Diskussion über diese Rücklagenpolitik ist mindestens ebenso alt wie meine Zugehörigkeit zu diesem Gemeinderat, jedenfalls 17 Jahre. Die Praxis ist eigentlich nicht wesentlich verändert worden, es sei denn jetzt durch die Anwendung der Konsolidierungsmöglichkeiten, die das Körperschaftssteuergesetz jetzt deutlich bietet, früher etwas undeutlicher. Aber die Gefahr, die bei dieser Konsolidierung eindeutig zu sehen ist, ist die, daß ein Konsumententeil die Dienstleistung an den anderen Konsumententeil bezahlen muß. Klartext dazu, die Gewinne, die im Gaswerk erwirtschaftet werden, dienen dazu, den Verlust beim Verkehrsbetrieb zu finanzieren. Nicht so, wie es vielfach auch fälschlich dargestellt wurde, ich sage ausdrücklich fälschlich, daß man Investitionen über eine gebildete AVA bedecken könnte. Das ist nicht ganz so lustig für jemanden, der sich mit den Dingen auseinandersetzt. Es liest sich vielleicht bei oberflächlicher Betrachtung recht schön, wenn man sagt, Bedeckung so und soviel Cash und so und soviel AVA, aber in Wirklichkeit ist das eine Vorsorge für die Abschreibung von

Investitionsgegenständen und nicht etwa eine Einnahme, die zusätzlich erzielt würde. Das kritisiere ich nach wie vor, ich steige auch nicht herunter. Auch die Zahlen, die mir zur Verfügung gestellt wurden, sagen im Grunde genommen über die Mittelverwendung der gebildeten Rücklagen nicht das aus, was ich mir erhofft hätte, die einzelnen Bilanzen herauszuschreiben und die Positionen aufzulisten. Das wäre sogar mir möglich gewesen. Was ich wirklich erbitte ist eine Darstellung der Mittelverwendung, eine Geldflußanalyse. Es genügt nicht, zu sagen im Jahr so und so wurden so und so viele Schilling den Rücklagen entnommen. Es wäre viel interessanter zu erfahren, was mit dieser Entnahme geschehen ist. Nämlich nicht nur deshalb, weil man glauben könnte, daß da Unregelmäßigkeiten wären, das soll es überhaupt nicht bedeuten. Sondern weil ich glaube, daß unsere Stadtwerke im Grunde genommen krank sind. Das habe ich im letzten Jahr schon gesagt, ich habe das zum Anlaß genommen, für meine Fraktion die Zustimmung zu diesem Tagesordnungspunkt "Bilanzen der Stadtwerke" zu verweigern. In diesem Fall werden wir dieser Bilanz zustimmen deshalb, weil der Weg in die richtige Richtung zeigt. Man sieht zumindest den Wegweiser. Der richtige Weg wird allerdings noch nicht begangen. Aber wir wollen anerkennen, daß der Wegweiser dort hinzeigt, wo er aus wirtschaftlicher Sicht hinzeigen sollte. Nicht etwa dorthin, 100%ig kostendeckende Tarife, sondern daß man sich mehr Gedanken darüber macht über die Dienstleistung, die der allgemeine städtische Betrieb hier mit sich bringt.

Natürlich ist der städtische Verkehrsbetrieb, der Dienstzweig Verkehrsbetrieb, am meisten in Kritik, weil es da auch am ehesten auffällt, wenn Verbesserungsmöglichkeiten da wären. Und natürlich sind am wenigsten in der öffentlichen Auseinandersetzung die Versorgungszweige der Stadtwerke, also Gaswerk, Wasserwerk. Alles funktioniert, jeder kann sein Wasser aufdrehen, das Wasser kommt herunter. Ich will jetzt nicht sagen, jeder kann den Gas- hahn aufdrehen, wenn er will, weil das negativ belegt ist. Aber immerhin ist die Versorgung gewährleistet und gesichert. Daher wird auch über die beiden Betriebe am wenigsten diskutiert werden.

Ich bin mir nicht ganz sicher, ob es richtig ist, daß am wenigsten diskutiert wird darüber, weil auch die Versorgung mit Energie und mit dem Grundelement Wasser niemals aus der Diskussion geraten sollte. Ich stehe nicht an zu wiederholen, was ich schon öfter gesagt habe, nämlich, daß auch hier eine gewisse Konzeptlosigkeit dem staunenden Publikum immer wieder auffällt. Ich räume aber ein, und das führt auch zur Zustimmung dieses Mal zu den Bilanzen, daß durch die Bildung des Ausschusses für kommunale Betriebseinrichtungen doch zumindest das Bemühen geoffenbart wird. Transparenz in die Investitionsvorhaben der Stadtwerke zu bringen und auch die Gemeindevertreter im Rahmen dieses Ausschusses in Diskussionsmöglichkeit zumindest an dem einen oder anderen Beschluß teilhaben zu lassen.

Die Einschränkung an dem einen oder anderen Beschluß teilhaben zu lassen, habe ich absichtlich so gewählt, weil es wirklich so ist. Ein

Teil der Dinge wird breit diskutiert, ein anderer Teil der Dinge passiert hinter dem Vorhang. Und meistens passiert es dann eben. Der Weg, über die Einnahmensteigerungen Verlustminderungen herbeizuführen, scheint mir der falsche zu sein. Man unterliegt hier einem absoluten Denkfehler. Ein Produkt wird nicht dadurch attraktiver, daß es teurer wird, sondern ein Produkt wird dadurch attraktiver, daß es am Bedarf gebildet wird. Das ist eine Milchmädchenweisheit, die jeder weiß, der jemals in irgend einer Form kaufmännisch tätig war, sodaß also in erster Linie die Überlegung dahin gehen müßte, wie kann man die Attraktivität der Städtischen Unternehmungen, insbesondere der dienstleistenden Verkehrsbetriebe, steigern? Ein wenig von unseren Vorschlägen wurde ja beherzigt bei der Tarifreform heuer im Sommer, mit dem Pferdefuß dabei, daß bei den neuen Tarifen leider eine Tarifierhöhung mit verbunden war. Also eine Preiserhöhung mit verbunden war. Ich behaupte, daß das der falsche Weg ist. Verteuern macht nichts besser, und wenn etwas besser wird, muß man es nicht verteuern, weil ohnehin der Konsum dann gesteigert wird.

Wie wenig ohne grundsätzliche strukturelle Veränderungen der Bürger bereit ist, die öffentlichen Verkehrsmittel mehr zu benutzen, das zeigen uns auch die Zahlen des vorliegenden Bilanzwerkes und der Kommentare dazu. Wir stellen nämlich fest, 1. sinkende Beförderungsleistungen, und 2. - ich sage dazu daher - auch sinkende Betriebserträge. Da kann man sich nicht darauf ausreden, daß es um den größten Betrieb in der Stadt

wirtschaftlich schlecht geschehen ist, weil man nicht notwendigerweise aus einer Krise in einem Betrieb ableiten kann, daß der Bürger weniger mit dem Autobus fährt. Das wäre in höchstem Ausmaß unzulässig dieser Schluß, und ich verwahre mich auch dagegen, weil damit wirklich eine Oberflächlichkeit begangen wird, die einem Unternehmen, das in finanziellen Schwierigkeiten steckt, keineswegs gut tun kann. Ich habe im vergangenen Jahr gesagt, die Stadtwerke wären konkursreif, wären sie ein privatwirtschaftliches Unternehmen. Die Situation hat sich eher nicht verbessert, es hat sich zwar die Liquidität im Rechnungsjahr 1989 in allen Gebieten gesteigert, bei der Liquidität ersten Grades sogar fast verdreifacht. Was aber nicht sonderlich zur Freude veranlaßt, wenn etwas von 1,4 auf 1,5 steigt in der Liquidität ersten Grades, so sind höchstens die Prozente spektakulär, das Ergebnis aber keineswegs.

Ich würde Sie alle auffordern, daß wir die eingeschlagenen Wege in Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs weiter verfolgen. Da sollte es nicht die Diskussion darüber geben, wer bezahlt die Wartehäuschen, z. B. Wer designt die Wartehäuschen, das ist eine interessante Frage. Sind sie akzeptabel für den Bürger oder nicht? Sondern da muß es heißen, fahren vielleicht die Leute mit dem Autobus, mit dem städtischen Verkehrsbetrieb deshalb nicht, weil die Wartemöglichkeiten nicht in Ordnung sind? Fahren Sie vielleicht deswegen nicht, weil die Linien nicht so verlaufen, wie es der Bedarf erfordert? Fahren Sie vielleicht deshalb nicht, weil die Vorverkaufssysteme noch immer nicht

voll entwickelt sind und fahren sie vielleicht deshalb nicht, weil wir noch immer nicht in der Lage sind, einen Verkehrsverbund auch nur anzustreben mit der Umregion, geschweige denn, mit dem Zentralraum. Der staunende Bürger unserer Stadt kann, wenn er von Steyr wegfährt, in Linz den Verkehrsverbund benützen, wenn er von Linz wegfährt und in Steyr landet, gibt es eine Tarifkonsolidierung wieder nicht. Da, glaube ich, müßten wir ansetzen, das wäre das Dringende.

Wir werden kaum die Bereitschaft unserer Bürger wecken können, wenn wir nicht endlich doch weiterkommen mit der Idee Anruf-Sammeltaxi. Ich bemerke ohnehin, daß hier eine Steigerung in der Bereitschaft der Stadtwerke vorhanden ist, vor zwei Jahren bin ich noch für die Idee ausgelacht worden, ein Anruf-Sammeltaxi zu führen. Immerhin wird jetzt schon an Vorbereitungen gearbeitet. Das ist wirklich etwas in Bewegung gekommen und wie vorhin schon gesagt, der Wegweiser zeigt in die richtige Richtung. Daher werden wir diesmal auch den Bilanzen zustimmen. Allerdings möchte ich eines ganz deutlich sagen. Sollten wir erkennen, daß dieses in die Richtung Zeigen und das einmal Zustimmung schon zum Rückfall in die allgemeine "da siehst Du, da hast Du es-Mentalität" ausarten, so werden wir nicht anstehen, am Beschlußweg hier im Gemeinderat oder am nicht Zustimmung zu Anträgen und auch in der Öffentlichkeitsarbeit die entsprechenden Fehler aufzeigen. Wenn wir hier zustimmen, dann soll das nicht bedeuten, daß die Einwände vom vergangenen Jahr nicht gerechtfertigt waren. Wenn wir hier

zustimmen, dann heißt das heileibe nicht, daß man uns breitgeschlagen hätte oder daß wir uns geirrt hätten. Wenn wir hier zustimmen, so heißt das nur, daß wir das Zeigen in die richtige Richtung anerkennen wollen und um mehr bitte, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, handelt es sich schlicht und einfach noch nicht. Es ist auch sachlich nicht richtig, sich in jeder Hinsicht auf das Verkehrskonzept des Prof. Stickler zu berufen, weil Prof. Stickler auch nur ein Skelett darbieten kann, wie sich Verkehrsgegebenheiten entwickeln sollen, aber es wird in unserer eigenen Aufgabe als Gemeinderat liegen, mit der Idee des öffentlichen Personennahverkehrs viel viel bewußter umzugehen, als es bis jetzt der Fall ist. Und dieses Bewußtsein natürlich auch auf die Kapitalbedeckung des Unternehmens auszudehnen. Sehr viel guten Dienst hat der Referent seinem Unternehmen nicht getan, wenn er sagt, die Bilanz war relativ ausgeglichen. Das ist ein bemerkenswerter Satz, die Bilanz war relativ ausgeglichen. Wenn man auf der anderen Seite laufend Verlustsätze fordert und erst durch Reklamation durch zahlreiche innerstädtische Gremien der Verlustsatz zweckgewidmet wird, nämlich investiv zweckgewidmet wird. Sehr gut war das soeben nicht, möchte ich bemerken. Aber ich bin nicht dazu da, um Zensuren zu erteilen, sondern ich will nur sagen, wir denken noch immer nicht ganz in die richtige Richtung. Wir müssen daran denken, die Strukturen zu verändern. Das hat Kollege Stadtrat Steinmaßl zu meiner Bestürzung auch gesagt, daß die Veränderungen, die in der Bilanzstruktur aufgrund der

Körperschaftssteuergegebenheiten vollzogen wurden, keinerlei Auswirkung – ich hoffe, ich zitiere das richtig – auf die Struktur des Betriebes an sich gehabt haben. Da kommt der Hund in das Wasser oder der Pudel zu seinem Kern, oder die Wahrheit zu ihrer Ehre. Wir müssen doch ganz zwangsläufig auch daran denken, unsere Strukturen zu verändern in dem Betrieb. Es wird nichts anders, wenn der Holub Jahr für Jahr hergeht und sagt, der Betrieb ist unterkapitalisiert. Es wird nicht anders, wenn die Leitung der Stadtwerke sagt, was soll man denn machen, Ihr gebt uns ja kein Geld in die Hand. Wenn wir das Geld nicht in die Hand nehmen, heute kommt ja noch ein Beschluß, wo gezeigt wird, daß die Stadt Geld in die Hand nimmt und den Stadtwerken Kapital zuführt. Daß die Struktur in der Bilanz der Stadtwerke verbessert wird, wenn wir das konsequent weiterverfolgen, aber zweckgewidmet weiterverfolgen, und nicht nur damit die arme Seele Ruhe hat, sondern damit ein Konzept verwirklicht werden kann, dann wird aus dem in die richtige Richtung Zeigen auch einmal ein richtiger Weg werden. Ich hoffe, wir alle erleben ihn noch.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich danke Kollegen Holub. Kollege Tremel ist der Nächste.

**GEMEINDERAT OTTO TREML:**

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Kollege Holub hat des öfteren schon im Gemeinderat aber auch im neuen Ausschuß, der gebildet

wurde, sehr kritisch auch zu unseren Stadtwerken Stellung genommen. Ich möchte jetzt nicht auf das gesamte Zahlenwerk eingehen, es wäre natürlich hoch interessant, daß wir ein bißchen länger Zeit hätten dafür. Ich habe auch im Finanz- und Rechtsausschuß diesbezüglich den Vorschlag gemacht, solche Probleme in einer eigenen Sitzung ausführlicher zu behandeln, daß wirklich konstruktive Vorschläge im Sinne der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auch hier gemacht werden können.

Ich glaube natürlich, daß wir keine Vergleiche heranziehen können mit der Privatwirtschaft, wenn wir stadteigene Betriebe limitieren mit bestimmten Gebühren und Tarifen. Gerade die Oppositionsparteien, da gehört in dem Fall auch die ÖVP dazu, im Zusammenhang mit der Autobustariferhöhung, zeigen, daß wir gerade entgegengesetzt gewirkt haben, und dadurch keine Besserstellung in der Finanzlage erreichen konnten. Wir sind zwar anderer Auffassung, daß auch Gebühren- und Tariferhöhungen nicht dazu führen, daß wir den Individualverkehr zurückdrängen. Das ist ja der Wunsch aller. Das heißt, ich möchte damit sagen, daß wir als Gemeinderat eben auch den Fahrpreis bestimmen und das ist eine bestimmte kommunale Leistung an die Bevölkerung im Sinne der Umwelt, wo wir doch ein bißchen stärker forcieren sollten den städtischen Verkehr. Allerdings möchte ich auch dazusagen, daß wir nicht sehr großzügig waren, das geht aus dieser Bilanz hervor und aus den Jahren vorher. Daß wir z. B. für unsere eigenen Stadtwerke fast keine Förderung gegeben haben, sondern im Gegen-

teil, gewinnbringende Teilbetriebe haben in den vergangenen Jahren ich glaube ungefähr eine Summe von 45 Mio. Schilling zur Abdeckung von Verlusten anderer Betriebe geleistet. Entscheidend, glaube ich, ist auch, das habe ich schon öfter gesagt, daß man in anderen vergleichbaren Städten, wo es keine städtischen Betriebe gibt, sondern Privatbetriebe, wie in der Stadt Wels. Daß es dort von Seiten der Stadt für diesen Betrieb, der dort den Autobusverkehr unterhält, 10 bis 12 Mio. Schilling jährlich an Subvention gibt. Was machen wir? Kapitaleinlage, na ja, wenn es halt gar nicht mehr geht, daß wir hier behilflich sind. Aber ich möchte

**STADTRAT DKFM. HELMUT ZAGLER:**

Die Fahrpreise sind aber nicht weniger, trotz der Subvention.

**GEMEINDERAT OTTO TREML:**

Ich möchte einen Punkt herausgreifen, weil er mir am Herzen liegt, und zwar, daß ich einen Teilbetrieb herausnehme, nämlich die Kunsteisbahn. Ich glaube, hier brauche ich nicht besonders unterstreichen, daß es ein langjähriger Wunsch von mir ist, daß die Kunsteisbahn endlich überdacht wird. Ich glaube auch, die angeführten Zahlen, die Stadtrat Steinmaßl hier gebracht hat, zeigen, daß dies ein gerechter Wunsch ist. Wenn ich mir die Zahlen ansehe, so ist gerade auf diesem Gebiet, Stadtbad, Sauna, da haben wir Verluste, weniger Besucherfrequenz. Bei der Kunsteisbahn konnten wir gewaltige Steigerungen erzielen, und zwar im Jahre 1989 waren es etwa 52.000, 1989/90, da sind ja nur bestimmte Tage, die als Schließtage

gezählt werden, waren insgesamt über 60.000 Besucher, die die Kunsteisbahn benützt haben. Natürlich kann auch dieser Sektor nicht kostendeckend sein. Aber ich glaube und möchte auch einmal eines zitieren, wie oft wir uns schon mit dieser Frage beschäftigt haben und was z. B. in einem Protokoll über die konstituierende Sitzung des Ausschusses für Schule, Sport und Jugendangelegenheiten - es war, glaube ich, eine konstituierende Sitzung, das muß nach den letzten Gemeinderatswahlen gewesen sein im Oktober. Da steht im Protokoll wortwörtlich: Das schreibe nicht ich, das steht im Protokoll. "Gemeinderat Treml stellte fest, daß eine erfreuliche Entwicklung auf sportlichem Gebiet zu verzeichnen ist. Er bemängelte jedoch, daß die Überdachung der Kunsteisbahn auch im kommenden Jahr nicht erfolgen wird". Das habe ich ungefähr vor fünf Jahren in diesem Ausschuss gesagt. Nach längerer Diskussion, die sich dort entwickelt hat, hat Bürgermeister Schwarz, der ja der Sportreferent war, gesagt, daß die Überdachung laut Anbot der Fa. Hamberger damals 35 Mio. kosten würde. Derzeit sei das aber aus Kostengründen nicht möglich. Allerdings, so sagte Bürgermeister Schwarz weiter, wird die Angelegenheit nicht abgelegt, sondern es wird nach billigeren Varianten gesucht. Bis zum Frühjahr kommenden Jahres, das meinte er 1986, soll dem Gemeinderat ein neuerlicher Entwurf vorgelegt werden und anschließend die weitere Vorgangsweise beraten werden. Wie Sie sehen, wir und die Sportler warten noch auf diesen Entwurf

einer Überdachung der Kunsteisbahn. Laut der vorläufigen Jahresabrechnung 1990 wird der Verlust des Teilbetriebes Kunsteisbahn für das Jahr 1990 wieder 1,140.000 Schilling betragen.

Die Kunsteisbahn, das habe ich besonders unterstrichen, ist sehr stark frequentiert und auch die ATSV Eishockeymannschaft zieht viele junge Menschen an. Zumindest haben Sie das in der letzten Saison bewiesen. Daher glaube ich, daß eine Forderung, eine lange Forderung von mir es ist, und zusätzlich möchte ich sagen, daß sich dieser Forderung bis heute über 3.000 Steyrer, Sportlerinnen und Sportlerinnen aus der Umgebung, angeschlossen haben, die eine Forderung nach Überdachung der Kunsteisbahn voll berechtigt finden. Dadurch, so meine ich, könnte die Eislaufsaison ausgedehnt werden, es würden sie mehr Menschen benützen und ich glaube auch, dadurch könnte das jährliche Defizit sogar reduziert werden. Ich möchte noch einmal heute appellieren an den Gemeinderat, man sollte ernstliche Überlegungen anstellen für eine Überdachung der Kunsteisbahn.

Ich werde bei passender Gelegenheit Bürgermeister Schwarz über 3.000 Unterschriften von Sportlern überreichen. Es sind, wie gesagt, nicht nur Steyrer, die sich hier bemühen, sondern auch Sportler aus der Umgebung und sogar aus der weiteren Umgebung, die diese Forderung hier wahrnehmen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Kollege Wieser ist der Nächste.

**GEMEINDERAT WOLFGANG WIESER:**

Sehr geehrte Damen und Herren!  
Ich möchte mich über die Bilanz und den Wirtschaftsplan des Bestattungsbetriebes kurz äußern.

Grundsätzlich möchte ich feststellen, daß im Wirtschaftsplan zwar die Zahlen vorhanden sind, weder Summen vorhanden sind, noch Vergleichsdaten aufscheinen. Zweitens, daß man im Stadtwerkeausschuß einberuft mit dem ersten Tagesordnungspunkt Bilanz und keine Bilanz vorliegt, zumindest nicht für die Ausschußmitglieder. Das war am 18. 9. 1990, am 8. 11. 1990, die nächste Sitzung, ebenfalls keine Bilanz. Die Bilanz wird erst bei Beginn der Sitzung vorgelegt. Daß man sich in so kurzer Zeit die Bilanz nicht durchsehen kann, glaube ich, scheint für jeden erklärbar. Am 14. 12. 1989 beschlossen nicht wir, sondern der Gemeinderat, ohne unserem Einverständnis eine enorme Erhöhung der Bestattungstarife, die bis zu 435 Prozent betrug.

Ich möchte jetzt einige Vergleichsdaten bringen. Der Verlust im Jahr 1988 war 319.000 Schilling, zum Vergleich dazu, der Lohnaufwand bei der Bestattung war 1,8 Mio., der Erlös aus Dienstleistungen inkl. einem Teil der Warenerlöse war 1,3 Mio. Schilling. Also die Differenz aus Lohnkosten und Einnahmen aus Dienstleistungen alleine - 500.000 Schilling. Es wurden daher nur 70 Prozent der Lohnaufwendungen durch Dienstleistungen wieder hergebracht. Das gleiche im Jahr 1989, 1,9 Mio. Lohnaufwand, 1,3 Mio. Erlöse. Da waren es nur mehr 69 Prozent Einnahmen im Verhältnis zu Lohn- und Personalkosten.

Im Wirtschaftsplan 1991 schaut es schon etwas besser aus. Praktisch

fast 2 Mio. Lohnaufwendungen und 1,7 Mio. Schilling Erlöse. Das sind 88 Prozent. Wenn es zu dieser Steigerung kommt, dann können wir nur darüber erfreut sein.

Die Bevölkerung muß jährlich den Verlust von ca. 400.000 Schilling für die Bestattung bezahlen. Sollte es in Zukunft trotz enormer Erhöhungen noch immer nicht möglich sein, zumindest ausgeglichen zu bilanzieren, dann wäre es besser und billiger, die Bestattung an die Fa. Stiegler zu verpachten, denn das würde Geld bringen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Danke. Kollege Eichhübl bitte.

**GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:**

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bevor ich auf die Jahresbilanz der Stadtwerke für 1989 zu sprechen komme, darf auch ich einen Wunsch wiederholen, den ich bereits - so wie Kollege Tremml im Finanz- und Rechtsausschuß - geäußert habe. Nämlich den, daß es an und für sich angebracht gewesen wäre, daß im Hinblick darauf, daß heute das Budget zur Behandlung ansteht, und das selbst bereits einen großen Brocken ausmacht, daß man einige andere Anträge, vor allen Dingen aber auch die Bilanz der Stadtwerke, zu einem anderen Zeitpunkt hätte behandeln sollen.

Nun aber, meine Damen und Herren, darf ich im Namen der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion festhalten, daß die Jahresbilanz der Stadtwerke für 1989 deshalb immer wieder zu den gleichen Diskussionsbeiträgen führt, weil es sich

um eine immer wiederkehrende, grundsätzlich gleichbleibende Problematik handelt. Auch diesmal ist festzustellen, daß einerseits Verluste in Millionenhöhe, andererseits Gewinne und Rücklagen in Millionenhöhe ausgewiesen werden. Dies veranlaßt mich auch heute wieder, auf einen finanziellen Ausgleich im vertretbaren Ausmaß zwischen den Teilbereichen und Teilbetrieben der Stadtwerke hinzuweisen und festzustellen, daß einige Tariferhöhungen und Anhebungen nicht notwendig gewesen wären, die wir auch, als das hier diskutiert wurde, abgelehnt haben.

Zuschüsse der Stadt in vertretbarem Ausmaß für Teilbereiche allerdings, sind eben notwendig und meine Vorredner haben bereits darauf hingewiesen. Einige Neuerungen, meine Damen und Herren, sind ebenfalls festzustellen. Und zwar die Installierung eines Ausschusses für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen seit Juni dieses Jahres. Dieser hat allerdings in seiner letzten Sitzung und das darf ich auch hier anmerken, aufgrund von fehlenden Unterlagen die Jahresbilanz, obwohl es vorgesehen war, nicht behandelt. Erfreulich, meine Damen und Herren, ist die Schaffung eines Versorgungsvertriebsverbundes auf Vorschlag des Kontrollamtes, welche bewirkte, daß die für 1989 entrichteten Steuern, es sind ja zwei, in Höhe von 6,819.000 Schilling an die Stadtwerke refundiert wurden und auch für die Vorjahre keine Körperschafts- und Gewerbesteuern zu entrichten sind. Allerdings, das darf ich ein bißchen mit Wehmut anmerken, werden die Kunden diesen Vorteil nicht weiter zu spüren bekommen, denn bereits einer der nächsten

Anträge befaßt sich mit einer nicht unerheblichen Anhebung des Erdgas-Abgabepreises. Aus dem Amtsbericht zu diesem Antrag geht hervor, daß die erwartete Einsparung an Körperschafts- und Einkommenssteuer für 1990 im Betriebszweig Gaswerk in Höhe von 5 Mio. zur Verlustabdeckung des Verkehrsbetriebes herangezogen werden soll. Das befriedigt mich und sicher viele andere auch nicht. Es wäre sicher möglich, durch Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Verkehrs im Teilbereich Verkehrsbetriebe zu Mehreinnahmen zu kommen.

Wie man feststellen kann, haben sich auch die Zahlen in der Stadtwerke-Jahresbilanz 1989 geändert und zum Vergleich darf ich einige nennen und anführen. Verluste in den Teilbetrieben Verkehr, Bestattung, Krematorium und Leichenhalle, Stadtbad und Kunsteisbahn - 1988 15,265.886 Schilling und 1989 waren es an Verlusten gesamt gesehen 16,058.055 Schilling inklusive dem ausgegliederten Verkehrsbetrieb. Gewinne in den Teilbetrieben Gaswerk, Krematorium und Leichenhalle nur 1989 sowie Wasserwerk 1988 58.769 Schilling. 1989 waren Gewinne zu vermerken in der Höhe von 10,013.308 Schilling inkl. dem ausgegliederten Gaswerk. Berücksichtigt man die Rücklagenbildung bei den Teilbetrieben Krematorium und Leichenhalle, Wasserwerk und Gaswerk in Höhe von insgesamt 5,800.000 Schilling, dann ergibt das unter dem Strich ein Minus von 4,213.308 Schilling. In der Aufgliederung bedeutet dies, daß der Steyrer Versorgungsverbund Gas und Verkehr wegen der hohen Gewinne beim Gaswerk in Höhe von 9.951,996 Schilling

trotz des Verlustes im Verkehrsbetrieb von 9,896.746 Schilling mit 55.250 Gewinn abgeschlossen hat. Für die anderen Teilbetriebe ergibt die Jahresabrechnung einen Gewinn bei Krematorium und Leichenhalle von 61.312 Schilling. Und einen Verlust bei der Bestattung, Stadtbad und Kunsteisbahn von 6,450.965 Schilling.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, allerdings darf man bei der Betrachtung dieses Zahlenwerkes und der von mir genannten Zahlen nicht vergessen, daß dahinter auch die Bemühungen der verantwortlichen Herren Ing. Wein und OAR. Riedler mit ihren Bediensteten stehen, die sicher bemüht sind, den Bürgern unserer Stadt gute Dienstleistungen anzubieten. Dienstleistungen, die aus verschiedenen Gründen nicht immer kostendeckend sein können und auch nicht zur Gewinnerzielung heranzuziehen sind. So steht es zumindest im Parteiprogramm. Trotzdem oder gerade deswegen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, um auf die Zahlen zurückzukommen, ist es angebracht, sich um eine finanzielle Besserstellung der Stadtwerke Gedanken zu machen und nicht nur Gedanken zu machen, sondern auch dafür etwas zu tun. Sehr nachdenklich stimmt z. B., daß der Verlust bei der Bestattung von 319.126 im Jahre 1988 auf 593.238 Schilling im Jahre 1989 angestiegen ist. Private Unternehmer, ihre Angestellten und deren Familien leben davon. Darauf hat bereits mein Vorredner hingewiesen und das bei gleichen Tarifen wie die städt. Bestattung. Daher unser Ruf nach Teilprivatisierung der Stadtwerkebetriebe. Auch im Jahr 1989 hat der öffentliche Verkehr

offensichtlich unter weiterem Attraktivitätsverlust und Schwund gelitten. Denn der Fahrscheinverkauf ist im Vergleich zu 1988 von 3,327.000 auf 3,184.851 zurückgegangen. Das heißt, im Jahre 1988 wurden gegenüber dem Jahr 1989 weniger Beförderungen durchgeführt. Diese Tendenz ist bekanntlich nicht neu. Daher haben wir auch bereits vor Jahren Vorschläge für die Einführung von Kurzstreckentarifen, den Einsatz eines City-Busses, die Einführung von günstigen Familientarifen, die Schaffung von Voraussetzungen für die Einführung eines Verkehrsverbundes eingebracht, um diesen städtischen Dienstleistungsbereich attraktiver zu gestalten und damit eher zu Mehreinnahmen zu kommen.

Dazu gehört aber auch eine entsprechende Werbung, um junge Menschen zu motivieren, den Bus öfter zu benutzen. Übrigens, der 20-Fahrten-Schein ist, was die Entwertung betrifft, auch nicht gerade ein Hit und macht vor allen Dingen älteren Personen besondere Schwierigkeiten. Auch im Stadtbadbereich waren und sind es nicht nur optische bauliche und technische Mängel, die zu Besucherrückgängen und daher zu Mindereinnahmen und weiteren Verlusten führten. Man hört auch immer wieder Klagen darüber, daß sich Familien und Einzelpersonen gestört fühlen, wenn die Anlagen im Hallenbad gleichzeitig von Vereinen benützt werden.

Ebenso haben wir auch immer wieder einen günstigen Familientarif für alle Bereiche des Stadtbades verlangt.

Das Thema Hallenbad, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wird uns ja unabhängig davon,

daß es wichtige Vorhaben für den Wohnbau beispielsweise gibt, noch weiter beschäftigen.

Das, meine Damen und Herren ..

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die FPÖ hat ja öffentlich erklärt, daß sie gegen eine Veränderung im Bad ist.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Nicht gegen eine Veränderung im Bad, Herr Bürgermeister,

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Jetzt sagst Du, Du willst es doch verbessern!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich bin nicht für eine Veränderung im Bad, das möchte ich schon klarstellen, sondern ich habe immer wieder darauf hingewiesen, daß.....

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Du hast gesagt, die Bevölkerung will das.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten eine Volksbefragung darüber durchgeführt haben, ob es der Bevölkerung lieber ist, einen Neubau ...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich möchte nur diese unterschiedliche Auffassung bringen. Da sagst Du, Du bist dafür und draußen verteilst du Plakate, wo du sagst, das ist ein

Blödsinn.

GEMEINDERAT ROMAN  
EICHHÜBL:

... zu verlangen oder lediglich eine Sanierung des Bades. Herr Bürgermeister zur Klarstellung, das ist jederzeit beweisbar, ich habe im Rahmen von Aktuellen Stunden immer wieder auch darauf hingewiesen. Ich sehe da keinen Widerspruch. meine Damen und Herren. Aber ich darf zurückkommen auf das, was ich gesagt habe. Das waren nur einige Anmerkungen aus unserem Gesichtswinkel zur Vorlage der Jahresbilanz der Stadtwerke 1989. Ich darf bekanntgeben, daß ich dem Zahlenwerk, das betrifft auch die Rücklagenbildung, namens der FPÖ-Fraktion die Zustimmung gebe.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Danke. Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich mag nicht baden gehen wie Kollege Eichhübl und mir liegt auch das Krematorium nicht so am Herzen, wohl aber der öffentliche Verkehr. Da fällt mir auf in diesem Zahlenwerk, daß beim Rückgang der Beförderungen um 4,27 Prozent der Treibstoffverbrauch gestiegen ist, gleichzeitig aber im Ortslinienverkehr um 7.800 km weniger zurückgelegt wurden. Das verstehe ich nicht ganz, aber das wird ja wohl zu klären sein.

Bezüglich öffentlichen Verkehr glauben wir, daß er für die Stadt teuer und wert sein muß. Ich glaube auch nicht, daß der Fehler nur bei den Stadtwerken liegt bzw. bei den Verkehrsbetrieben. Ich glaube, es muß klar sein, daß öffentlicher

Verkehr subventioniert werden muß seitens der Stadt. Also er muß für die Bewohner attraktiv, sowohl was Preis, Zeit und Komfort angeht. Es muß eine umweltbelastende Technologie sukzessive in eine umweltfreundliche umgewandelt werden. Das heißt, wir schlagen seitens der GAL vor, daß Busse künftighin mit dem umweltfreundlicheren Flüssiggas betrieben werden bzw. auf City-Busse umgestiegen wird.

Weiters fordern wir behindertengerechte und kinderwagenfreundliche Niederflurwagen sowie diese kleinen energiesparenden, wendigen City-Busse im Altstadtbereich, die die derzeit oft schlecht frequentierten Großraumbusse ersetzen sollen.

Ich glaube schon, daß es nicht verwunderlich ist, daß die Beförderungszahl abnimmt, wenn ich daran denke, daß z. B. Linien wie Christkindl zweimal am Tag angefahren werden. Ich meine, es ist ganz unmöglich, daß das für jemanden attraktiv sein soll, wenn er Rücksicht nehmen muß auf das Verkehrsmittel, wann es dorthin kommt und nicht nach seinen eigenen Bedürfnissen in ein Verkehrsmittel einsteigen kann. Das ist wohl logisch. Ich glaube, daß das einfach notwendig ist, daß kurze Abfahrtsintervalle geschaffen werden, daß das Anfahren aller Stadtteile sowie die Verbesserung der Linienführung und die Einführung von Nachtlinienbussen in alle Stadtteile und speziell am Wochenende gewährleistet werden muß. Sammel-Taxis sollten dieses Angebot ergänzen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub. Kollege Leithenmyr bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, nur einige kurze Bemerkungen.

Zuerst einmal zur Kunsteisbahn zu den Ausführungen des Kollegen Treml, die er schon wiederholt gemacht hat. Er hat sich immer dafür eingesetzt für dieses Überdachungsprojekt der Kunsteisbahn. Das ist eine Diskussion, die ist 10 oder mehr Jahre alt. Ich glaube auch, daß es zielführend ist, ein derartiges Dach zu errichten. Wir haben übrigens, wenn wir genau hinschauen, werden wir noch diskutieren darüber, einen Ansatz hineingegeben, der ernst gemeint ist für eine Planung im nächsten Jahr, die uns auf diesem Weg wirklich weiterbringen soll. Es gibt mittlerweile, nachdem die Technik nicht stehen bleibt, auch günstigere Lösungen und man muß sich auch darüber im klaren sein, was man will. Manche wollen großartige Eisstadien haben mit Tribünenkonstruktionen für mehrere tausend Besucher. Das ist die eine Sache. Das wird man dort nicht machen wollen, glaube ich, weil man damit den Verkehrsinfarkt programmieren würde. Ich halte es für falsch, auf dem Platz so etwas Aufwendiges zu machen. Ich glaube aber, daß hier mit einem Dach sowohl den Eisläufern als auch den Eishockeyspielern und nicht diesen alleine und auch den Stocksützen, die doch in großer Anzahl diesen Sport ausüben, geholfen werden kann und daß es auch zu einer wirtschaftlichen Verbesserung der Führung des Eislaufplatzes beitragen kann. Es ist

nur darauf Bedacht zu nehmen, daß die Eisserzeugungsaggregate auch schon nicht mehr die jüngsten sind und auch schon am Ende des Lebenszyklus angelangt sind. Wir hoffen, daß sie noch halten, aber sie sind 23 Jahre alt und man hat gewisse Erfahrungswerte, daß sie in der Regel 30 Jahre nicht überleben. Soweit ich informiert bin, ist das so. Es wird auch zu überlegen sein, was man in weiterer Folge tun wird. Alle diese Dinge sollten eingehen in eine sehr vernünftige und längerfristige Planung. Wir sollten also nicht zu großen Fehlinvestitionen in dem Bereich neigen, sondern wirklich schauen, daß wir ein Dach über die Eishalle bekommen und in weiterer Folge, in einer etwas späteren Folge wird das wohl sein müssen, vielleicht auf einem anderen Platz ein Veranstaltungszentrum, wo auch eine Eishalle dabei sein könnte, zu errichten. Jedenfalls sind das Vorstellungen.

Im übrigen ist es unsere Absicht und haben wir betreffs der Freizeiteinrichtungen als Priorität erklärt die Sanierung oder Neugestaltung unseres Hallenbades. Es ist mehrmals gesagt worden und ich freue mich, daß jetzt wenigstens eine gewisse Korrektur auch durch die FPÖ und durch Kollegen Eichhübl ....

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist keine Korrektur, sondern ein gleichbleibender Standpunkt.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich höre halt einmal von einem Prestigeprojekt und jetzt ist man doch auch der Meinung, daß zumindestens eine Trennung zwi-

schen dem Erholungsbereich und dem Sportbereich erfolgen soll.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Dann muß man aber etwas Neues machen, anders geht das ja nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich freue mich, daß hier doch auch die Diskussion dazu geführt hat, daß man sich in eine, wie mir scheint, gemeinsame Ziellinie begeben hat.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, daß Kritik im Bezug auf Stadtwerke, Verkehrsbetriebe und alle diese Dinge natürlich notwendig ist, zum Teil auch berechtigt. Daß sie dazu führen soll, daß wir Verbesserungen durchsetzen. Es gibt eine ganze Reihe von Ansätzen dazu, die doch erwähnenswert sind. Das wurde auch gesagt. Ich glaube halt, daß hier sicherlich die Finanzausstattung der Stadtwerke alleine es nicht ausmachen wird. Es wird vieles noch notwendig sein und die positiven Aktivitäten müssen miteinander vernetzt werden, wie ich meine. Es hat sich gezeigt, daß z. B. bei der privaten Betreibung solcher Verkehrslinien in Wels das weder der Stadt billiger kommt, noch den Benützern dieser Verkehrsmittel. Wir haben auch Geld zugeführt, aber natürlich - das muß ich gerade als Finanzreferent sagen - nach oben gibt es natürlich keine Grenzen. Man müßte auch gleich dazusagen, wo man denn einsparen soll. Wir haben in der Vergangenheit mit dieser Konstruktion, das muß man zugehen, Gelegenheit genommen, hier verschiedene Geschäftsfelder zu bearbeiten. Es ist so in einem

Betrieb, daß man halt im einen Geschäftsfeld vielleicht positiver wirtschaften kann, weil die Gegebenheiten günstiger sind, in anderen Bereichen ist das viel schwieriger und man muß auch der Wahrheit die Ehre geben. Kollege Tremel hat das dankenswerterweise getan, daß wir gerade beim Verkehr aus ganz ersichtlichen Gründen immer eingegriffen und gesagt haben, der Tarif darf nicht zu hoch sein. Manche waren der Meinung, er darf nicht einmal so hoch sein, wie jetzt. Lieber Kollege Tremel, ich weiß nicht und habe es nicht nachgerechnet, aber es wäre schon spannend, Du warst so viele Jahre im Gemeinderat, ich kann mich nicht erinnern, daß Du jemals ...

GEMEINDERAT OTTO TREML:  
Ich bin ja noch da!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:  
.. daß Du jemals einer Erhöhung von Tarifen zugestimmt hättest.

GEMEINDERAT OTTO TREML:  
Doch, aber bei den meisten war ich dagegen!

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:  
Ich kann mich nicht erinnern, es wäre interessant, sozusagen als Arbeitshypothese, nachzurechnen, was der Tarif bei den Verkehrsbetrieben wäre, wäre es nach Tremel gegangen. Und ob man überhaupt noch einen Verkehrsbetrieb hätte, oder ob dieser Verkehrsbetrieb vielleicht schon lange privatisiert wäre, was gerade aus Deiner Sicht der Dinge auch keine fatale Folge sein könnte.  
Ich möchte ...

GEMEINDERAT OTTO TRIEML:  
Das sagt der Grüner in einer  
Werbeschrift.

VIZEBÜRGERMEISTER HER-  
MANN LEITHENMAYR:

Man kann die Dinge von verschie-  
denen Gesichtspunkten sehen. Es  
ist durchaus nichts dabei und sehr  
positiv, wenn die Gesichtspunkte  
unterschiedlich sind. Wir sollten  
nur aus der Diskussion heraus ei-  
nen gemeinsamen Weg finden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Danke. Kollege Stadtrat Zagler  
bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HEL-  
MUT ZAGLER:

Sehr geschätztes Präsidium, liebe  
Damen und Herren im Gemeinderat!

Wenn man aufgrund der Ausbil-  
dung gelernt hat, Bilanzen zu lesen  
- nicht nur ich selbst, einige ande-  
re haben das auch gemacht - verfällt  
man leicht in die Gefahr, daß man  
die Zahlen zu sehr in den  
Vordergrund stellt und nicht das,  
was dahintersteckt. Wenn man  
aufmerksam zugehört hat, was bis-  
her an Debattenbeiträgen vorhan-  
den war, dann müßte sich das  
Szenario der Stadtwerke etwa so  
abspielen, daß im Verkehrsbetrieb  
aufgrund niedrigerer Tarife, auf-  
grund der Verbesserung des Ange-  
botes - statt 10 Millionen minus,  
vielleicht 20 oder 30 Mio. minus  
herauskäme. Die Stadt soll das be-  
zahlen, daß das Gaswerk  
klarerweise privatisiert wird. Ro-  
man, ich gebe Dir recht, 10 Mio.  
Gewinn ist natürlich ein ordentlicher  
Hammer. Man muß dann  
auch Steuern zahlen, aber das kann  
man als Privater sich bei 10 Mio.

leisten, es bleiben immerhin noch  
5 Mio. Schilling über, ohne beson-  
dere Gestaltungsmöglichkeiten in  
Anspruch zu nehmen. Das Crema-  
torium würde eventuell auch noch  
zur Teilprivatisierung dazu-  
gehören, das bringt ja auch  
Gewinn. Aber dann geht es schon  
los. Das Stadtbad gehört zuge-  
sperrt, die Kinder sollen vielleicht  
im Schotterteich schwimmen ler-  
nen, die Schüler sollen ihren Un-  
terricht woanders machen, die Er-  
wachsenen bzw. Pensionisten sol-  
len anderswo ihre Freizeit  
verbringen.

GEMEINDERAT ROMAN  
EICHHÜBL:

Daß zugesperrt gehört, habe ich  
noch nie gehört!

STADTRAT DKFM. MAG. HEL-  
MUT ZAGLER:

Die Kunsteisbahn, die Stock-  
schützen usw., die sollen wieder in  
den Werndlpark auf das Natureis  
gehen und letztendlich bei der  
Bestattung, Ich glaube, Kollege  
Wieser, das hast Du gesagt, bei der  
Bestattung ist es so, die, die es sich  
leisten können, sollen zur Fa.  
Stiegler gehen und die Armen  
sollen sich im besten selbst  
vergraben.

So kommt das etwa heraus. Daher  
meine Replik jetzt, und ich glaube,  
darauf sollte man schon  
hinkommen. Man muß stark  
unterscheiden zwischen dem be-  
triebswirtschaftlichen Aufbau des  
Unternehmens und der Arbeit dort.  
Unterscheiden zwischen den unter-  
nehmenspolitischen Aspekten aus  
den Stadtwerken heraus und aus  
den allgemein politischen. Wir  
neigen leider dazu, das alles zu  
vermengen. Man muß das ausein-  
ander halten, man muß sich be-

kennen dazu, daß ein Teil der Verlustabdeckung aus dem Gaswerk heraus stammt und daß das zusätzlich noch für uns günstiger ist, daß es steuermäßig für uns etwas bringt und daher auch für unsere Konsumenten etwas bringt. Das ist ein kleines Zuckerl nebenbei. Würde ich das nicht tun, würden wir schlechter ausschauen. Man muß ja weiterhin sich die Frage stellen, wie man betriebswirtschaftliche Änderungen durchführen kann, das heißt im gesamten Arbeitsablauf. Da bin ich selbst immer Augen- und Ohrenzeuge, wenn aus allen Richtungen hier herinnen die Anträge abgeschmettert werden, die von den Stadtwerken kommen. Wo es heißt, das und das könnte man zur Verbesserung der Situation der Bürger unserer Stadt tun, aber - das ist unsere Antwort - wir können uns das nicht leisten, oder von manchen Parteien zu sagen, sie können sich das nicht leisten, sie wollen sich das nicht leisten, weil damit, wo jeder so für das Sparen im Budget ist, ein entsprechender negativer Antrag gestellt werden würde. Wenn heute gesagt wird, daß die Stadtwerke - Du hast heute gesagt krank, voriges Jahr hast Du gesagt konkursreif - also konkursreif oder krank sind, dann muß gerade Dir als Bankmann und die Banken verkaufen auch Dienstleistungen - ich glaube, Du würdest enorme Prämien verdienen, lieber Herr Vizebürgermeister Holub, wenn Du für Deine Bank die Finanzierung des Unternehmens abdecken könntest. Denn in einem so gesunden Betrieb von der Bilanzstruktur wie die Stadtwerke, kann ich mir auch selten vorstellen, wenn ich darandanke, daß von einer Bilanzsumme von rund 192

Mio. Schilling etwa 130 Mio. Schilling Eigenkapital sind. Ich gebe Dir recht, daß aufgrund der Bindung dieser Kapitalien im gesamten Rohr- und Leitungsnetz und in den Fahrzeugen natürlich das auf der Vermögensseite so gebunden ist, daß Barmittel fehlen. Aber noch einmal, ich glaube, bei Deiner Bank als Prioritätskunde in der Bonitätsklasse I mit allen Vergünstigungen, auch was die Zinsgestaltung anlangt, könnten die Stadtwerke auftreten. Das ist aber ein anderes Problem, das die Stadtwerke haben, daß hier noch immer herumgestritten wird, dürfen wir als Stadtwerke für die Verbesserung der Liquidität selbst Darlehen aufnehmen oder Betriebsmittelkredite in größerem Ausmaß aufnehmen oder nicht. Aber das ist eine Sache, die wir im politischen Gremium ohne weiteres entscheiden können. Denn eines kann man nicht machen, der Öffentlichkeit weis zu machen oder einzureden, daß durch Mißwirtschaft - wie soll es sonst entstehen - solche Defizite aufgebaut sind, daß das Unternehmen am Rande des Ruins steht. Das ist ein Verzerrern der Tatsachen. Zu einigen Details vielleicht noch zur Abrundung, bedarfsorientiert sollen die Betriebe sein, hast Du gesagt. Das stimmt schon, aber man muß sich die Gesamtentwicklung der Marktstrukturen auch anschauen. Es ist im Bericht vom Stadtrat Steinmaßl vorgekommen, daß in manchen Gebieten, die das Stadtwerk zu betreuen hat, sich die Bedarfsstruktur geändert hat. Warum gehen an heißesten Sonntagen nur mehr 2.000 Leute in das Stadtbad? Vielleicht weil die Wasserrutsche fehlt? Aber die Wasserrutsche gibt es auch nicht am Pichlinger-

see, die Wasserrutsche gibt es nicht in Losenstein, die Wasserrutsche gibt es nicht am Ramingbach oder irgendwo anders. Hier hat sich die Struktur geändert, das Freizeitverhalten geändert und ähnliches. Oder bedarfsorientiert, wie soll ich mehr Schüler in den Autobus hineinbringen, wenn es immer weniger Kinder gibt? Quadratur des Kreises, also ein Ding der Unmöglichkeit. Das als kleiner Drübersteuer am Rande.

Der Vergleich mit Wels wurde schon gebracht. Wels hat privatisiert, Roman. Es verdient ein Privatunternehmer gar nicht schlecht mit diesen Autobuslinien. Aber was bewirkt das für die Gemeinde? Enorm mehr, ich glaube 13 oder 14 Mio. Schilling – die Direktoren der Stadtwerke nicken, ich dürfte da nicht so schlecht liegen – ist dort an Abdeckung aus dem Gemeindehaushalt heraus zu bezahlen und das bei viel höheren Tarifen wie in Steyr. Bei einem viel geringeren flächendeckenden Angebot, bei viel geringerer Frequenz der Verkehrsbetriebe. Wenn das die neue Zukunft ist, bitte sehr. Der Haider-Effekt übertüncht in der Kommunalpolitik manches. Ich weiß nicht, ob alles transportiert wird nach draußen, dieser Haider-Effekt, ob er auch in Steyr durchschlagen kann.

Um für das Budget auch noch Zeit zu haben, möchte ich sagen, alles das, was heute hier an Forderungen angebracht worden ist, hat eine zweite Dimension am heutigen Tag, Eingang in das Budget zu finden. Ich kann hier großartige Forderungen stellen, großartige Verbesserungen verlangen, aber irgendwo ist der Zusammenhang mit dem Budget gegeben. Entweder die Stadtwerke leisten es aus ihrem Be-

trieb heraus oder die andere Möglichkeit, wir über die Öffentlichkeit und über die Steuern und ähnliches, müssen es über das Budget abdecken.

Sonst sehe ich keine Möglichkeit. Das andere sind mehr oder weniger lustige oder interessante Debattenbeiträge.

Übrigens für alle jene, die gesagt haben, man soll mehr mit dem Autobus fahren. Ich zeige es nur her, damit Ihr das wißt. Das ist ein Fahrschein der städt. Verkehrsbetriebe. Ich zeige das für alle jene, die gesagt haben, man soll den Bus mehr benützen.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Danke. Kollege Spöck bitte.

**GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:**

Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ein paar Worte seien mir gestattet zu meinem Vorredner zum gesunden Betrieb Stadtwerke. Ich möchte vielleicht nochmals ganz kurz auf die Zahlungsbereitschaft eingehen. Liquidität ersten Grades – Gegenüberstellung der Barmittel und Bankguthaben mit kurzfristigen Verbindlichkeiten. 1989 4,4 Prozent; zweiten Grades unter Miteinbeziehung der kurzfristig verfügbaren Mittel mit 128 Prozent könnte man sagen nicht schlecht; die Liquidität dritten Grades – Gegenüberstellung sämtlicher Barmittel und Forderungen mit sämtlichen Verbindlichkeiten, 1989 30,4 Prozent. Ich würde sagen, die Liquidität ersten Grades mit 4,4 Prozent ist besorgniserregend, und die Liquidität dritten Grades ist fast als unverständlich zu bezeichnen. Das ist in meinen Augen eher

untertrieben.

Wenn ich mir die Verkehrsbetriebe anschau, den Umsatzrückgang in der Bilanz 1989, Vergleich zu 1988, minus 3,88 Prozent oder Verluste, hier haben wir minus 35 Prozent. Das Kontrollamt hat bereits anlässlich der Bilanzerstellung 1986 festgestellt, - damals war die Liquidität ersten Grades bei 7,7 Prozent, die zweiten Grades bei 102,7 Prozent und die dritten Grades 27,6 Prozent - daß in Würdigung der Bestimmungen des Organisationsstatutes für die Unternehmungen der Stadt Steyr diese Einrichtungen nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen sind und diese für eine entsprechende Liquiditätslage zu sorgen haben. Das war damals schon ein Auftrag des Kontrollamtes. Mir ist schon klar, da hat Kollege Tremel recht, man kann die Situation eines Kommunalbetriebes sicherlich nicht ganz vergleichen mit der eines Privatbetriebes. Ich habe auch anlässlich der Gemeinderats-sitzung im Juni dieses Jahres anlässlich der ungerechtfertigten Erhöhung der Bustarife darauf hingewiesen, daß die Einsparungen und damit die Verbesserung der Zahlungsbereitschaft gerade bei den Verkehrsbetrieben nicht - Kollege Vizebürgermeister Leithenmayr - über den Fahrpreis oder über die Verschlechterung des Angebotes gehen sollen. Das ist vielleicht der einfachste aber sicherlich der schlechteste Weg. Es sind ja hier in der Vergangenheit im Gemeinderat - nicht von den Verkehrsbetrieben, wie Kollege Zagler ausgeführt hat - Vorschläge zur Frequenzsteigerung gefallen, viele Vorschläge. Ich erinnere an die Umsteigtarife für die Autofahrer, Versuch des park and

ride-Systems, City-Bus, Überdenkung der Linienführung. Von Kollegen Oskar Holub wurde angeführt kinderwagengerechte Einstiegsmöglichkeit. Das habe ich als einen meiner ersten Beiträge im Gemeinderat 1985 vorgebracht. Es wurde gesagt, das geht nicht, aus. Verkehrsverbund. Wenn ich mich an den Verkehrsverbund zurückerinnere, das war damals wenn ich mich recht entsinne, Stadtrat Pimsl, der 1985 erstmalig den Verkehrsverbund gefordert hat. Was ist geschehen? Wir haben es immer wieder gefordert, Reaktion der Stadtwerke null. Nur den Fahrpreis zu erhöhen, ist in meinen Augen einfach zu wenig. Daher möchte ich die Bitte richten an die Direktion der Verkehrsbetriebe, sich endlich doch dieser Überlegungen, die hier im Gemeinderat in der Vergangenheit gefallen sind, anzunehmen. Die sind hier im Gemeinderat gefallen, sie sind nicht gekommen von den Verkehrsbetrieben. Und vor allem

GEMEINDERAT OTTO TREML.:  
Das können ja wir beschließen.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wir haben Vorschläge unterbreitet, die Beamtenschaft ist dazu da, diese Vorschläge zu konkretisieren. Das habe ich mir erwartet und ich habe das immer wieder gefordert. Beschließen müssen wir diese Vorschläge, aber das zu konkretisieren, dazu sind die Beamten da. Daher abschließend möchte ich den Vorschlag von Kollegen Holub aufgreifen, daß wir über solche Vorschläge mehr im Ausschuß diskutieren sollten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Danke. Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL  
HOLUB:

Ich möchte den Rest von denkbarer Aufmerksamkeit noch darauf lenken, was Kollege Zagler gesagt hat. Und zwar mit der Begründung, daß man so einfach mit einem Thema nicht umgehen sollte. Und zwar zu unterstellen, wenn Kollege Wieser eine Rechnung macht, daß der Verlust aus der Bestattungsanstalt bei Veräußerung oder Verpachtung in Einkommen aus Verpachtung umgewandelt werden könnte, das dahin zu übersetzen, sollen sich denn die Armen selbst begraben, das ist sicherlich eine rhetorische Meisterleistung.

ZWISCHENRUF:

Die Volkshilfe zahlt das!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL  
HOLUB:

Ich persönlich wäre mit dem Wort, die Volkshilfe zahlt das, etwas zurückhaltender, aber ich habe keinen Anlaß, Dir Empfehlungen abzugeben, das macht Ihr untereinander selbst.

Ich meine nur, daß auch die Armenbegräbnisse vom Sozialamt aus dem Budget der Stadt bezahlt werden. Das ist ja nicht so, daß das die Stadtwerke aus ihren eigenen Mitteln aufbringen müssen.

Das nur zur Klarstellung. Man kann das sogar im Budget nachfinden, wenn man es ordentlich sucht. Und das zweite wollte ich auch noch klarstellen, daß durch die Mißwirtschaft eine schlechte Bilanzsituation erzielt würde, das war nie die Aussage der ÖVP. Darum

finde ich es auch nicht sehr passend und auch nicht sehr kooperationsfördernd, wenn Du Dich dann da an dieses Pult stellst und die Situation so darstellst, als hätte das die ÖVP jemals gesagt. Im Gegenteil, wir haben immer gesagt, daß die schlechte Kapitalsituation sehr wohl verschuldet ist durch die nicht vollzogenen Beschlüsse oder die nicht gefaßten Beschlüsse des Gemeinderates.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Du bist der Meinung, daß durch gutes Wirtschaften das Unternehmen konkursreif geworden ist.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL  
HOLUB:

Das wäre mein nächster Satz gewesen und ich finde es auch nicht sehr passend, daß Du in Deiner Gabe, alles umzudrehen, so auch die Worte anderer, es so darstellst, als wäre der Gegensatz zu meiner Feststellung, daß die Stadtwerke "wären sie ein privater Betrieb" krank oder konkursreif wären, umwandelst dahin, daß sie vielmehr ein gesunder Betrieb sind, weil sie kreditwürdig sind. Kreditwürdig, das glaube ich, brauche ich Dir nicht erklären, vor Deinem Namen steht Diplomkaufmann. Kreditwürdig ist der Betrieb dann, wenn er entweder aus seiner Struktur oder aus der gegebenen Hintergrundunsicherheit in der Lage ist, Kredite zu bedienen und der Ausfall nicht gewährleistet ist. In der Struktur selbst wäre die Kreditwürdigkeit nicht zu sehen. Du hast selbst die Gasrohre erwähnt, die im Verwertungsfall eher fragwürdig sind. Insbesondere dann, wenn sie schon in den Boden eingebaut sind. Wohl aber im

Hintergrund ist dieses Unternehmen doch gesund und da ist der Unterschied zum reinen privaten Unternehmen. Es tut mir leid, daß man das einem Kaufmann sagen muß, weil die Gemeinde mit ihrer gesamten Kraft dahinter steht. Daher ist auch die Beifügung "wäre sie ein privates Unternehmen" absolut unentbehrlich, wenn man die Aussage richtig zitieren will. Wenn man die Aussage nicht richtig zitieren will, ist ohnehin alles vergeblich. Der Vergleich mit Wels ist so alt, daß er seit Jahren schon sinnlos ist. Ich hoffe, daß ich den Gemeinderat nicht abqualifiziere, weder den der Stadt Steyr noch den der Stadt Wels, wenn ich sage, wenn der Nachbar in die Hose macht, muß ich selbst das nicht auch tun. Wenn wir ganz genau wissen, daß es in Wels nicht richtig, nicht kostengünstig funktioniert, dann brauchen wir nicht sagen, weil es in Wels noch schlechter ist, sind wir in Steyr hochweis oder es handelt sich um einen gesunden Betrieb, der alle Bedürfnisse erfüllt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Holub. Wünscht noch jemand zu sprechen. Kollegin Radmoser bitte.

Karl, ich möchte als Vorsitzender noch einen Zwischenruf machen. Ich glaube, daß trotz der geschilderten Situation in den Stadtwerken, entschuldige, wenn ich das sage, die Volksbank Steyr den Stadtwerken jeden Kredit geben würde und diesen Kredit einstuft würde als nicht gefährdet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich habe das auch geschildert

warum. Ich hoffe, daß ich verstanden wurde, ich wiederhole das ganz gerne noch einmal.

GEMEINDERAT EDITII RAD-MOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen des Gemeinderates!

Immer wieder wird die Frage gestellt und die Kritik laut, warum erarbeiten die Stadtwerke im Bestattungsbereich keine Gewinne, wo doch ein privates Unternehmen wahrscheinlich einen Ertrag erwirtschaften kann. Darf ich dazu einige Überlegungen anstellen. Erstens einmal man muß die Bestattung und das Krematorium als ein Aufgabengebiet sehen. Es wird nur die Buchhaltung getrennt geführt und somit auch die Bilanz getrennt erstellt. Nehmen wir die Bilanz von 1989. Bestattung - Verlust 593.238,-. Krematorium Gewinn 47.743,-. Berücksichtigen wir nun die gebildete Rücklage von 300.000,- sowie die im Jahr 1989 angefallene Abfertigung für die beiden ausgetretenen Mitarbeiter Laussermayr und Kittinger in der Höhe von 168.000,-, so bleibt nur mehr ein Verlust von 77.000,- Schilling. Immerhin ein Verlust, werden Sie sagen. Ja, jedoch haben die Stadtwerke, die Leichenhalle, das Krematorium und den Urnenhain zu erhalten. Allein für den Umbau des Krematoriums haben die Stadtwerke einen Kredit über 6 Millionen Schilling aufgenommen, wofür die Rückzahlungsrate und die Zinsen für das Jahr 1989 345.000 Schilling betragen haben. Wenn die Stadt diese Investition hätte tätigen müssen oder können, da ja, nur um die Stadt zu entlasten, die Stadtwerke diese Kosten übernommen haben, hätte dieser

Betrieb im Jahr 1989 einen Gewinn von 268.000 Schilling ausgewiesen – also gar nicht so schlecht. Wenn man bedenkt, daß die Erträge ja nur über die Bestattungskosten hereinkommen können. Wie Sie alle wissen, gibt es drei Bestattungskategorien, die Gruppe A mit ca. 25.000 Schilling, die Gruppe B mit 20.000 und die Gruppe C mit 17.000 Schilling. Diese Tarife sind so errechnet, daß die Gruppe A zum Großteil und die Gruppe B zum geringeren Teil die nicht kostendeckende Gruppe C ausgleichen sollen. Nun ist es aber so, daß bei der städtischen Bestattung nur ein A zum Tragen kommt, hingegen die Kategorie C hauptsächlich von dieser Bestattung durchgeführt wird. Außerdem werden von den Stadtwerken auch die Bestattungen übernommen, wo nur der Sozialtarif von S 7.000,-- bezahlt wird. Denn für eine sozialistische Gemeinde ist es eine selbstverständliche soziale Aufgabe, daß jeder Verstorbene ein anständiges, würdevolles Begräbnis erhält. Da haben finanzielle Überlegungen erst gar nicht aufzukommen.

Ein Aspekt ist auch noch anzuführen, daß die Bestattungsfälle an sich rückläufig sind. Wurden 1985 noch 582 Bestattungen durchgeführt, wovon 303 auf die Stadtwerke entfielen, waren es im Jahr 1989 nur mehr 428 Bestattungen und davon kam ein Anteil von 228 zu den Stadtwerken. Somit eine Verringerung um 75 Geschäftsfälle. Der Personalstand bleibt davon jedoch unberücksichtigt, denn man kann doch die Leute nicht nur nach Bedarf und auf Abruf beschäftigen. Dies kann sich vielleicht ein Privatunternehmen leisten, aber nicht

die öffentliche Hand. Für uns stehen immer die sozialen Aspekte im Vordergrund, sei es im Personalwesen, wie auch in den Leistungen, die wir allen unseren Bürgern zur Verfügung stellen. Auch denen, denen es finanziell nicht so gut geht. Aber dies ist der letzte Dienst, den wir den Verstorbenen leisten können, in Würde bestattet zu werden. Ich glaube, von dieser Warte aus gesehen erübrigt sich die Frage, warum keine besseren Erträge erwirtschaftet werden. Bitte, ziehen Sie einmal diese Überlegungen in Betracht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH Schwarz:

Ich danke Kollegin Radmoser für ihren Beitrag. Es liegt keine Wortmeldung mehr vor und ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT RUDOLF STEIN-MASSL:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, ich kann mir ein langes Schlußwort sicher ersparen aufgrund der Aussagen unseres Vizebürgermeisters Leithenmayr und des Kollegen Zagler. Eines möchte ich aber schon sagen, da muß ich der Kollegin Radmoser vollkommen recht geben, so ist es nicht, wie Gemeinderat Eichhübl meint, daß ein Privater bei der Bestattung sicherlich Gewinne machen würde. Der würde auch keine Gewinne machen, wenn er die Sozialfälle zu versorgen hätte. Es ist aber so, ein Privater hat eben keine Sozialfälle. Der hat die Kategorie A, die macht S 30.000,-- aus, er hat die Kategorie B, die macht 20.000 aus pro Bestattungsfall. Ergo dessen kann er natürlich leichter auf die große Tube hauen, wie man so

schön sagt.

Zu Gemeinderat Oskar Holub möchte ich sagen. Ich weiß nicht, ob Sie informiert sind, daß ein Steyrer Bus leider Gottes mehr Diesel verbraucht wie ein anderer Bus - da will ich keinen Markennamen nennen. Das ist halt so, da kann man nichts machen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das hängt damit zusammen, weil ein Panzermotor drinnen ist!

STADTRAT RUDOLF STEIN-MASSL:

Ich bin kein Fachmann.

Was die Aussage des Gemeinderates Eichhübl anbelangt, daß beim Verwaltungsausschuß die Bilanzen nicht vorgelegt worden sind. Dazu muß ich eines sagen, zu dem Zeitpunkt, wie diese Sitzung war, haben wir geglaubt, daß wir vom Kontrollamt zeitgerecht das Ergebnis bekommen. Das war leider Gottes nicht der Fall, ergo dessen haben wir das nicht zur Verfügung stellen können. Ich bitte um Entschuldigung, es sind logischerweise auch gewisse Anlaufschwierigkeiten vorhanden bei der Neuinstallierung des Verwaltungsausschusses. Wir werden trachten, daß wir in Zukunft diese Fehler nicht mehr machen.

Das war an sich mein Schlußwort, ich bitte den Herrn Bürgermeister, die Abstimmung vornehmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltung? Der

Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEIN-MASSL:

Beim nächsten Antrag geht es wieder um die Stadtwerke, und zwar um die Verlustersätze 1990 als Akontierung für die Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

6) ÖAG.7290/90

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr, Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn; Verlustersätze 1990 - Akontozahlung

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 6. 11. 1990 sowie des Berichtes des Kontrollamtes vom 22. 11. 1990 wird der Zahlung von S 6 Millionen als Akonto für die von der Stadt Steyr zu leistenden Verlustersätze für die Teilbereiche Stadtbad und Kunsteisbahn für das Jahr 1990 zugestimmt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 2.000.000,-- (zwei Millionen) bei der VA-Stelle 1/8790/750200.5 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen. Gleichzeitig wird der Freigabe von S 4.000.000,-- (vier Millionen) bei der VA-Stelle 1/8790/759200.5 für das Rechnungsjahr 1991 zugestimmt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht dazu jemand das

Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEIN-  
MASSL:

Bei meinem nächsten Antrag geht es um die Zweckumwidmung einer Kapitaleinlage, die die Stadtwerke für den Ankauf von zwei Omnibussen erhalten haben. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

7) ÖAG-7290/90

Stadtwerke

Wirtschaftsplan der Stadtwerke 1990; Gewährung einer Kapitaleinlage für den Ankauf von zwei Omnibussen für den städtischen Verkehrsbetrieb;  
Änderung der Zweckwidmung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Wirtschaftsplan 1990 für die Stadtwerke Steyr wurde für den Ankauf von zwei Großraumbussen einschließlich der dazugehörigen Fahrscheinentwerfer und Fahrscheindrucker eine Kapitaleinlage in Höhe von S 4,7 Millionen (exkl. USt.) gewährt.

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 20. 10. 1990 wird nunmehr der Abänderung der obgenannten Zweckwidmung (für die Kapitaleinlage in Höhe von S 4,7 Millionen) in eine Kapitaleinlage für die in den Stadtwerken Steyr bzw. im Betriebsverbund (Gas/Verkehr) im Jahr 1990 getätigten Investitionen, zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER HER-  
MANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben? Danke vielmals. Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEIN-  
MASSL:

Mein vorletzter Antrag wird sicherlich Diskussionen hervorrufen. Es geht um die Erdgas-Einstandspreiserhöhung per 1. 1. 1991. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

8) ÖAG-6056/87

Stadtwerke

Erdgaseinstandspreiserhöhung  
per 1. 1. 1991.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 7. 11. 1990 sowie des Berichtes des Kontrollamtes der Stadt Steyr vom 15. 11. 1990 wird mit Wirkung 1. 1. 1991 der Neufestsetzung des Erdgasabgabepreises entsprechend der diesem Amtsbericht beige-schlossenen Anlage zugestimmt (BEILAGE).

VIZEBÜRGERMEISTER HER-  
MANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht das Wort? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Begründet wird diese Erhöhung um 9,3 Prozent mit einer Steigerung des Einstandspreises, unter anderem auch als Folge des

Golfkrieges. Ich gehe nicht ein, wieviel Eigenproduktion wir in Oberösterreich oder Österreich haben an Erdgas, wieviel von den Russen kommt und von Nordgas. Auf diese Frage gehe ich überhaupt nicht ein. Ich habe aber zu dem, was Stadtrat Steinmaßl hier gesagt hat, doch eine andere Auffassung. Diese Erdgaspreiserhöhung wird meiner Meinung nach beantragt, um im Versorgungsverbund Gaswerk - Verkehrsbetrieb auch im kommenden Jahr, im Jahr 1991, Steuerersparnisse in etwa, ich weiß das nicht so genau, vielleicht kann mir das noch jemand sagen, 4 - 5 Mio. Schilling zu erzielen. Daher muß der Teilbetrieb Gaswerk einen Gewinn von über 6 Mio. Schilling abwerfen, damit man eine Verminderung der Körperschaftssteuer auch für 1991 in Höhe von rund 4 Mio. Schilling erreicht. Die Einstandspreiserhöhung für 1991 beträgt, wie wir rein zufällig wissen, 4 Mio. Schilling. Das ist der wahre Grund dieser Gaspreiserhöhung von fast 10 Prozent. Diese führt zu einer empfindlichen Erhöhung vor allem der Heizungskosten und daher natürlich auch der Wohnmieten und wird von mir abgelehnt. Die Gebühren- und Tarifierhöhung, die Sie heute hier beantragt haben bzw. die beschlossen wird und jetzt, trotz meiner Gegenstimme, der Gaspreis erhöht wird, belastet die breite Bevölkerung im kommenden Jahr mit rund 15 - 16 Mio. Das möchte ich Ihnen auch vor der Abstimmung noch gesagt haben.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:  
Danke. Nächster ist Kollege Vizebürgermeister Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich glaube, wenn die Darstellung, meine Kolleginnen und Kollegen, im Amtsbericht schlüssiger wäre, dann würden wir uns jetzt eine Reihe von Debatten ersparen. Wenn schlüssig aus dem Amtsbericht hervorginge, daß die Erhöhung tatsächlich im nächsten Jahr 9,61 Prozent beträgt, nach den Wahrscheinlichkeiten, die hochgerechnet sind, wie nach den Preisen, die jetzt schon feststehen, dann gäbe es diese Debatte überhaupt nicht. Die Verfasser des Amtsberichtes haben eine denkbar unglückliche Hand gehabt. Vielleicht haben sie gemeint, daß man dem Gemeinderat die volle Information über die zugrunde liegenden Zahlen nicht zumuten könnte. Eine andere Erklärung finde ich mir nicht, denn wenn man Plausibles plausibel darstellt, dann wird es auch von einem Gemeinderat der Stadt Steyr verstanden. Diesen Hinweis kann ich wirklich den Berichtverfassern nicht ersparen. Denn nach dem Bericht, so wie er verfaßt ist, hätte Kollege Tremml nämlich vollkommen recht. Ich finde es aber in der Tat zumutbar, wenn ..

GEMEINDERAT OTTO TREML:  
Wir sehen es dann ja wieder.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich finde es in der Tat zumutbar, wenn Tarife im Einstandspreis erhöht werden, daß man von der Gewinnmarge, von der ja nicht nur der Verkehrsbetrieb, sondern der Versorgungsbetrieb tatsächlich existiert. Daß man diese aufrecht erhält, das halte ich für richtig. Es

mag sein, daß es nicht populär ist, aber populistisch war ich noch nie, bin ich nicht und werde ich auch nicht sein. Es ist vielmehr so, daß wir zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in den Versorgungsbetrieben, jetzt im Verbund mit dem Verkehrsbetrieb, aus einem der Teilbetriebe jedenfalls Gewinne haben müssen. Das bestreite ich gar nicht. Durch die Vernetzung in der körpersteuerlichen Hinsicht scheint es jetzt direkt so transparent zu sein, daß der Gewinn des einen Betriebes direkt in den Verlust des anderen Betriebes fließt. Es ist jetzt diese Vermutung auch nicht entkräftet worden. Auch nicht durch Kapitalflußrechnungen, die unter Umständen, wenn sie richtig erstellt werden, dasselbe ergeben hätten, wie die Vermutung ohnehin schon klarlegt. Fest steht, daß es wenigstens auf diese Art gelingt, den Verkehrsbetrieben Gelder zuzuführen, die nicht vorher noch einmal versteuert werden mußten. Das ist die schlichte, reine, einfache Wahrheit. Fest steht weiter, wenn der Verkehrsbetrieb diesen Zuschuß nicht vom Gaswerk bekäme, müßte er diesen Zuschuß zwangsläufig von der Stadt bekommen. Aber dann aus den Steuergeldern der Bürger jedenfalls. Jetzt kann man mir bei dieser Argumentation entgegenhalten, die Verkehrstarife kommen auch aus versteuerten Geldern oder Steuergrundlage-Geldern unserer Bürger. Stimmt schon. Ich glaube aber, daß diese Vernetzung doch durchaus korrekt ist, weil es im übrigen – jetzt widerspreche ich mir selber zu dem, was ich vorhin gesagt habe, mit dem Blick auf Wels – die anderen Versorgungsverbände genau so machen. Der

Bürger von Linz stützt mit seinem Strompreis den Bus- oder Straßenbahnpreis der ESG. Dort ist es ganz genau so. In vergleichbaren Städten, wo es Versorgungsverbände gibt, ist es tatsächlich so. Schöner wäre es, transparenter wäre es, wenn wir das Primärbedürfnis nach Energie loslösen könnten von dem Primärbedürfnis nach innerstädtischem öffentlichem Personen-Nahverkehr oder nach Regional-Personennahverkehr, schöner wäre es. Nur die Realität zeigt uns, daß das derzeit eben nicht möglich ist. Das ist bedauerlich und ich stehe nicht an, zu diesem sehr unpopulären Punkt im Namen der ÖVP im vollen Bewußtsein ja zu sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht dazu noch jemand zu sprechen? Kollege Oskar Holub bitte.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Wir sind gegen diesen Antrag, weil wir vor allem finden, daß das Ausmaß der Erhöhung nicht gerechtfertigt ist. Und zwar aus folgendem Grund: Ich glaube, daß in der letzten Zeit zu massiv Werbung gemacht wurde für Erdgas. Und Erdgas ein relativ umweltfreundliches Produkt, ein relativ freundlicher Energieträger ist im Vergleich z. B. zum Heizöl. Ich befürchte, wenn jetzt so massive Erhöhungen beim Erdgas stattfinden, daß sehr viele Leute wieder auf Heizöl etc. und auch andere Brennstoffe umsteigen werden, womit es zur stärksten Umweltbelastung für die Stadt Steyr kommen wird.

Ich beziehe mich als Beispiel auf die beiden Ziegelwerke in Steyr,

wo Verhandlungen stattfinden. Ich finde es zum momentanen Zeitpunkt als eine äußerst unglückliche Entscheidung, die Preise in diesem Ausmaß so stark zu erhöhen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächster ist Kollege Stadtrat Zagler.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Als Umweltreferent bin ich klarerweise in die aktuellen Verhandlungen mit den Ziegelwerken Ratzinger und Weindl eingebunden. Ich möchte daher ein paar Dinge sagen, um das zu widerlegen, was Du, lieber Oskar, gesagt hast. Es geht darum, daß hier ein Substitutionswettbewerb zwischen verschiedensten Energieträgern stattfindet und auch die anderen Energieträger entsprechend erhöht sind, und vor allem, was die Ziegelwerke anlangt, diese Erhöhung nicht auf Steyr beschränkt ist, sondern auf ganz Oberösterreich beschränkt ist. Und weil es eben um die Einstandspreiserhöhung geht, und ich glaube, das ist auch eine betriebswirtschaftliche und finanzielle Binsenweisheit, wenn ich teuer einkaufe, entweder trage ich diesen Differenzbetrag aus meiner Tasche oder ich finde einen anderen, der mir dafür Geld schenkt, oder ich muß das an den Konsumenten überwälzen. Das geschieht hier und im selben Einverständnis und aus derselben Begründung heraus, die Herr Vizebürgermeister Karl Holub hier gemacht hat.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall und wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (KPÖ, GAL) und 1 Stimmenthaltung (FPÖ) angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Auftragsvergaben zur Trinkwasserversorgung Waldrandsiedlung. Es sollen die Versorgungsstränge erneuert werden, und zwar in der Anergasse, Edelweißgasse und Plattnerstraße. Der Antrag des Stadtsenates hat folgenden Wortlaut:

9) ÖAG-7364/90

Stadtwerke

Trinkwasserversorgung Waldrandsiedlung; Erneuerung der Versorgungsstränge in der Anergasse, Edelweißgasse und Plattnerstraße, Auftragsvergaben.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 15. 11. 1990 werden im Zusammenhang mit der Erneuerung der Trinkwasserversorgungsstränge in der Waldrandsiedlung nachstehende Aufträge vergeben:

1. Tiefbauarbeiten: Fa. Illma Bau-GesmbH, Steyr,  
520.193,- exkl. USt.

2. Ankauf der PVC-Druckrohre und Installationsmaterialien: Fa. Kontinentale, Wels  
97.900,- exkl. USt.

Die hiefür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen. Infolge Dringlich-

keit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt

Ich ersuche um Annahme dieses Antrages.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich darf fragen, ob zu diesem Antrag das Wort gewünscht wird? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Gegenprobe? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichterstattung und erteile Kollegen Tatzreiter das Wort.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Geschätzte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen drei Anträge vorzubringen. Im ersten Antrag geht es um den Zubau eines Waschraumes und eines Turngeräterumes in der Industriestraße 4 - 6, in der Sonderschule. Gerade in dieser Schule ist es zur Zeit so, daß die Garderobe im Turnsaal untergebracht ist bzw. der Waschraum und das ist natürlich sehr schlecht. Ich darf in diesem Zusammenhang bitten, damit dort in Zukunft ein zeitgemäßer Turnunterricht ermöglicht wird, muß für die Unterbringung eines Turngeräte- und eines Waschraumes ein Zubau errichtet werden. Dieser Zubau ist eingeschobig und hofseitig neben dem Turnsaal gelegen. Er hat eine Größe von 8,30 mal 13,85 Meter. Die

Durchführung der Baumeisterarbeiten wird in zwei Etappen vorgesehen. Die erste Etappe ist heuer noch, also 1990, die zweite im Jahr 1991 vorgesehen. Ich darf den Antrag vorbringen, welcher lautet:

10) GHJ2-7511/90

Zubau eines Waschraumes und eines Turngeräterumes;  
Baumeisterarbeiten - ASO Industriestraße 4 - 6.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 19. 11. 1990 wird im Zusammenhang mit dem Zubau eines Waschraumes und eines Turngeräterumes bei der Sonderschule Industriestraße der Auftrag zur Durchführung der Baumeisterarbeiten an die Fa. Hamberger, Steyr, zum Preise von S 561.701,70 i. M. vergeben.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 400.000,-- (vierhunderttausend) bei der VA-Stelle 5/2100/01042.3 freigegeben.

Die Freigabe der Restmittel bleibt einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Es wird keine Wortmeldung gewünscht, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um

ein Zeichen der Zustimmung?  
Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem zweiten Antrag geht es um den Verkauf eines Teilstückes des Grundstückes 1435/1, KG. Steyr an die Ehegatten Dr. Erika und Dr. Helmut Saxenhuber, Steyr, Reithoffergasse 1.

Es geht darum, daß laut Aussage der MA III kein öffentliches Interesse am Ausbau dieser Flächenwiese zu einer Verkehrsfläche beantragt wird. Eine Belastung im öffentlichen Gut könnte ebenfalls unterbleiben. Es müßte lediglich der Zugang zur Nachbarliegenschaft gewährleistet sein. In diesem Antrag geht es zusätzlich um die Kosten im Zusammenhang mit der Vertragserrichtung bzw. einschließlich der Vermessungskosten, die der oder die Käufer übernehmen.

Der Antrag lautet:

11) ÖAG-5524/90

Verkauf eines Teilstückes des Grundstückes 1435/1, KG. Steyr, an die Ehegatten Dr. Erika und Dr. Helmut Saxenhuber, Steyr, Reithoffergasse 1.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Verkauf einer Teilfläche des öffentlichen Gutes, Grundstück 1435/1, KG. Steyr, im Ausmaß von rund 500 m<sup>2</sup> zu einem Kaufpreis von S 600,- je m<sup>2</sup> an die Ehegatten Dr. Erika und Dr. Helmut Saxenhuber zugestimmt. Der Kaufpreis ist binnen 14 Tagen nach Vertragsunterfertigung zur Gänze zu entrichten. Sämtliche Kosten im

Zusammenhang mit der Vertragserrichtung und dessen grundbücherlicher Durchführung einschließlich der Vermessungskosten sind von den Käufern zu tragen. Die Käufer haben weiters der Stadt die Kosten der Zufahrtserrichtung zu ihrer Liegenschaft zur Gänze zu ersetzen.

Auch hier darf ich um Annahmeersehen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Niemand. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem letzten Antrag geht es um das Bauvorhaben Resthof III c. Es geht um eine Grundbeschaffung und die GWG ist im Begriff, ihre Wohnbautätigkeit im Bereich dieses Stadtteiles Resthof weiter fortzusetzen. Aus Gründen der Stadtentwicklung ist es dabei angeraten, unter Bedachtnahme auf vorhandene Aufschließungen und Infrastrukturen auf den der Stadt näheren, an bereits behaute Gebiete anzuschließenden Grundflächen, mit der Bebauung weiterzufahren. Bekanntlich stehen der GWG zur Fortsetzung ihrer Bautätigkeit in größerem Umfang nur mehr Grundflächen auf dem Resthofareal zur Verfügung. Um die Zahl der bei der Wohnbauförderung des Landes aufliegenden Wohnungen zu vergrößern, ist es notwendig, nach längerer Pause wieder eine neue Wohnhausanlage etwas größeren

Umfanges einzureichen, wobei es sich um den Wohnbau Resthof III, Abschnitt C, Süd, handeln soll, der 188 Wohneinheiten umfaßt, die in 17 Stiegehäusern untergebracht sind.

Es ist angeraten, den Grundpreis pro m<sup>2</sup> im Hinblick auf eine möglichst gleiche Belastung der Resthofmieter auch für diesen Bauabschnitt konstant zu halten und mit S 350,-/m<sup>2</sup> festzusetzen. Die Wohnungsgesellschaft trägt sämtliche mit der grundbücherlichen Durchführung verbundenen Steuern und Abgaben. Die Vermessungskosten trägt die Stadt als Beitrag zur Grundstückaufschließung. Als weiterer Beitrag zu den Aufschließungskosten wird die Stadt die nach dem Bebauungsplan auf öffentlichen Verkehrsflächen entfallenen Grundstücksteile, ohne Anrechnung von Kosten unmittelbar in das öffentliche Gut übertragen.

Der Antrag lautet:

12) ÖAG-7616/90

Bauvorhaben Resthof III C -  
Grundbeschaffung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf der im Lageplan des Dipl.-Ing. Mayrhofer vom 15. November 1990, GZ. 7639/90, dargestellten Grundstücksteile der Parz. 1776/2, 1769/1, 1771/2 und 1772/2 der EZ. 1907 KG Steyr im Gesamtausmaß von 14.361 m<sup>2</sup> zum Preise von S 350,-/m<sup>2</sup>, demnach um S 5.026.350,- an die GWG der Stadt Steyr zur Errichtung der Wohnhausanlage Resthof III C, wird zugestimmt. Der auf öffentliche Verkehrsflächen entfallende Grund wird seitens der Stadt entschädigungslos dem

öffentlichen Gut gewidmet. Die Kosten der grundbücherlichen Durchführung trägt die Wohnungsgesellschaft.

Ich ersuche um Genehmigung.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es Wortmeldungen dazu? Wer wünscht zu diesem Antrag das Wort? Herr Kollege Oskar Holub, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Wir sind grundsätzlich damit einverstanden und begrüßen es, wenn die Stadt Wohnungen baut. Was mir aber wichtig erscheint in diesem Zusammenhang, wäre hier die Einbeziehung des Gestaltungsbeirates nach den negativen Erfahrungen mit den bisherigen Bauten am Resthof. Ich denke mir, es sollten auch in Bereichen, wo neue Wohnungen nicht in einem so sensiblen Bereich wie im Altstadtbereich, aber trotzdem für die Bewohner von der Wohnqualität und Lebensqualität her sehr gute Wohnungen geschaffen werden, die dem Standard entsprechen. Ich erwarte mir - das wird heute noch einmal kommen als anderes Thema - daß bezüglich Gestaltungsbeirat der Modus neu definiert wird, weil nach der bisherigen Regelung hat eigentlich mehr oder minder nur die Stadtgemeinde die Möglichkeit, den Gestaltungsbeirat nach Gutdünken einzuberufen und es besteht überhaupt keine Möglichkeit, seitens der Bewohner oder Betroffenen oder irgendwelcher Stadtteilvertreter, den Gestaltungsbeirat miteinzubeziehen. Ich würde mir, nachdem die Stadt Verantwortung übernimmt oder übernehmen soll, wünschen, daß

möglichst schöne, gute und beste Wohnungen gebaut werden. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Kollege Tatzreiter ist der nächste Redner.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Daß natürlich ein gewisses Interesse besteht bei der Gestaltung bei den Mietern, die dort ein Interesse haben, einzuziehen bzw. sich um eine Wohnung zu bewerben, daß die wissen wollen, wie die Wohnungen oder Häuser gestaltet werden, ist bekannt. Ich bitte aber dafür um Verständnis, daß wir aus diesem Grund hier in diesem Zusammenhang aus zeitlichen Gründen, um die Zahl zu erhöhen bei den Wohnbauförderungen bzw. überhaupt beim Wohnbaureferenten von Oberösterreich, hier diese Größenordnung zu offerieren, um rechtzeitig diese Wohnungseinheiten bzw. Möglichkeiten dort zu deponieren. Aus zeitlichen Gründen. Aber wir können uns einmal im Wohnungsausschuß damit grundsätzlich beschäftigen. Grundsätzlich ist es aber so, daß ohnehin der Bauausschuß mit diesen Dingen beschäftigt ist.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? danke. Gegenprobe? Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltung? Auch nicht, der Antrag ist einstimmig in der vorliegenden Form beschlossen. Ich danke Kollegen Tatzreiter. Als nächsten Berichterstatter ersuche ich Kollegen

Zagler.

BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM: MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren!

Ein Antrag, den ich vorzutragen habe, liegt vor. Es geht dabei um die Förderung des Ankaufes von Kompostbehältern. Ich darf aus der Geschichte dieses Antrages sagen, daß der Stadtsenat schon einmal einen Beschluß, und zwar am 30. August, faßte. Allerdings unter ganz anderen Voraussetzungen, unter der Voraussetzung, daß damals ein Preis von S 600,- in Frage gekommen ist und daß wir mit einer Akzeptanz dieser Aktion von wenigen hundert Stück gerechnet haben. Das alles hat sich geändert, und zwar wie ich meine verbessert. Nicht nur, daß der Komposter teurer geworden ist, er ist verbessert worden und brauchbarer gemacht worden, nicht zuletzt dank der Mitarbeit des öö. Siedlerverbandes. Es ist durch diese Preiserhöhung – das möchte ich betonen – für die Stadt Steyr nicht oder nur unwesentlich teurer geworden. Denn die Kalkulation ist so aufzustellen, daß von der Stadt Steyr damals ein Zuschußbedarf von S 150,- pro Stück Komposter gewährt wurde und ein Selbstbehalt für den Bezieher von S 50,- einkalkuliert war. Durch die erhöhte Landesförderung bei diesem neuen Kaufpreis ist die Förderung der Stadt von S 150,- auf S 155,- zu erhöhen. Aber, was besonders bemerkenswert ist, daß nicht wenige hundert sondern bereits über 2.000 Bürger unserer Stadt von dieser Kompostaktion Gebrauch gemacht haben und das ist eine Bestätigung, daß wir auf dem richtigen

Umweltschutzkurs dahinsiegl.

In dem Zusammenhang sei auch noch erwähnt, wir haben erhoben, ob sich gleich jemand für die nächsten Jahre Komposter auf die Halde oder in den Keller legt. Es wurde erhoben, daß in Steyr 2.500 Einfamilienhäuser, 1.002 Familienhäuser und 1.000 Kleingartenanlagen oder Kleingärten existieren, also etwa 4.500 mögliche Bezieher. Das heißt, wir haben eine Ausnutzung von fast 50 Prozent erreicht. Das zeigt schon, wie man hohes Lob zollen kann. Nachdem ein Einsatz oder ein Beitrag des Bezieher verlangt war, man annimmt, daß ein Großteil dieser Komposter auch tatsächlich montiert bzw. benutzt wird und was dabei an Mülldeponievolumen erspart werden kann, kann ich nur sagen, eine nachahmenswerte Aktion für viele andere Gemeinden. - Uns kostet das - ich möchte bitten, daß wir heute das beschließen - aus dem Stadtsäckel S 310.000,- beschließen. Ich darf unserem Umwelt-Landesrat sagen, er muß für die Aktion, für die gleiche, etwa 1,6 Millionen Schilling bereitstellen. Er wird das hoffentlich mit Freude tun, wir arbeiten ja sonst auch vom Umweltschutzreferat sehr hervorragend mit Landesrat Pühringer und seiner Abteilung zusammen. Ich bitte um Abführung der Diskussion und um Beschlußfassung.

13) Sport-1381/90

Kompostierbehälter,  
Förderung; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Stadtsenates vom

30. 8. 1990 wurde der Durchführung einer Förderungsaktion zum Ankauf von Kompostbehältern zugestimmt. Die Förderung sollte dergestalt erfolgen, daß neben der monatweisen Vorfinanzierung des Landesbeitrages in Höhe von S 400,- ein finanzieller Zuschuß in Höhe von S 150,- pro Behälter von seiten der Stadt gewährt wird.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA XII vom 21. 11. 1990 erfolgt nunmehr, in Abänderung des Beschlusses vom 30. 8. 1990, die Förderung dergestalt, daß neben der Vorfinanzierung des Landesbeitrages in Höhe von S 800,- ein finanzieller Zuschuß in Höhe von S 155,- pro Behälter von seiten der Stadt gewährt wird. Der vom Käufer für den Ankauf eines Komposters zu entrichtende Betrag beläuft sich auf S 50,-. Zur Abwicklung der Förderungsaktion wird einer Mittelfreigabe im Ausmaß von S 2.010.000,- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel in Höhe von

S 1.365.000,- (eine Million dreihundertfünfundsechzigtausend) bei der VA-Stelle 1/830/768000.7 freigegeben sowie eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 645.000,-

(sechshundertfünfundvierzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch allgemeine Deckungsmittel zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Strasser.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Geschätzte Damen und Herren, sehr geehrte Herren Bürgermeister! Die Sache ist selbstverständlich in Ordnung. Es geht nur darum, daß der Wirtschaftshof leider Gottes mit der Auslieferung nicht mehr nachkommt, und zwar mit der Begründung, weil von der Erzeugerfirma nicht nachgeliefert werden kann. Vielleicht könnte doch die Stadtgemeinde etwas mehr Druck dahinter setzen. Wir haben Leute, die gesagt haben, seit die Container weg sind, haben sie den Hecken-schnitt aufgehoben, weil wir das alles nicht hineinwerfen können. Jetzt warten wir schon fast zwei Monate darauf, vielleicht könnten wir doch etwas mehr Druck machen, damit das doch etwas schneller geht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Ein kurzes Schlußwort. Man muß dazusagen, daß selbst die Erzeugerfirma von dieser Akzeptanz überrascht war und aufgrund der entwickelten Kompostbehälter eine Reihe anderer Gemeinden ebenfalls auf diese Aktion abgesprungen ist und hier ebenfalls Bestellungen abgegeben haben. Aber was bemerkenswert ist, speziell für Steyr, mit der Firma Greiner, die diese Behälter herstellt, haben wir eine Rücknahme- oder Abnahmeverpflichtung für unseren gesamten Hartkunststoff, der in den letzten Jahren bei Problem-

Müllsammungen gesammelt wurde, vereinbart. Diese Ballen, die bisher bei der Firma Bittner gepreßt und gelagert wurden, sind alle Richtung Kremsmünster unterwegs, werden dort in Granulat geschnipselt und kommen in solche Produkte hinein. Ich glaube, das ist auch eines jener bemerkenswerten Dinge, eine jener zweitbesten Lösungen, wie ich seinerzeit im Amtsblatt auch schreiben konnte, als der Alufant auf der Ennsleite in Betrieb gesetzt wurde. Uns wäre lieber, daß Kunststoff als Verpackungsmaterial nicht notwendig wäre und nicht benutzt wird. Aber wenn er benutzt wird, sind wir für den Recyclingprozeß. Und zu Dir, lieber Kollege Oskar Holub, sage das Deinen Schreibern oder Redakteuren der Grünen Bürgerpostille, meine Emissionen genauer zu lesen. Der Vollständigkeit halber möchte ich noch sagen, es ist der Artikel entstanden der Zaglufant und da ist vorgeworfen worden, ich würde so quasi das nicht begreifen, daß Aluverpackungen schlecht sind. Ich begreife das - danke, für die Erinnerung - schon sehr, aber ich kann die Aluminium-Industrie nicht hindern. Das kann die Bundesregierung machen und wird, nehme ich an, es auch versuchen. Aber was ich machen kann, ist die zweitbeste Lösungsmöglichkeit, meinen Bereich zu beschreiten und einen solchen Alufanten mit Freude zu eröffnen, damit wenigstens, wenn schon Aluverpackungen da sind, diese einem Recyclingprozeß zugeführt werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zci-

chen mit der Hand wer dafür ist? Gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen. Ich danke für den Bericht. Nächster Berichterstatter ist Kollege Leithenmayr.

BERICHTERSTATTER VI-  
ZEBÜRGERMEISTER HER-  
MANN LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

In allerletzter Zeit haben hervorragende Steyrer Sportler eben außerordentliche Leistungen vollbracht. Es ergeht noch einmal der Antrag an den Gemeinderat:

#### 14) Sport-1381/90

Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Steyr an Sportler.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgenden Personen, die durch hervorragende Leistungen im sportlichen Wettkampf das Ansehen der Stadt Steyr erhöht bzw. auf dem Gebiete des Amateursportes außerordentliche Leistungen erbracht haben, wird als Anerkennung das "Sportehrenzeichen der Stadt Steyr" verliehen.

Sportehrenzeichen für Sportler in Gold:

Gem. III/1 a der Richtlinien (in Betracht kommen aktive Mitglieder eines anerkannten Steyrer Turn- oder Sportvereines, wenn sie berufen wurden, Österreich bei Olympischen Spielen, Welt- oder Europameisterschaften zu vertreten).

ABLINGER GERNOT, Jahrgang 1968, Mitglied von ASKÖ Karate Steyr. Er hat bei der Karate-Weltmeisterschaft 1990 in Mexiko City den 5. Rang erreicht. Überdies ist er 3facher österr. Staats- und

3facher öö. Landesmeister. Darüber hinaus belegte er bei der Weltmeisterschaft 1988 den 8. Rang und beim Weltcup 1989 den 5. Rang. Weiters zwei 3. Plätze im Einzel und drei 1. Plätze in der Mannschaft beim Europacup.

LINDLGRUBER KURT, Jahrgang 1961, Mitglied von Forelle Steyr. Er hat an den Kajak 2 Marathon-Weltmeisterschaften 1988, 1989 und 1990 teilgenommen. Er ist überdies 2facher österr. Staatsmeister 1988 und 1989 im Kajak 2 Marathon.

NEUGSCHWANDTNER MARTINA, Jahrgang 1972, Mitglied von ASKÖ Karate Steyr. Sie hat an der Karate-Weltmeisterschaft 1990 in Mexiko City teilgenommen (leider schied sie in der zweiten Runde verletzt aus). Sie wurde überdies 1990 Kyu-Meisterin und öö. Landes- sowie österr. Staatsmeisterin. Bei der Junioreuropameisterschaft wurde sie fünfte mit dem österr. Nationalteam und dritte beim Weltcup. Darüber hinaus ist sie 3fache öö. Juniorenlandesmeisterin 1988, 1989 und 1990.

WALTER DIETER, Jahrgang 1956, Mitglied von Forelle Steyr. Er hat an den Kajak 2 Marathon-Weltmeisterschaften 1988, 1989 und 1990 teilgenommen. Er ist überdies 2facher österr. Staatsmeister 1988 und 1989 im Kajak 2 Marathon.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Enthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENBMAJR:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 17. 5. 1990 wurde der Auftrag für die Statikerleistungen zur Sanierung des Hallenbades an Herrn Dipl. Ing. Klaus Girkingner vergeben.

Der Antrag lautet:

15) Bau5-3862/88

Städtisches Hallenbad; Zuerkennung einer Kapitaleinlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 17. 5. 1990 wurde der Auftrag für die Statikerleistung zur Sanierung des Hallenbades an Herrn Dipl. Ing. Klaus Girkingner, Steyr, zum Preise von S 1,177.018,-- vergeben. Gleichzeitig wurde hierfür eine Mittelfreigabe in Höhe von S 500.000,-- bewilligt.

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird nunmehr in Abänderung des obzitierten Beschlusses zur Finanzierung der seitens des beauftragten Statikers Dipl. Ing. Girkingner gelegten 1. Teilrechnung durch die Stadtwerke den Stadtwerken der Stadt Steyr eine Kapitaleinlage in Höhe von S 500.000,-- gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 500.000,-- (fünfhunderttausend) bei der VA-Stelle 5/8790/779000.6 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses An-

trages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Eichhübl hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich möchte diesen Antrag zum Anlaß nehmen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, um nochmals oder vielleicht gerade deswegen über das Thema Hallenbad zu sprechen, weil ich im Rahmen meiner Ausführungen zur Situation der Vorlage der Bilanz der Stadtwerke 1989 offensichtlich von Herrn Bürgermeister nicht ganz richtig verstanden worden bin. Ich möchte eines klarstellen. Er hat gemeint, daß ich mich widersprochen habe und die freiheitliche Partei plötzlich jetzt doch dafür sei, daß im Stadtbad etwas zu geschehen habe. Ich darf in Erinnerung rufen, daß wir es selbstverständlich für notwendig halten, daß im Stadtbad etwas zu geschehen hat und war nicht etwa dagegen, sondern haben aufgrund der finanziellen Situation der Stadtwerke und als damals etwa 80 Mio. Schilling an Kosten genannt wurden für einen Neubau gefragt, woher das Geld kommen soll. Denn die Stadt Steyr, habe ich damals gesagt, wird sich sicherlich dieses Vorhaben nicht leisten können und müßte klären, von wo finanzielle Unterstützungsmittel kommen könnten oder sollten. Wir haben daher aus diesem Grund befürchtet, daß dieses Projekt womöglich zu einem Prestigeprojekt für den kommenden Bürgermeister werden soll und haben daher ...

VIZEBÜRGERMEISTER HER-  
MANN LEITHENMAYR:  
Du hast unmoralische Gedan-  
kengänge!

GEMEINDERAT ROMAN  
EICHHÜBL:

.. eine Volksbefragung verlangt und haben im Rahmen unserer Möglichkeiten - ich habe bereits bei anderer Gelegenheit darauf hingewiesen, bereits im Juni dieses Jahres 2.470 Fragebögen an die Bevölkerung unserer Stadt ausgesandt und davon wurden 650 retourniert. 76,7 Prozent sprachen sich damals für eine Reparatur aus, 7,8 Prozent der Einsender traten für einen teuren Umbau ein und 15,6 Prozent hatten keine Referenzen. Wir vertreten nach wie vor die Auffassung, daß, wenn der Gedanke noch aufrecht erhalten werden sollte, das Hallenbad entsprechend umzubauen, eine Volksbefragung, wie sie, auch im Statut der Stadt vorgesehen ist, durchzuführen.

Dem vorliegenden Antrag gebe ich selbstverständlich die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Danke. Noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HER-  
MANN LEITHENMAYR:

Herr Kollege Eichhübl, ich danke dafür, daß die Meinung der FPÖ neu präzisiert wurde. Ich sehe doch eine gewisse Änderung der ursprünglichen Handlungsweise. Ich darf versichern, daß die Auffassung, sollte sie bei der FPÖ vorhanden sein, daß der Leithenmayr ein Prestigeprojekt durchführen

will, eine reine Spekulation ist, die sich nicht bewahrheiten wird. Es gibt ganz natürliche Einschränkungen. Wenn ich als Sportreferent ins Träumen kommen sollte, werde ich spätestens dann wach, wenn wir von den Zahlen reden, die ich als Finanzreferent gegenüberzustellen habe. Daher ist diese Gefahr nicht vorhanden. Aber wir haben mehrfach erklärt, daß im Bezug auf die Freizeiteinrichtungen Priorität Nummer 1 das Bad hat, daß es saniert werden muß und daß wir es erhalten wollen, um den Freizeitwert unserer Stadt entsprechend weiter zu gewährleisten. Es muß auch angepaßt werden an die Umstände und Erfahrungen, die wir damit gemacht haben. Das alles werden wir selbstverständlich berücksichtigen. Als zweiter Punkt ist das Dach, über das wir heute schon gesprochen haben, erwähnt bei der Eishalle. Und in etwas weiterer Ferne werden wir uns damit zu beschäftigen haben, daß wir ein Veranstaltungszentrum bekommen, das sowohl für sportliche als auch kulturelle Anlässe in der Stadt zur Verfügung steht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Danke, wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer zustimmt? Danke. Gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HER-  
MANN LEITHENMAYR:

Ich komme zum nächsten Antrag. Dem SK Vorwärts Steyr soll eine Subvention als Weiterleitung einer Landesförderung gewährt werden. Der Antrag lautet:

16) Ha-3719/90

SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer Subvention als Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport wird dem SK Vorwärts Steyr zur Errichtung eines Umkleidegebäudes beim Sportplatz an der Volksstraße eine nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 300.000,-- als Weiterleitung der vom Land Oberösterreich in dieser Höhe gewährten zweckgebundenen Bedarfszuweisung gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 300.000,-- (dreihunderttausend) bei der VA-Stelle 5/2624/777000.5 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Bedarfszuweisungsmittel des Landes Oberösterreich zu erfolgen.

Ich ersuche um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gegen den Antrag? Stimmenthaltungen? Auch hier Einstimmigkeit.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

In Anbetracht der Beschlußfassung eines neuen Bezugsgesetzes auf Landesebene im öö. Landtag ist eine Anpassung unserer Bezügeverordnung notwendig geworden. Diese Verordnung liegt allen Mit-

gliedern des Gemeinderates vor. Es ist damit verbunden, daß hier die beiliegende Verordnung über den Funktionsbezug der Mitglieder des Gemeinderates und die Funktions- und Ruhebezüge des Bürgermeisters, der Vizebürgermeister und der Stadträte am 1. 1. 1991 in Kraft tritt. Gleichzeitig tritt die bisherige Bezügeverordnung gem. GR-Beschluß vom 20. 2. 1969 und des GR-Beschlusses vom 20. 9. 1983 außer Kraft.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

17) Präs-748/90

Bezügeverordnung 1991.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Verordnung über den Funktionsbezug der Mitglieder des Gemeinderates und die Funktions- und Ruhebezüge des Bürgermeisters, der Vizebürgermeister und der Stadträte (Bezügeverordnung) tritt am 1. Jänner 1991 in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Bezügeverordnung, GR-Beschluß vom 20. 2. 1969, Präs-651/83 idF. des GR-Beschlusses vom 20. 9. 1983, Präs-651/83, außer Kraft. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort?

Herr Gemeinderat Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wahrscheinlich bin nicht nur ich, sondern sind viele andere auch überrascht darüber, daß heute so-

zusagen ohne rechtzeitige Vorwarnung ein derart umfangreiches Elaborat, genannt die Bezügeverordnung, hier in diesem Gemeinderat beschlossen werden soll. Ich hätte mir eigentlich schon vorgestellt, daß man zumindest in einer Fraktionsobmännerbesprechung darüber geredet hätte, um zumindest die Möglichkeit zu schaffen, die Meinung anderer Parteienvertreter dieses Gemeinderates zu hören. Da geht es dann noch gar nicht um eine echte Mitbestimmung.

Ich kann es Ihnen trotz der fortgeschrittenen Stunde nicht ersparen, auf einige dieser Fragen einzugehen. 1., wann gilt der Monat des Ausscheidens als ganzer Monat? Das wird im § 1 Abs. 3 und im § 2 Abs. 3 geregelt. 2., § 2 Abs. 7 lit. e) - hier wäre zu hinterfragen, was kommt da in Betracht? Einkünfte aufgrund eines Dienstverhältnisses zu einer Partei scheiden aus. 3., zu § 6 Abs. 1, gilt für eine 10 Jahre Mindestdauer auch eine nicht hauptberufliche Tätigkeit als Mitglied des Stadtsenates als anrechenbare Zeit. Z. B. 6 Jahre neben- oder 4 Jahre hauptberuflich? 4., zu § 6 Abs. 2., sollte für die die Höhe des Ruhebezuges bestimmte höchste Funktion nicht eine Mindestdauer vorgeschrieben werden, z. B. 3 Jahre, eine ähnliche Regelung wie im Landtag? Dort gibt es ja inzwischen eine entsprechende Einstufung. 5., zu § 7. Diese Regelung geht sogar weiter als die im Landtag oder Nationalrat. Dort sind zumindest 5 Jahre erforderlich, bei weniger als 5 Jahren gibt es überdies keine verminderte Pension von 50 Prozent. 6., es kommt die Witwenpension, wie sie die freiheitliche

Landtagsfraktion abgelehnt hat. 7. Nach § 15 gebührt offenbar allen Mitgliedern des Stadtsenates ein außerordentlicher Versorgungsbezug, wenn sie zumindest 10 Jahre im Amt waren. Diese Pension gibt es auch offenbar unabhängig von sonstigen Einkommen. 8. Nicht ganz klar erscheint der § 15 Abs. 1 lit c). Nun gibt es die Pension erst nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben, es muß der Empfänger einen außerordentlichen Bezug zurückzahlen, wenn er etwa bis 60 Jahre diesen Versorgungsbezug erhält und bis 66 weiterarbeitet. 9. Die Reform ist eher sehr schaumgebremst, weil sie für im Amt befindliche Stadtsenatsmitglieder nicht gilt. Das gilt offenbar auch für jene Mitglieder, die bisher ihre Funktion nicht hauptberuflich ausüben. Erst später die Funktion hauptberuflich Ausübende werden so behandelt wie bisher. Ich kann mir vorstellen, daß wahrscheinlich sich auch einige Mitglieder des Stadtsenates schwer tun mit der Zustimmung wenn sie festgestellt haben, daß nur Gemeindefraktare - also in dem Fall Gemeinderäte - die Möglichkeit haben, bei nachgewiesenem höherem Aufwand den Funktionsbezug zu erhöhen oder zu bekommen. Obwohl es Punkte gibt, das darf ich auch hier anmerken, die unsere Zustimmung finden, gibt es eine Reihe von Einwendungen, die uns veranlassen, diesem Versorgungspaket für Stadtsenatsmitglieder die Zustimmung nicht zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es noch Wortmeldungen? Kollege Tremel bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:  
Wertes Präsidium, meine Damen  
und Herren des Gemeinderates!  
Der Theorie folgend, wonach Spitzenpolitiker gleich Managern handeln müßten und gleichermaßen zu entlohnen seien, entwickeln sich auch in den letzten Jahren die Politikerbezüge in astronomische Zahlen. Dabei wurde der Grundsatz, wonach politische Ämter Ehrenämter sein sollen, gröblich mißachtet. Das ist die Meinung von mir seit Jahren, die ist ja nicht neu. Politiker mit Bezügen weit jenseits der 100.000 Schilling-Grenze können schwerlich nach meiner Auffassung die Probleme der Durchschnittsverdiener verstehen. Davon zeugt auch die Bereitwilligkeit, mit welchen Gebühren- und Tariferhöhungen bzw. Belastungen beantragt und - wie Sie das heute gemacht haben - beschlossen werden. Die enormen Unterschiede im Pensionssystem werden mit Recht von der Bevölkerung nicht verstanden. Ein ehemals leitender Angestellter der Steyr-Werke schreibt z. B. am 7. Dezember in der am meisten gelese- nen öö. Tageszeitung - den Namen brauche ich nicht erwähnen, sollten Sie das nicht wissen, sage ich ihn trotzdem, es ist die Zeitung von Herrn Stögmüller, also die OÖ. Nachrichten. Dort steht das wörtlich von den leitenden und führenden Angestellten der Steyr-Werke. Jene Kriegs- und Nachkriegsgeneration, die unter materieller und finanzieller Not dieses Österreich aufgebaut hat, damit die heutigen Politiker diese großen Gehälter und fetten Pensionen einstreifen können, wird nur vor Wahlen als Wählerfang mißbraucht. Die Unterschiede der

Pensionen von den redenden Politikern, vom Stadtrat bis zu den Ministern, ist gegenüber den PVA-Pensionisten so enorm, daß ich gar nicht verstehen kann, wie diese Herrschaften schon nach einigen Jahren gegenüber Menschen z. B. die 40 Jahre geschuftet haben, solche Pensionen beziehen.

Wenn der öö. Landtag einen kleinen Abbau eines Teiles der Politikerbezüge durch neue Pensionsregelungen beschlossen hat - das kommt auch vor in der neuen Bezügeverordnung - so soll man dies nicht negieren. Das ist meine Auffassung. Denn dieser Schritt wurde durch den Druck der öffentlichen Meinung erzwungen, ist aber völlig ungenügend. Die Beseitigung der Privilegien bedeutet, daß die Mandatäre in ihrer Funktion entsprechendes Gehalt bekommen sollen, aber eben nur ein Einkommen. Sie sollen auch nur eine Pension bekommen und die Anwartszeiten müssen dafür so sein, wie es eben der eine leitende Angestellte verlangt, wie das im ASVG oder im Beamtenpensionsrecht für alle anderen Österreicher vorgesehen ist. Nach der Bezügeverordnung 1991, die Sie heute beschließen, und auch nach dem Voranschlag 1991, so kann ich das ersehen, denkt die Mehrheit nicht einmal im Schlaf daran, im kommenden Jahr die überhöhten Funktionsbezüge und die Stadtratspensionen abzubauen. Die extrem hohen Bezüge sind vielfach mit zusätzlichen Privilegien, etwa bei Abfertigungen oder Pensionen, verbunden. Die KPÖ-Fraktion lehnt die beantragte Bezügeverordnung 1991 ab und ist für eine wirklichere Form des öö. Bezügegesetzes, die eine Senkung der überhöhten und durch nichts

gerechtfertigten Politikerbezüge zum Inhalt hat. Die Obergrenze der Politikerbezüge müßte auf das Ausmaß des Höchstbeamtenbezuges reduziert werden. Derzeit, wie Sie wissen, ist das das Zweifache, aus der die Grundlage hervorgeht. Dies wäre z. B. für den öö. Landeshauptmann ein Grundbezug in der Dienstklasse IX und der Gehaltsstufe 6, derzeit 68.550,- Schilling brutto plus Zulagen in einer Höhe von 44.500,- Schilling. Also zusammen wären das S 113.100,- monatlich und das, wie Sie wissen, 14 mal jährlich. Das macht immerhin noch bei dieser Reduktion 1,6 Mio. Schilling brutto aus. Das wäre, so meine ich, reichlich und würde genügen, denn von diesem Einkommen des Landeshauptmannes regeln sich natürlich auch die Bezüge für Bürgermeister, Stadträte und Gemeinderäte.

Der Bezügeverordnung werde ich natürlich nicht die Zustimmung geben.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Danke. Kollege Oskar Holub bitte.

**GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:**

Da möchte ich auch ganz spontan etwas dazusagen. Ich glaube, daß die Bezüge durchaus ausreichend sind für die Stadträte, Bürgermeister und deren Pensionen. Wir können uns vorstellen, ganz im Gegenteil, daß für die Ein-Mann-Fraktionen Erleichterungen geschaffen werden auf Kosten der Stadtrats- und Bürgermeistergelälter bzw. -pensionen. Ich glaube, ich mag da schon die Forderung der sozialistischen Jugend unterstützen nach Offenlegung der Gehälter. Das ist ja seitens der SP-

Fraktion abgelehnt worden. Ich kann nur zu meiner Person sagen, ich bekomme im Gemeinderat S 7.600,- 14 mal jährlich, davon behalte ich mir S 4.000,-. Das ist ein relativer Full-Time-Job, weil ich die ganzen Ausschüsse, so weit das möglich ist, alleine abdecken muß und den Rest gebe ich der GAL Steyr, damit wir unsere Zeitung finanzieren können.

Ich sage das nur, damit einmal die finanzielle Situation dargestellt wird. Ich habe keinen Anspruch auf Pension, ich muß in der AIDS-Hilfe meinen Job machen, bekomme stundenweise bezahlt. Wenn ich so wie heute vor Ihnen stehen darf, dann muß ich mir freinehmen. Das heißt, das ist ein Einkommensverlust von ungefähr S 1.000,-. Ich sage das nur, um die Verhältnisse hier klarzustellen. Ich finde die Forderung der sozialistischen Jugend wirklich gerechtfertigt, die Gehälter bzw. sonstigen Einkünfte offen zu legen. Das würde ich mir sehr wünschen im Sinne einer Transparenz hier im Gemeinderat. Danke schön.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Danke. Kollege Zagler bitte.

**STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:**

Vielleicht ist es zu bald, hier den Kurs der FPÖ in Steyr zu vergleichen mit dem Ausspruch "Gegen den Kurs ist eine Serpentine, eine Gerade". Aber was ich heute von Dir, lieber Roman, schon gehört habe in Sachen Hallenbad, in Sachen Stadtwerke und bei jeder anderen Wortmeldung, das ist schon fast gespenstisch und geisterhaft. Ich darf vier Sätze aus einer Zeitung vorlesen, wo ein Linzer FPÖ-

Spitzenpolitiker bei einer Pressekonferenz folgendes ausgesagt hat - das war heute vor einem Monat in Linz. Unter der Kurzbezeichnung UB, es handelt sich um den Herrn Baumann, ich habe mit ihm selbst telefoniert. Der Herr Baumann hat bei den OÖ. Nachrichten geschrieben: Der neubestellte Fraktionsobmann der Linzer FP Horst Six präsentierte seine Vorstellungen über die Aktivitäten seiner Partei im Linzer Stadtparlament. Als Ziel für die Kommunalwahlen im kommenden Oktober stellte Six das Durchbrechen der absoluten Mehrheit der SP dar. O. k. Das ist noch eine Gerade. Vorher schon soll es zu einer Anhebung der Aufwandsentschädigung für politische Mandatare in der Landeshauptstadt kommen. Dein Parteikollege, FPÖ-Fraktionsvorsitzender in Linz ..

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir sind in Steyr und nicht in Linz. Ich sage in Steyr das, was ich mir vorstelle.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Six sagt weiter, und vielleicht redet Ihr in der Partei auch einmal ein bißchen über das, damit die Linke weiß, was die Rechte tut bzw. Steyr weiß, was Linz tut. Six in Linz sagt, ein Linzer Gemeinderat verdient zur Zeit rund S 9.000,- brutto, ein Salzburger Kollege kommt auf etwa S 25.000,- pro Monat, Leondinger und Steyrer liegen auch über den Bezügen der Landeshauptstadt-Mandatare. Das bitte sagt Euer Parteikollege Six. Mehr möchte ich nicht mehr hinzufügen. Ich darf nur eines sagen,

unsere Bezügeverordnung, wie sie heute beschlossen wird, ist so, daß es keine Verbesserung gibt, im Gegenteil, eine Verschlechterung. Einer, der verschlechtert wird in seiner Situation, steht hier vor Dir. Ich jammere nicht und beklage mich nicht darüber, aber nimm das zur Kenntnis, was in Linz passiert und was in Steyr passiert.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ich bitte um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Kollegen Oskar Holub möchte ich sagen, ich freue mich, daß Sie die Forderungen der sozialistischen Jugend unterstützen, das werde ich der sozialistischen Jugend ausrichten. Im Bezug auf die Ausführungen der Kollegen Eichhübl und Tremml möchte ich sagen, daß natürlich im Bezug auf Privilegiendiskussion in der Polposition Kollege Tremml ist. Er ist der absolute Champion, er macht das natürlich auch schon sehr viele Jahre sehr erfolgreich, wie man sieht.

GEMEINDERAT OTTO TREML.:  
In diesem Punkt bin ich nicht erfolgreich.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es hat sich auch sehr vieles geändert. Besteuerung der Politiker, auch dieses Bezügegesetz ist ja eine Auswirkung dieser Diskussionen. Es ist auf Landesebene beschlossen worden und wir haben mit unserer Bezügeverordnung in Steyr nichts anderes getan,

als diesem Gesetz zu entsprechen. Niemand bekommt aus dem Titel dieser neuen Bezügeverordnung mehr. Keiner der Bezüge, weder bei den Gemeinderäten noch bei den Stadträten, noch bei den Bürgermeister, erfährt eine Erhöhung. Ich lege Wert darauf, daß das so transportiert wird, weil es wird ein anderer Eindruck erweckt. Es ist auch so, daß hier niemals für Stadträte eine Abfertigung bezahlt wurde. Das ist klarzustellen in diesem Zusammenhang, weil auch das hätte man verstehen können aus den Ausführungen, die hier gemacht worden sind.

Es ist also keine Änderung vorgenommen worden, es bleibt alles beim Alten. Wir hätten überhaupt keine Veranlassung gehabt, hier die Bezügeverordnung zu diskutieren oder zu ändern, wäre nicht dieses Bezugesgesetz auf Landesebene beschlossen worden. Wir müssen das tun, es hat sich aber - das wurde auch ausgeführt von Kollegen Zagler - sogar eine Verschlechterung, wenn man will, insofern ergeben, daß man jetzt 10 Jahre Anwartschaft braucht als Stadtrat oder als Bürgermeister oder Vizebürgermeister, um einen sogenannten Sonderruhebezug zu bekommen. Das ist auch zu klären, daß es nämlich keine Stadtratspensionen gibt in unserer Gemeinde. Im übrigen möchte ich bei dieser Gelegenheit festhalten, daß die Stadt Steyr im Bezug auf die Aufwandsentschädigungen der Stadträte und der Gemeinderäte wahrscheinlich die billigste Stadt dieser Größenordnung in Österreich ist. In Oberösterreich ist es uns bekannt, da ist es selbstverständlich. Das weiß natürlich Kollege Tremel und das weiß auch Kollege

Eichhübl und auch Kollege Holub. Wenn das so ist, dann sollte man das auch sagen, das gehört auch zur Politik und es gehört auch dazu, daß man in diesem Bereich zu einer gewissen besseren politischen Hygiene kommt. Das ist auch einmal zu bemerken, weil diese Diskussion wird endlos fortgesetzt, habe ich das Gefühl, und niemand nimmt eigentlich zur Kenntnis, in welcher Weise die Anforderungen an die Funktionäre einer Stadtverwaltung gestiegen sind.

Es ist so, daß man auf der anderen Seite, wie das angedeutet wurde von Kollegen Holub, hier schon mit Verlusten rechnen muß. Er hat erklärt, daß ihm der Gemeinderat eigentlich S 100.000,- kostet. Habe ich das so richtig verstanden? Es gibt Leute, die werden sich das nicht leisten können, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Wenn das so ist, dann wird ein bestimmter Kreis der Bevölkerung überhaupt ausgeschlossen aus der Vertretung in der Gemeinde. Es könnte auch ein anderer Aspekt entstehen, der auch nicht wünschenswert wäre.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das wollen wir auch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir wollen nicht, daß es eine negative Auslese gibt. Das möchte ich in diesem Zusammenhang bemerkt haben, um einiges richtigzustellen. Es kann auch sein, daß, wenn sich hier im Wege der Änderung der Statuten für die Statutarstädte - hier gibt es schon sehr lange Gespräche und Verhandlungen, - überhaupt eine andere Lösungsmöglichkeit in dem Bereich

ergeben wird, wenn sich die organisatorischen Voraussetzungen für die Gemeinderäte, für die Stadtsenatsmitglieder ändern, dann kann es auch sein, daß dieses Thema Bezügeverordnung am Tapet sein wird. Wir werden von uns aus eher nicht dazu neigen, einfach die Bezüge für die Mandatäre zu erhöhen. Das haben wir in der Vergangenheit nicht getan, wir werden es auch jetzt nicht tun und es ist auch dieses Mal nicht geschehen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer für diesen Antrag ist? Danke. Ist jemand gegen den Antrag? 2 Gegenstimmen (FPÖ, KPÖ). Stimmenthaltungen? 1 Stimmenthaltung (GAL). Der Antrag ist damit beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Vertragsbedienstetenordnung, und zwar eine Änderung. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

18) Präs-279/67

Präs-790/89

Änderung der Vertragsbedienstetenordnung (VBO).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die beiliegende Vertragsbedienstetenordnung wird mit Wirkung vom 1. 1. 1991 in Kraft gesetzt. Gleichzeitig tritt die bisherige Vertragsbedienstetenordnung, Gemeinderatsbeschuß vom 1. 8. 1967, Präs-279/67, idgF. des Gemeinderatsbeschlusses vom 22. 5. 1986, Präs-213/86, außer Kraft (BEILAGE).

Um Zustimmung wird gebeten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmig beschloss.

Ich würde bitten und vorschlagen, die beiden letzten Anträge passen zusammen, daß wir die Sitzung jetzt für 20 Minuten unterbrechen. Die Sitzung ist geschlossen.

Pause von 17.15 - 17.45 Uhr

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Wir kommen zum wichtigsten Punkt, zum Budget 1991 und ich möchte einleitend vor dem Bericht des Kollegen Leithenmayr darauf hinweisen, daß im Vorjahr bereits Kollege Holub erwähnt hat, daß man in der Budgetsitzung nach Möglichkeit andere Tagesordnungspunkte weitgehend nicht behandeln sollte, damit dem Budget selbst Zeit genug eingeräumt ist. Die heutige Sitzung beweist die Richtigkeit dieser Meinung. Es wurde auch im finanz- und Rechtsausschuß von einigen Kollegen darauf hingewiesen. Wir sollten daraus etwas lernen und uns in den kommenden Jahren bemühen, die Dinge etwas auszuklammern, die nicht unmittelbar mit dem Budget zu tun haben. Wir haben erst vor 14 Tagen die letzte Gemeinderatsitzung gehabt und waren der Meinung, daß wir dort diese Probleme alle erledigen konnten. Es haben sich aber einige Dinge angehäuft, die heute ebenfalls zu

behandeln waren. Die meisten davon waren zeitlich gebunden und werden zum Teil mit 1. Jänner in Kraft treten. Ich bitte um Verständnis dafür, muß aber sagen, daß ich gerne bereit bin, künftighin - es ist das sicher im Sinne des Gemeinderates - nach Möglichkeit außer dem Budget keine eigenen Tagesordnungspunkte mit hineinzunehmen. In anderen Städten wird das ähnlich gehandhabt.

Ich darf jetzt Kollegen Leithenmayr um seinen Vortrag bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der vorliegende Antrag beschäftigt sich mit einer Änderung der Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages. Es geht aus verwaltungsökonomischen Gründen darum, daß es nunmehr zweckmäßig erscheint, die seit 1. 1. 1987 bestehende Wertgrenze von 10.000,- Schilling für die Ausfertigung eines Bestellscheines durch den jeweiligen Anordnungsbefugten mit 1. 1. 1991 auf 20.000,- anzuheben.

19) Ha-7400/86

Allgemeine Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages; Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die im Amtsbericht der Magistratsabteilung II, Stadtrechnungsamt, vom 21. November 1990 angeführten Änderungen der Dienst-anweisung über die "Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages" werden genehmigt und mit 1. 1. 1991 in Kraft gesetzt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Einstimmig so beschlossen.

Ich möchte auch sagen, daß wir erstmals die Budgetrede jedem Gemeinderat und auch der Presse in schriftlicher Form vorgelegt haben. Es ist, glaube ich, eine ganz gute Neueinführung, die über Vorschlag des Kollegen Leithenmayr vorgenommen wurde, damit erspart man sich natürlich manche Schreibarbeit, das darf ich sagen. Man hat damit die Möglichkeit, in dieser schriftlich vorgelegten Rede nachzuschauen.

Ich darf nun um den Vortrag ersuchen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Der Haushaltsvoranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 1991 wird im ordentlichen Haushalt mit rund 714 Mill. Schilling und im außerordentlichen Haushalt mit rund 150 Mill. Schilling, somit insgesamt 864 Mill. Schilling ausgeglichen präliminiert.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Dies ist eine Ausweitung gegenüber dem Voranschlag 1990 um 63 Mill. Schilling oder 7,9 Prozent und damit neuerliche Rekordhöhe.

Zieht man den Nachtragsvoranschlag 1990, also die aktuelle Entwicklung zum Vergleich heran, so zeigt sich, daß die Ansätze vorsichtig realistisch sind.

Die Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt wurden gegenüber dem Nachtragsvoranschlag lediglich um schwach 2 Prozent erhöht.

Beim außerordentlichen Haushalt ist ein um rund 9 Prozent verminderter Ansatz budgetiert.

Der gesamte Haushaltsvoranschlag ist vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zu betrachten, welche von einer außerordentlich guten und robusten Konjunktur gekennzeichnet ist. Das Konjunkturbild war vor Ausbruch der Golfkrise nahezu makellos. Der Aufschwung setzte sich in der Industrie unvermindert fort und erfaßte seit dem Frühjahr auch die Bauwirtschaft in vollem Umfang. Die Aufwärtstendenz von Exporten und Industrieproduktion war zwar nicht mehr so steil wie zu Jahresanfang, die Umsätze des Einzelhandels aber stiegen sprunghaft.

Trotz guter Konjunktur ging die Inflationsrate im 1. Halbjahr etwas zurück, weil der Kursverfall des Dollars die Importpreise drückte.

Die Beschäftigung wurde so stark ausgeweitet, daß sie im August erstmals die 3-Millionen-Marke überschritt. Dennoch stieg die Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat rascher, denn der Ausländerzustrom nahm ungeahnte Dimensionen an.

Das Preisklima war vor Ausbruch der Golfkrise ruhig. Die Inflationsrate bewegte sich um die 3-Prozent-Marke. Die Preis-erhöhung von Erdöl und Erdölprodukten wird die Teuerungsrate jedoch für das Jahr 1990 um rund 0,6 Prozentpunkte anheben. Die Arbeitslosigkeit steigt besonders stark unter den wenig Qualifizierten, die dem Ver-

drängungswettbewerb mit neu zugewanderten ausländischen Arbeitskräften ausgesetzt sind.

Nach internationalen Schätzungen wirkt sich die Golfkrise in den Industrieländern vor allem in höheren Verbraucherpreisen aus. Das Wirtschaftswachstum wird dadurch relativ wenig beeinträchtigt. In Österreich trägt die Hartwährungspolitik im Zusammenhang mit der Dollarabwertung zur Dämpfung der Erdölverteuerung bei.

Unter Berücksichtigung dieser aktuellen Entwicklungen im Golf sowie der Vereinigung Deutschlands, haben nun die österreichischen Wirtschaftsforscher ihre Prognose für 1991 vorgelegt. Demnach wird das Bruttoinlandsprodukt nominell um 7,4 Prozent wachsen. Dies entspricht einem realen Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent. Die Masseneinkommen werden um 6,3 Prozent steigen und die Inflationsrate wird mit 4,3 Prozent prognostiziert.

In Anbetracht dieser Vorhersagen, die die Grundlage für die Budgeterstellung aller Gebietskörperschaften darstellt, scheint der vorliegende Haushaltsvoranschlag realistisch und der vorhersehbaren Entwicklung entsprechend.

Das finanzielle Fundament der Stadt Steyr ist nach wie vor sehr solide. Zu Beginn des Jahres 1991 werden städtischen Darlehen in Höhe von 534,5 Millionen Schilling Rücklagen von 84,1 Millionen Schilling gegenüberstehen.

Unter Einbeziehung der für Dritte aufgenommenen Darlehen (8,9 Mill. Schilling) ist die Pro-Kopf-Verschuldung mit Schilling 13.726 zu Jahresbeginn um 490 Schilling über dem Wert für das Jahr 1990

und im Vergleich mit anderen Städten nicht besorgniserregend.

Die laufenden Einnahmen des ordentlichen Haushaltes stammen mit 188 Mill. Schilling aus eigenen Steuern, 246 Mill. Schilling aus Abgabenertragsanteilen, 56 Mill. Schilling aus Gebühren, 141 Mill. Schilling aus Entgelten, 37 Mill. Schilling aus sonstigen Einnahmen und 24 Mill. Schilling aus Transfereinnahmen.

Diese Einnahmenvorschau ist, wie bereits angesprochen, von der guten Konjunktursituation geprägt. Die weitere Entwicklung der städtischen Finanzen konnte daher auch für 1991 durchaus optimistisch beurteilt und auch die Einnahmenerwartungen darauf ausgerichtet werden.

So wird erwartet, daß die eigenen Steuern, welche mit 188 Mill. Schilling präliminiert sind, eine Steigerung von 16 Mill. Schilling oder 9 Prozent gegenüber dem Voranschlag 1990 erfahren. Die veranschlagten Lohnsummensteuer-Einnahmen sind mit 91 Mill. Schilling um 11 Mill. Schilling bzw. 14 Prozent über dem Wert des Jahres 1990 budgetiert. Schließlich erwarten wir auch bei der Gewerbesteuer nach Ertrag Erhöhungen um 5 Mill. oder 14 Prozent. Die größte

Einnahmenposition stellen mit 230 Mill. Schilling die Ertragsanteile des Bundes dar, welche ebenfalls mit 15 Mill. Schilling oder 7 Prozent höher als im heurigen Jahr veranschlagt wurden.

Die eigenen Steuern, Abgaben und Ertragsanteile in Höhe von 490 Mill. Schilling sind gegenüber dem Jahr 1990 um 41 Mill. oder 9 Prozent höher veranschlagt und stellen damit 69 Prozent der Gesamteinnahmen des ordentlichen Haushal-

tes dar.

Der Rest der Einnahmen stammt mit nahezu 141 Mill. Schilling, auch um 12 Mill. Schilling steigend, aus Entgelten, die die Stadt für erbrachte Leistungen erhält. An sonstigen Einnahmen wurden 37 Mill. Schilling präliminiert. Rund 24 Mill. Schilling erwarten wir uns als Transfereinnahmen von anderen Gebietskörperschaften und privaten Haushalten, rund 15 Mill. Schilling werden den Rücklagen entnommen. Den Rest von rund 7 Mill. Schilling stellen kleinere einmalige Einnahmen dar.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die verbesserte Einnahmensituation der Stadt ausschließlich auf die gute Konjunkturlage in Österreich, die auch in Steyr, nicht zuletzt durch die weit vorangetriebene Strukturänderung in den Steyrer Großbetrieben, ihren positiven Niederschlag findet. Ausschlaggebend für die Verbesserungen sind im Bereich der Gewerbesteuer, der Lohnsummensteuer und der Ertragsanteile des Bundes, die verbesserte Beschäftigungssituation und die Erhöhung der Masseneinkommen.

Die Ausgabenseite des ordentlichen Haushaltes für 1991 wurde mit rund 714 Mill. Schilling angenommen. Sie setzt sich im wesentlichen zusammen aus Ausgaben für das Personal in Höhe von 319 Mill. Schilling, Sachaufwand 222 Mill. Schilling, Tilgung 31 Mill. Schilling, Transferzahlungen 96 Mill. Schilling, Zuschüsse an die Stadtwerke 8 Mill. Schilling, einmalige Ausgaben inkl. Kapitaltransfers 34 Mill. Schilling und Rücklagenzuführungen 4 Mill. Schilling.

Die Steigerung beträgt gegenüber dem Voranschlag 1990 52 Mill.

Schilling oder 8 Prozent. Im Vergleich zum voraussichtlichen Jahresabschluß 1990 wird es jedoch nur eine Steigerung von 13 Millionen oder 2 Prozent geben.

Der auf Basis des zu erwartenden Personalstandes und bezugsrechtlicher Veränderungen ermittelte Aufwand für Personal, Pensionen und Funktionäre erhöht sich gegenüber dem voraussichtlichen Rechnungsabschluß 1990 um rund 25 Mill. Schilling und entspricht dies einer Steigerung von 8 Prozent. Der Anteil der Personalkosten an den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes nimmt von 42 Prozent auf 44,7 Prozent zu.

Die Gründe für diese Steigerung liegen zum einen im verhältnismäßig hohen Kollektivvertragsabschluß von 5,9 Prozent, zum anderen in einer zu erwartenden Steigerung des Personalstandes, besonders im Bereich der Kindergärten durch das neue Kindergartengesetz, welches durch den öö. Landtag beschlossen wurde. Das neue Kindergartengesetz sieht neben einer beträchtlichen Einkommensverbesserung für alle Kindergärtnerinnen eine längere Vorbereitungszeit und eine verbesserte Urlaubsregelung vor. Durch diese Veränderung und die Tatsache, daß wir 85 aktive Kindergärtnerinnen beschäftigen, wird sich in diesem Bereich eine beträchtliche Kostensteigerung ergeben, welche jedoch nur zum Teil im Jahr 1991 budgetwirksam wird. Personalaufstockungen sind bzw. waren jedoch auch in anderen Bereichen, z. B. zur Kontrolle der neuen Gewerbeordnung, im Umweltschutzbereich, aber auch im Dienstleistungs- und Freizeitbereich, erforderlich.

Gut bezahlte und damit gut moti-

vierte Mitarbeiter sind für ein modernes Dienstleistungsunternehmen, wie es eine Stadtverwaltung sein soll, eine unabdingbare Voraussetzung. Wollen wir dies auf die Dauer gewährleisten, müssen wir jedoch den Aufwand für Personal und die Einnahmentwicklung der Stadt scharf im Auge behalten. Das gebietet unsere Verantwortung.

Für den Sachaufwand wurden 222 Mill. Schilling veranschlagt. Dies sind gegenüber dem Voranschlag 1990 um 13,8 Mill. Schilling oder 6,6 Prozent mehr.

Den größten Zuschußbedarf hat der Bereich Schulen mit 34,6 Mill. Schilling aufzuweisen.

An zweiter Stelle rangiert das Zentralaltersheim mit 29,4 Mill. Schilling, dicht gefolgt vom Abgang bei den Kindergärten, Tagesheimstätten und Schülerhorten in Höhe von 28,7 Mill. Schilling.

Große Zuschußleistungen müssen auch für die Straßenreinigung und Beleuchtung, die Park- und Gartenanlagen, die Theater, die Feuerwehr und die Volkshochschule aufgewendet werden.

Zur Finanzierung der verschiedenen sozialen Bereiche sind insgesamt 166 Mill. Schilling veranschlagt. Schwerpunkte sind hierbei die offene und geschlossene Sozialhilfe, die Behindertenhilfe, die Jugendwohlfahrt und die Altenversorgung.

Für Subventionen an Sozialrichtungen und Vereine stehen 12,4 Mill. Schilling, das sind um 3,5 Mill. Schilling mehr als im Vorjahr, zur Verfügung.

Für den Bereich Wohnbauförderung sind Ausgaben von 3,5 Mill. Schilling, das sind um 18 Prozent mehr als 1990, präliminiert.

Der Umweltschutz ist mit rund 80 Mill. Schilling im Budget verankert. Diese Summe umfaßt sowohl direkte Leistungen, wie etwa Förderungen zur Verbesserung der Wohnqualität, Zuschüsse an Entsorger und zu Lärmbekämpfungsmaßnahmen, auch indirekte Umweltschutzleistungen, wie die Abwasserbeseitigung mit 34,5 Mill., die Müllbeseitigung mit einem Aufwand von 15 Mill. Schilling, die Pflege der öffentlichen Grünanlagen mit 13,6 Mill. Schilling und die Straßenreinigung mit 13 Mill. Schilling. Neben diesen Aufwendungen sind noch 96 Mill. Schilling als Transferzahlungen veranschlagt.

In dieser Summe sind die Landesumlage sowie unsere Beiträge zur Krankenanstaltenfinanzierung, zur Behindertenhilfe, Sozialhilfe sowie für berufsbildende Schulen enthalten.

Schließlich ist noch für die Tilgung von Darlehen ein Betrag von 31,2 Millionen und für die Darlehenszinsen ein Betrag von 38 Mill. Schilling vorgesehen.

Der außerordentliche Haushalt ist mit 150 Millionen Schilling, einnahmen- und ausgabenseitig um rund 8 Prozent höher veranschlagt als im Budget 1990. Gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1990 ist jedoch eine Reduktion um 14 Millionen oder rund 9 Prozent festzustellen.

Die Bedeckung des außerordentlichen Haushaltes soll durch Aufnahme von Darlehen im Ausmaß von 70,2 Mill. Schilling, Entnahmen aus Rücklagen im Ausmaß von 54,4 Mill. Schilling, 18,5 Mill. Schilling an Bedarfszuweisungen des Landes sowie 7 Mill. Schilling aus Verkäufen von unbe-

weglichem Vermögen, erfolgen.

Die Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes sind im wesentlichen durch hohe Aufwendungen im Kanalbau und im Straßenbau gekennzeichnet. So wird ein Betrag von 22,9 Mill. Schilling für die Abwasserbeseitigung und ein Betrag von 21,5 Millionen für den Straßenbau aufgewendet. Bei diesen Ausgabe-positionen handelt es sich um die Fortsetzung begonnener Aktivitäten im Bereich Steryrdorf und Kanalbauarbeiten im Wehrgraben zur Herstellung der Kanalisation für den Stadtteil Christkindl, der letzte Stadtteil, der noch an das städtische Kanalnetz anzuschließen ist.

Ein weiterer Schwerpunkt des Kanal- und Straßenbaues liegt im Bereich unseres Industriensiedlungsgebietes Hinterberg-Haager Straße, wofür ein Betrag von rund 8 Mill. Schilling budgetiert ist.

Schon an dritter Stelle ist ein weiterer Schwerpunkt des außerordentlichen Haushaltes budgetiert, nämlich 20 Mill. Schilling für den sozialen Wohnbau. Hierzu kommen noch 4 Mill. Schilling für die Sanierung städtischer Objekte und weitere 4 Mill. Schilling an Zuschüssen für Wohnbaugesellschaften. Dieser Betrag entspricht der 3fachen Dotierung des heurigen Jahres und wollen wir damit ein Signal setzen, daß es uns mit der Bereitstellung von zusätzlichem Wohnraum sehr ernst ist.

Auf dem Sektor der Wirtschaftsförderung ist ein Betrag von 9,8 Mill. Schilling veranschlagt. Mit diesem Ansatz wird neuerlich dokumentiert, daß uns die Erhaltung bzw. Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, in Anbetracht

unserer hohen Arbeitslosenrate von 6,4 Prozent, besonders am Herzen liegt.

Für die Erweiterung bzw. Renovierung und Erneuerung der Kindergärten vorwiegend in Münchenholz, aber auch in Taschried, wird ein Betrag von 9,5 Mill. Schilling aufgewendet.

Die städtischen Unternehmungen erhalten eine Kapitaleinlage im Ausmaß von 9,1 Mill. Schilling zur Finanzierung ihrer Investitionen und zur Erschließung neuer Brunnenfelder.

5,5 Mill. Schilling werden für die weitere Sanierung des Zentralaltersheimes aufgewendet.

Die Freiwillige Feuerwehr erhält zur Anschaffung einer Gelenkbühne sowie zum Ankauf eines Einsatzfahrzeuges 4,9 Mill. Schilling.

Für die Altstadterhaltung und die Ortsbildpflege werden 4,7 Mill. Schilling aufgewendet.

Für die Fortsetzung der Bauarbeiten beim Forschungszentrum für Arbeit und Technik (FAZAT) im Steyrer Wehrgraben, einer weiteren Aktivität zur Entwicklung unserer Wirtschaft, werden 4 Mill. Schilling veranschlagt.

Für die Sicherheit auf der Mülldeponie wird ein Betrag von 3,5 Mill. Schilling aufgewendet und für den Ankauf von Grundstücken wurde eine Ansatzpost von 3 Mill. Schilling budgetiert.

Die Pflichtschulen erhalten 3 Mill. Schilling, für den Ankauf von Maschinen und Fahrzeugen für den städtischen Wirtschaftshof werden 2,3 Millionen verwendet.

Für den Einbau einer Klimaanlage im Stadtsaal sollen 1,7 Millionen, für Sonderschulen weitere 1,7 Millionen aufgewendet werden. Für

die Fortführung der Einrichtung und Erweiterung des Schloßmuseums wird ein Betrag von 1,7 Millionen aufgewendet. Der Sportverein SK Vorwärts erhält zur Errichtung seines Kabinenbaues 1,5 Millionen Schilling, verschiedene Sportvereine sollen zur Errichtung ihrer Sportstätten 1,3 Mill. Schilling erhalten und schließlich soll für die öffentliche Beleuchtung ein weiterer Betrag von 1,3 Mill. Schilling aufgewendet werden.

Soweit die größten Ausgabenposten des außerordentlichen Haushaltes. Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Dem Haushaltsvoranschlag ist wie immer auch der Dienstpostenplan, der Wirtschaftsplan der Stadtwerke und der GWG sowie der Voranschlag des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung und der Voranschlag für die Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung und sämtliche Nachweise und Sammelnachweise, auf die ich aber nicht im einzelnen zu sprechen kommen möchte, beige-schlossen.

Zum Dienstpostenplan habe ich bereits angeführt, daß durch verschiedene gesetzliche Änderungen und Auflagen eine Aufstockung des Personalstandes resultiert.

Gegenüber dem Ist-Stand vom 1. 10. 1990 mit 860 Beschäftigten ist ein Soll-Stand zum 1. 1. 1991 von 849 Bediensteten geplant. Gegenüber dem Dienstpostenplan 1990 erhöhte sich der Soll-Stand um 24 Bedienstete.

Zum Voranschlag der Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung ist zu bemerken, daß das Vermögen dieser Stiftung 504.163 Schilling beträgt. Vom Zinsenertrag gelangen 9.000 Schilling an Stipendiaten zur Verteilung.

Im Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr und des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes ist festzustellen, daß die Wirtschaftspläne beider Unternehmen für das Jahr 1991 Aufwendungen und Erträge in Höhe von insgesamt 134 Mill. Schilling aufweisen.

Zur Deckung der Verluste beim Stadtbad und der Kunsteisbahn sind an Gemeindegzuschüssen insgesamt 6,7 Mill. Schilling (Stadtbad 5,2 Millionen, Kunsteisbahn 1,5 Millionen) veranschlagt.

Im Finanzplan der Stadtwerke Steyr sind Investitionen in Höhe von 9,1 Millionen und in dem des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes Investitionen in Höhe von 20 Mill. Schilling vorgesehen. Hievon entfallen auf den Ausbau des Gasnetzes 16,1 Mill. Schilling, den Ausbau des Wasserleitungsnetzes 6,3 Mill. Schilling, den Verkehrsbetrieb 2,5 Mill. Schilling, das Krematorium 0,3 Mill. Schilling und auf die Bestattung 0,1 Mill. Schilling.

Die Finanzierung der Investitionen ist mit aktivierten Eigenleistungen, Rücklagen und Kapitaleinlagen durch die Stadt ausgewiesen.

Im Rahmen des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung sind im Jahr 1991 im Investitionsplan 67,4 Mill. Schilling und im Wirtschaftsplan 16,4 Mill. Schilling an Ausgaben und Einnahmen ausgewiesen. Diese Aufwendungen bedingen vorläufige Beiträge der Mitgliedsgemeinden in Höhe von insgesamt 41 Mill. Schilling.

Die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr weist im Erfolgsplan Aufwendungen und Erträge in Höhe von 159,3 Millionen auf. An Investitionsausgaben sind im Finanzplan 42 Mill. vorgesehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Sehr ausführlich sind im Anhang auch die Verschuldung unserer Stadt, der Schuldenstand und der Schuldendienst behandelt. Aufgrund der budgetierten notwendigen Kreditaufnahmen von rund 70 Mill. Schilling im kommenden Jahr, wird der Gesamtschuldenstand des kommenden Jahres 554,4 Mill. Schilling betragen. Insgesamt sind 69 Mill. Schilling aufzubringen, um diese Darlehen zu bedienen. Und zwar 38 Mill. Schilling für Zinsen und 31 Mill. Schilling für die Tilgung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Der Voranschlag 1991 ist wie immer gemäß den gesetzlichen Bestimmungen ordnungsgemäß eingebracht worden und lag zur Einsichtnahme auf. Soweit mir bekannt ist, gibt es keinerlei Einwände. Die Ausweitung des ordentlichen Haushaltes scheint, wie schon gesagt, in Anbetracht der wirtschaftlichen Entwicklung eher vorsichtig budgetiert zu sein und die Neuverschuldung liegt in einem noch vertretbaren Ausmaß. Für das kommende Jahr wünschen wir uns, daß dieser wirtschaftliche Aufwärtstrend anhält und auch unsere Stadt weiterhin davon profitieren kann. Die Beratungen zur Erarbeitung dieses Budgets waren wie immer nicht einfach. Nicht zuletzt deswegen, weil in Zeiten der wirtschaftlichen Prosperität auch die Begehrlichkeit wächst und die Wunschlisten noch länger werden als in Zeiten der Rezession.

In diesem Zusammenhang ersuche ich Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, auf dem Boden der Realität zu bleiben und Verständnis dafür zu haben,

daß nicht alle Wünsche, die eingereicht wurden, erfüllt werden konnten.

Besonders danken möchte ich allen Mitarbeitern, die sich bemüht haben, dieses Zahlenwerk zustande zu bringen, allen voran unserem Dr. Schmidl mit seinen Mitarbeitern, die trotz der vielen zusätzlichen Arbeit, die im heurigen Jahr zu leisten war, mit Umsicht und Sorgfalt den Haushaltsvoranschlag erstellt haben.

Ich darf Ihnen nunmehr den vorliegenden Antrag zur Verlesung bringen:

20) Ha-4600/90

Voranschlag 1991.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1991 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und mit Ausgaben in Höhe von

S 713,556.000,--

und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von

S 150,094.000,--

ausgeglichen.

Im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind, festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt. Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr und des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 137,700.000,--, der Finanzplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 9,100.000,-- sowie der des Steyrer Versorgungsbetriebsverbundes mit

Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 20,800.000,--, der Voranschlag der Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung, des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung, der GWG der Stadt Steyr und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben:

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe

500 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke 420 v. H.

Gewerbsteuer nach dem Gewerbeertrag

172 v. H.

Lohnsummensteuer

1000 v. H.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Leithenmayr für seinen ausführlichen Bericht. Als erster Redner ist Kollege Vizebürgermeister Karl Holub am Wort, ich darf bitten.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Kollege Zagler hat gerade den Zuruf gemacht, ob man das auch schriftlich haben könnte. Es tut mir leid, von mir gibt es keine wörtlich vorgeschriebenen Reden. Ich will nicht einmal sagen, daß es mir sehr leid tut, weil ich glaube, daß man aus jedem Gespräch und aus jeder Stimmung andere Haltungen ableiten kann. Schon die erste Seite meines Konzeptes schaut völlig anders aus als die Aussage, die jetzt kommen wird, weil die zwei Hauptpunkte schon vorweggenommen waren, die auf dieser Seite standen. Zum ersten Mal hat Bürgermeister Heinrich Schwarz erklärt, daß man nicht vergessen

hätte, daß man im vergangenen Jahr ersucht hat, die Tagesordnungen so festzulegen, daß sie auch machbar sind. Z. B. die Variante, am Vormittag beginnen mit normaler Tagesordnung, am Nachmittag Budgetsitzung oder notfalls eine zweitägige Tagung, wenn es schon nachmittags nicht möglich ist. Ich glaube aber, ein Tag ist sowieso angepatzt, ob man dann den Vormittag auch noch dazu hergibt oder nicht, wäre schon belangloser. Mit sehr viel Freude zur Kenntnis genommen und mit sehr viel Aufmerksamkeit in der Zukunft verfolgt habe ich, daß das offensichtlich doch nicht ganz ungehört verhallt ist. Momentan habe ich ja den Eindruck gehabt. Erinnerung habe ich ja vor kurzem noch daran an diese Möglichkeit, da war aber die Einladung schon draußen. Wie das Leben so spielt, ist manches nicht änderbar, weil schon ein Stück Papier geschrieben war. Man hätte nur ein zweites Stück Papier nachsenden müssen, dann wäre es auch gegangen.

Den zweiten Tagesordnungspunkt hat Kollege Leithenmayr schon erledigt, den ich auf meiner Speisekarte stehen habe, das ist die Einbeziehung der anderen Fraktionen in das Werden eines Haushaltsvoranschlags. Ich räume ein, daß Du versprochen hast, nächstes Jahr werden auch die Referenten jedenfalls in ihren eigenen Ressorts bei der Budgeterstellung mitwirken können. Ich räume ein, daß es heuer bei Dir das erste Mal war, daß die Budgetvorbereitung auf Deinen Schultern gelastet ist, ich räume allerdings auch ein, daß Du nur den Brauch vom Vorjahr 1 : 1 übernehmen hast müssen, da war es auch so, daß die Referenten nicht gehört wurden. Ich räume ein, daß

Du auch wahrscheinlich das Protokoll der letzten Budgetsitzung gelesen hast, wo ich Kollegen Wippersberger gesagt habe, ich kann es verstehen, weil es das letzte Mal war, daß er ein Budget erstellt, daß er die Referenten nicht beigezogen hat. Du hast es jetzt das erste Mal gemacht. Wollen wir dabei bleiben, daß wir gemeinsam die Hoffnung haben, daß das erste Mal gleichzeitig das letzte Mal war. Dann streiche ich den letzten Satz aus meinem Manuskript, wo es geheißen hätte, nur der nützliche Vogel im Haus zu sein, ist auch nicht der höchste Spaß auf Erden. Der wahre Inhalt dieses Satzes bleibt aber trotzdem stehen. Wir haben immer gesagt, wir wollen zusammenarbeiten. Ich habe in der Zeit, in der ich der ÖVP-Gemeinderatsfraktion als Fraktionsvorsteher angehöre, nach meinen besten Kräften darauf hingewirkt, daß die Kooperation im Rathaus und in den Ressorts möglich ist. Ich stelle fest, daß das nicht immer eine bedankte Kunst war. Wobei das nicht auf meine Fraktion bezogen ist. Sollte dieser Hinweis an meine Fraktion gerichtet sein, dann würde ich es auch im Kreis meiner Fraktion sagen, ist es aber nicht, daher muß ich ganz ausdrücklich sagen, fühlt Euch - liebe Freunde - von diesem Satz nicht angesprochen, er gilt der sozialistischen Mehrheit, die sicherlich recht gerne oft die Zusammenarbeit entgegennimmt, wenn sie nützlich ist. Aber dann von dem Wort Zusammenarbeit nicht mehr sehr viel hören will, wenn sie in Unbequemlichkeit ausarten könnte. Es wäre viel viel heftiger geworden, was ich sagen wollte, wenn nicht die einbegleitenden Worte des Geschäftsführenden Vi-

zehürgermeisters und Finanzreferenten gewesen wären. So ist es auch gut, wenn man nicht vorbereitete Manuskripte hat, weil man sich an der Stimmung des Gespräches in seinem Verhalten verändern kann. Ich stelle aber trotzdem fest, daß es nicht das Ziel einer politischen Gruppe in Steyr ist, die nicht der absoluten Mehrheit angehört, daß sie um jeden Preis und unter allen Umständen Unpopuläres mittragen muß. Wir werden uns das auch in Zukunft nicht so einfach machen, daß wir einfach zu allem Unpopulären Nein sagen und auch nicht so dumm sein, daß wir zu allem Unpopulären Ja sagen werden. Wir werden also auch nach wie vor, selbst wenn der Oktober 1990 für meine Partei nicht gerade die idealen Vorzeichen gesetzt hat und wenn dieser Oktober 1990 vielleicht auch zum rhetorischen Übermut auffordern könnte. Weil man annehmen könnte, daß man aus der Position, die nicht sehr schön ist, unter Umständen in der Attacke mehr Heil finden könnte und vielleicht auch mehr Populistik finden könnte. Mir geht es, und diese Stimmung tragen Gott sei Dank die Freunde meiner Fraktion mit, um das Wohl der Stadt Steyr, um das Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr und erst in zweiter Linie um das Wohl der Partei, die uns hierher entsandt hat. Daher wünsche ich mir von ganzem Herzen namens meiner Partei, daß man uns auch in Zukunft zusammenarbeiten läßt. Aber wenn man uns nicht läßt, dann sieht die Sache eben anders aus. Von uns aus wird es nicht ausgehen. Wenn man aber keine Zusammenarbeit haben will, zur Not könnten wir es anders auch.

Ich nehme aber nicht an, daß diese Befürchtung zurück zum alten "Franz-Weiss-Stil" von aktuellem Anlaß geprägt ist.

Zur allgemeinen Budgetsituation hat Kollege Leithenmayr einen ebenso guten mündlichen wie schriftlichen Überblick gegeben. Ich kann mir also tadellos erlauben, ohne daß der Beitrag deshalb an Qualität verliert, Wiederholungen zu ersparen und möchte nur einige unterschiedliche Betrachtungen anstellen dabei. Und zwar insbesondere deshalb, weil ich versuche, auch die Querverbindungen vom ordentlichen und außerordentlichen Haushalt in einigen Kapiteln herzustellen. Eine grundsätzliche Übereinstimmung finden wir beide damit, wenn wir sagen, daß sich das Verhältnis eigene Einnahmen zu den sei es jetzt selbst verursachten oder nicht selbst verursachten Ausgaben laufend verschlechtert. Nicht dramatisch verschlechtert, aber die Schere geht immer weiter auf. Die Einnahmen sind allerdings recht vorsichtig budgetiert, wie man bei der Beobachtung einiger Kennzahlen ja bemerken kann. So z. B. budgetieren wir die Summe der eigenen Einnahmen eher sehr sehr vorsichtig, was die Gewerbesteuer betrifft. Die Ausgaben beinhalten aber schließlich und endlich auch nicht alle Erhöhungen, die wir jetzt schon wissen. Insofern ist die Toleranz in beiden Richtungen gegeben. Wir haben die Einnahmen im Haushaltsvoranschlag sehr wenig spektakulär gestaltet und die Ausgaben im Haushaltsvoranschlag doch auch nicht mit allen Erhöhungen schon eingearbeitet, wie wir auch wissen.

Eine Erhöhung, die wir heute beschlossen haben, ist z. B. noch gar

nicht drinnen, die Kanalanschlußgebühren sind in gleicher Höhe budgetiert wie im Vorjahr. Die Personalausgaben beinhalten auch nicht vollständig die Tariflohnerhöhungen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob es das Ergebnis der jeweiligen Vorrückungstermine und die Kollektivlohnerhöhung ist, oder ob es nur die Vorschau für die jeweiligen Vorrückungen ist. Wahrscheinlich liegt die Wahrheit in der Mitte, sonst wäre das Budgetvolumen aus dem Personalansatz größer anzusetzen gewesen. Im vergangenen Jahr wurde kritisiert, daß der Haushaltsausgleich des ordentlichen Haushaltes nur durch Rücklagenentnahme möglich war. In der Vorschau auf das Jahr 1991 stellt sich das ebenso dar. Ich sage, Gott sei Dank gibt es diese Rücklagen, denn sonst wären wir ja in einer viel schlechteren Situation, wengleich auch schon aus dem Bericht des Herrn Finanzreferenten hervorgeht, daß die Rücklagen voraussichtlich nicht mehr werden, sondern daß ein wenig Butter vom Brot gekratzt werden muß, damit in Summe das Essenspackerl noch stimmt. Gerade weil das so ist, zeigt sich, daß noch immer das von allen Fraktionen in den letzten Jahren jedenfalls zugebilligte Postulat nach einem Investitions- und Finanzierungskonzept nach wie vor aufrecht zu erhalten ist und daß es nach wie vor bedeutsam wäre, eines zu haben. Nur dann, wenn wir Prioritäten tatsächlich kennen, so wie sie heute im Freizeitbereich kurz verlautbart wurden - verlautbart ist zwar nicht ganz der ideale Weg, vereinbart wäre noch besser gewesen, - wenn man erfährt, welche Freizeiteinrichtung erstrangig, dann zweitrangig, dann drittrangig ist. Aber nur, wenn wir solche

Prioritätenreihungen uns erarbeiten, dann werden wir auch tatsächlich an Finanzierungskonzepte herankommen. Nur wenn wir gleichzeitig mit diesen Prioritäten auch tatsächlich die Folgekosten ermitteln, und zwar nicht mit dem Kopf im Sand, sondern mit der tatsächlichen Erkenntnis der vollen Dimension, dann werden wir Kosten und Nutzen auch in Zukunft korrekt gewichten können.

In Anbetracht der von mir aufgezeigten Schere zwischen der Finanzkraft und der Ausgabewucht wird es immer notwendiger sein, eine Kosten-Nutzen-Gewichtung darzustellen und auch eine Ausgabenprognose aus der getätigten Investition anzustellen. Man gibt mir ja in dieser Hinsicht alle Jahre recht, aber wenn man das doch schon einige Jahre immer wieder sagt, dann wird man allmählich ein wenig verzagt, ob denn diejenigen, die rech geben, dann auch wirklich meinen was sie sagen, wenn sie sagen, ja Du hast recht. Es wäre ein völlig falscher Begriff von Gemeindeautonomie und Liberalität, würde man annehmen, daß man in dem Erstellen von Grundsätzen seine eigene Handlungsspielweise oder seinen eigenen Handlungsspielraum einschränken könnte. Im Gegenteil, nur dann, wenn wir in Zukunft die Kosten einigermaßen abschätzen können, wird es uns gelingen, den verbleibenden Freiraum auch konzeptiv zu gestalten und nicht von einem fast unfinanzierbaren Vorhaben in das andere hineinzutaumeln. Die Schere, die sich vor uns auftut, zeigt die Gefahr. Ich sage nicht, daß sie schon real existiert, aber die Gefahr besteht und nur mit vernünftigen Konzepten und sehr kaufmännischem Verhalten wer-

den wir uns hier richtig in die Zukunft bewegen können. Dieses Budget ist in einer Pressekonferenz als großes Sozialbudget dargestellt worden, damit werde ich mich in wenigen Minuten auseinandersetzen. Ich meine, daß diese Darstellung nicht ganz richtig ist, ich meine, daß dieses Budget keine beeindruckenden Ansätze für neue Strategien zeigt. Im wesentlichen wird Kanalbau und damit zusammenhängend der Straßenbau weitergemacht, und im wesentlichen werden Pflichtausgaben aus dem Sozialbereich, die immer erdrückender werden, weitergeschrieben. Die eigentliche Aufgabenstellung in diesem letzten Jahrzehnt des letzten Jahrtausends erfüllen wir aber mit diesen Budgetstrukturen durchaus nicht, nämlich die Aufgabenstellung, die heißen müßte, neu ordnen. Wir haben jetzt in dieser zweiten Republik nach dem Krieg jedenfalls 45 Jahre Frieden in einem System, das sicherlich auch der Selbstkontrolle bedarf. Nicht im Sinne von Kontrollamt und Rechnungshof, natürlich, das sind nützliche Sachen, aber auch im Sinne der Selbstkontrolle der Funktionsträger, die sich fortwährend fragen müssen, sind unsere Mechanismen, sind unsere Handlungsspielräume, sind unsere Denkweisen noch immer strukturangepaßt den Bedürfnissen der Gegenwart? Da werden wir auch eine Antwort finden, wenn wir das kritisch tun, warum uns so viele junge Menschen den Weg in die Politik erstens nicht verzeihen, zweitens ihn auch nicht mitgehen wollen, weil wir zum Teil Rituale abwickeln, die längst überholt sind und weil wir zum Teil uns in dem Drang, uns gegenseitig eine Ohrfeige zu

geben, erstens über den guten Geschmack hinausschießen und zweitens über die Sachdebatte hinaus unter Umständen zwar momentan Gelächter erreichen, aber auf der anderen Seite das staunende Publikum nur abstoßen. Politische Kultur würde ich das nennen schreibt man nicht in Budgetzahlen fest, das weiß ich schon. Politische Kulturen lebt man in der Gemeinschaft. In Budgetzahlen selbst schreibt man aber fest, ob man die kommunalpolitische Kultur ernst nimmt. Zur kommunalpolitischen Kultur gehört insbesondere auch die städtische Raumordnung, die wir laufend überarbeiten müssen und dabei fehlt auch im Haushaltsvoranschlag einiges. Aber da wird ein Fraktionskollege von mir dazu noch genauer Stellung nehmen. Zur politischen Kultur gehört auch die Bewältigung des Problems Altstadt. Diejenigen, die schon länger im Gemeinderat sind, werden sagen, dem fällt auch nichts Neues ein, immer wieder predigt er von Altstadtrevitalisierung, immer wieder predigt er von der Nutzung der Infrastruktur in den städtischen Zentren, die so schlecht genutzt wird, weil die Altstadt zu Büro- und Verwaltungsvierteln umfunktioniert wurde und die so schlecht ausgenutzt werden, weil in den Häusern so viel ungenutzter Freiraum ist, insbesondere in den Dachgeschossen der alten Häuser. Also die Altstadtwiederbelebung müßte noch deutlicher im Haushalt erkennbar sein, wenn man tatsächlich neu ordnen will und wenn man tatsächlich auch hier die Wege in die Zukunft weitergehen will. Die Schlagworte von Steyr 2000 alleine zu hören, ohne tatsächlich die Wege aufzuzeigen bzw. mitgestalten

zu können, befriedigt weder den politischen Mandatsträger noch den Bürger der Stadt Steyr. Die Altstadtwiederbelebung spielt sich nicht nur an der Fassade ab, sondern sie spielt sich im wesentlichen ab im Einbau von Wohnungen in die Altstadt, sie spielt sich aber nur mit Hilfe von öffentlichen Förderungen ab, weil das sonst nicht machbar wäre. Ich glaube, es wäre noch viel notwendiger, städtische Förderungen in diese Revitalisierungsmaßnahmen der alten Häuser zu geben. Schon ist es recht gut und schon ist es recht fein, daß es mit Land und Bund diese gemeinsame Aktion Steyrdorf gibt. Was täten wir ohne sie? Ich bin sehr froh und glücklich, daß diese Dinge möglich sind, daß bei gleichem Volumen es möglich ist, dreimal soviel zu tun auf dem Sektor der Denkmalpflege. Aber die Sanierungskonzepte sollten auch nicht zu kurz kommen. Ich glaube, meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir sollten zum Erstellen der Sanierungskonzepte in Zukunft auch Geld in die Hand nehmen, daß wir hier nicht von überforderten Einzelbeamten im Rathaus abhängig sind, - ich meine wirklich überfordert. Die Leute, die mit Altstadterhaltung zu tun haben und genau so mit der städtischen Raumordnung, sind überfordert, weil sie einfach zu wenig Mitarbeiter haben, und weil die Materie viel zu komplex ist, als daß sie einer alleine bewältigen könnte. Bei der Raumordnung gibt es zwar eine Hilfe, beim Denkmalschutz, bei der Altstadterhaltung, Stadtbilderhaltung, ist leider Gottes die vorhandene Hilfe in Zukunft wieder ausgefallen. Da wird Ersatz notwendig sein. Ich glaube aber, daß selbst wenn er 1 : 1 er-

setzt wird der Personalabgang, der sich in diesem Bereich abzeichnet, daß darüber hinaus noch eine wissenschaftliche Beihilfe notwendig sein wird. Ich hoffe sehr, daß wir in der Zukunft - im Budget kann man das leider nicht erkennen - doch dazu übergehen, für die Wiederbelebung unserer Altstadt, die ja auch den Reichtum unserer Stadt darstellt, wissenschaftliche Konzepte zu erarbeiten bzw. erarbeiten zu lassen.

Der Sozialbereich, das wurde schon angeführt, ist wieder das größte Budgetkapitel einschließlich der Wohnbauförderung. Ich habe die 4 Millionen, die Du, Herr Kollege Leithenmayr, für die Sanierung städtischer Objekte dazugerechnet hast zur Wohnbauförderung, selbst in meine Kalkulation nicht miteinbezogen, weil ich mir nicht sicher bin, ob alles tatsächlich Wohnbau ist, was aus dieser Budgetpost saniert wird. Ich habe daher aus ordentlichem und außerordentlichem Haushalt bei meiner Betrachtung 7,6 Millionen herausgefunden. Ich möchte aber nicht verschweigen, daß das auch mehr ist als in den letzten Jahren. Selbst wenn wir die 4 Millionen dazurechnen, kommen wir auf die von Dir erwähnten 11,4 Millionen Schilling. Das heißt eigentlich nicht, weil Du die sonstigen Maßnahmen nicht dazugerechnet hast, die im ordentlichen Haushalt budgetiert sind, so bist Du auf 11,5 Millionen gekommen. Ich meine, daß auch 11,5 Millionen bei der Komplexität des Themas in der Denkmalstadt Steyr, in der 1000jährigen Stadt Steyr und in der, was die Infrastruktur betrifft, doch schon ein wenig Problemstadt Steyr, doch noch immer nicht die ganz große Initiative sind. Die 20 Millionen finde ich

sehr schwierig bei Abwägen von Mittelverwendungen. Aber vielleicht bekomme ich dann noch eine Aufklärung in dieser Hinsicht. Ich meine, daß der Sozialbereich auch viel mehr Familienpolitik enthalten müßte. Wir müßten da neue Tarifsysteme weiterentwickeln, im Verkehrsverbund hat man es ja getan, aber die Mehrkinderfamilie mit womöglich einem Alleinverdiener sollte halt auch die Zielgröße sein bei den kommunalen Überlegungen. Wenn jemand alleinerhaltend oder alleinverdienend für mehrere Kinder sorgt, so ist er schon in Spitzeneinkommen. Wenn man das durch die Anzahl der haushaltszugehörigen Personen dividiert, existiert jeder Einzelne an der Armutsgrenze. Das sollten wir auch bei den sozialen Überlegungen in der Stadt nicht vergessen.

Bei der Stadtplanung und bei der Sozialpolitik selbstverständlich, aber auch bei der Stadtplanung und der innerstädtischen Raumordnung sollte die erste Zielgröße der Mensch sein. Da sind wir ständig zur Selbstkontrolle aufgefordert, ob wir diese Ziele nicht doch außer Augen verlieren könnten.

Zur Familienpolitik und zur Abhilfe bei kinderreicheren Familien oder kinderreicheren Haushalten haben wir schon immer Vorschläge gemacht. Heuer im Sommer ist zum ersten Mal ein Vorschlag bei den Familientarifen der städtischen Verkehrsbetriebe aufgenommen worden. Leider nicht ganz in der Dimension, wie wir uns das vorgestellt haben, aber immerhin war es ein erster Schritt. Ich hoffe, daß weitere Schritte folgen werden, denn die Familie ist ja noch immer in jeder Hinsicht sozial

benachteiligt. Das kann man nicht leugnen.

Eine zweite schwere Aufgabenstellung im sozialen Bereich werden wir beim Projektieren der geschützten Werkstätte sehen müssen. Es zieht sich schon geraume Zeit hin, daß das Projekt geschützte Werkstätte hier im Gemeinderat in Aussicht gestellt wird, aber recht weitergekommen sind wir nicht. Die Illusion Bundesbahn hat sich zerschlagen, jetzt wird man sehen, wie es weitergeht. Ich glaube, daß wir hier ein sehr konsequentes Vorgehen in Zukunft zeigen müssen, um tatsächlich auch Erfolg zu haben.

Die Eingangsoption geschützte Werkstätte im Hack-Werk unten geht durch die Expansion des FAZATs nicht in Erfüllung. Wir haben uns hier in diesem Gemeinderat einige Jahre lang auseinandergesetzt, in welcher Form die geschützte Werkstätte im FAZAT untergebracht werden soll. Von bestimmten Formen kommt man immer weiter weg, so daß beim aufmerksamen Beobachter im Rahmen FAZAT überhaupt kein Spielraum mehr überbleibt für die geschützte Werkstätte und per Saldo nur mehr die Not der Behinderten tatsächlich überbleibt.

Noch einmal, ich glaube, nur konsequentes Vorgehen kann uns auch in diesem Bereich zum Erfolg führen. Über die Notwendigkeit, glaube ich, bestehen ja überhaupt nirgends Differenzen, da sind wir sicherlich einer Meinung. Ich glaube, wir sind auch einer Meinung, nur müssen wir es auch tun, daß ohne Druck der Stadt eine Realisierung nicht in Aussicht steht, weil jede der übergeordneten Hände zweifellos Ausgaben vermeidet, wenn sie nicht sehr nach-

drücklich abgefordert werden. Der Druck, den wir machen müssen, ist eindeutig definiert in seiner Notwendigkeit durch die Kosten, die in Aussicht stehen. Er ist definiert durch die Notwendigkeit, Organisationsformen zu finden, die auch wir bewältigen können. Er ist drittens auch gegeben durch die Notwendigkeit, geeignete Standorte zu finden. Hier sind wir in der Pflicht, da können wir eigentlich von niemandem erwarten, daß die geeigneten Standorte tatsächlich von einer übergeordneten öffentlichen Hand an uns herangebracht werden. Bei dem Suchen nach geeigneten Standorten dürfen wir die Erreichbarkeit nicht außer Augen lassen. Die Behinderten sind wahrscheinlich darauf angewiesen, daß die geschützte Werkstätte an ein öffentliches Verkehrsmittel tauglich angebunden ist, sollte da nicht eine neue Schwierigkeit für ohnehin benachteiligte Menschen entstehen.

Wir sollten also, kurz gefaßt, alle nur denkbaren Unterstützungen und Hilfen ansprechen, wir sollen das nicht zum Farbproblem machen, sondern zum allgemeinen. Die Zusage meiner Partei und meiner Fraktion besteht aus vollem Herzen, daß wir die Bemühungen der Stadt, wenn man uns läßt, jedenfalls aktiv mittragen wollen. Aber es gehört eben zur Konsequenz mehr als nur das Kundmachen von Absichten. Ich glaube, wir müssen die finanzielle Bereitschaft auch dokumentieren, daß wir selbst etwas unternehmen wollen. Im Budget ist das sehr schwer zu erkennen. Wir müssen auch unseren Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam bewußt machen, daß das Fehlen einer geschützten Werkstätte ein allge-

meines Defizit ist. Nicht nur für die Behinderten; sondern ein allgemeines Defizit, weil das Problem der behinderten Menschen in der Tat ein allgemeines Problem zu sein hat, und zwar in der Form, wo es der einzelne Mensch nicht lösen kann, wird es - ob man will oder nicht - zur Aufgabe der Allgemeinheit. Drittens müssen wir zur Fortführung der Konsequenz uns selbst Ziele setzen. Jedenfalls ein Zeitziel. Wie schnell vergeht ein Jahr, das wissen wir. Es ist noch fast gestern, daß dieser Gemeinderat zur letzten Budgetdebatte beisammen gesessen ist. Die Inhalte der Debatte weichen voneinander nicht allzusehr ab.

Das Problem der Seniorenbetreuung möchte ich im Sozialbereich auch noch anführen. Zwar ist die Aktion Essen auf Rädern ausgeweitet worden und ich sage herzlich danke dafür, aber vieles gibt es da noch zu tun. Sicherlich das größte Kapitel im Thema Soziales, weil es auch das größte Finanzvolumen beinhaltet, ist das Zentralaltersheim. Auf ein Ausgabenvolumen von über 90 Mill. Schilling kommt man hier. Der Zuschußbedarf der Gemeinde wurde vom Finanzreferenten schon erwähnt. Fest steht, daß die Finanzierung immer schwieriger wird, fest steht, daß die Pflege immer schwieriger wird und fest steht, daß der Charakter des Seniorenheimes, des Zentralaltersheimes immer weiter vom Wohnheim weggeht und immer mehr zum Intensivpflegeheim hingeht. Diese intensive Pflege kostet ungeheuer viel Geld und wir werden als Vertreter der Parteien, die uns in den Gemeinderat entsandt haben, alle miteinander, alle übergeordneten Stellen massiv auffordern müssen,

dahin zu wirken, daß die Pflegekomponente im Zentralaltersheim auch in einer überregionalen Kostentragung mit ihre Konsequenz findet, weil aus eigener Kraft auf lange Sicht hin das Problem des zentralen Altersheimes und der Pflegeheime nicht zu bewältigen sein wird, auch wenn die im Hauspflege hier wertvolle Entlastungen bringt, auch wenn hier persönlich Gutes am Menschen getan wird. Aber derjenige, der trotz Heimpflege dann nicht mehr heimpflegefähig ist, kommt in einem wesentlich schlechteren Gesundheitszustand und wesentlich pflegebedürftiger als früher ins zentrale Altersheim. Wir werden im zentralen Altersheim nicht nur mit dem Problem fertig werden müssen, daß immer mehr Menschen immer älter und dabei immer ungesünder werden, sondern auch mit dem zweiten Problem fertig werden, daß unsere Mitarbeiter im zentralen Altersheim vor dieser Belastung teilweise resignieren.

Wir haben, ich glaube richtig informiert zu sein, ein echtes Personalproblem im zentralen Altersheim, das sich mit mehr Gehalt wohl kaum alleine beheben wird lassen. Man wird die nötigen sozialen Strukturen auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zentralaltersheim finden müssen. Ich erwähne nur beispielhaft das Wort Supervision. Für die, die sich im sozialen Bereich ein wenig engagieren, sagt Supervision etwas. Die, die sich dafür nicht interessieren, für die hat es sehr wenig Sinn, das zu übersetzen. Das wäre nur eine lange Rede, die dann ohnehin nicht mitgetragen wird. Aber ich glaube, daß der Bedarf nach einer Supervision im Altersheim auch ein anerkannter ist.

Ebenso wie der nach Diätassistenten oder nach physiotherapeutischer Betreuung.

Die Küchenerneuerung hat sicherlich im Altersheim viel gebracht, aber sie ist längst noch nicht alles. Der Speisezettel muß durch Einstellen von Diätküchen seniorenge rechter werden, als er es bis jetzt ist. Ich weiß nicht, ob es auch immer richtig ist, daß der Koch nicht einkauft, sondern die Verwaltung. Aber hier weiß ich, daß Dinge in Diskussion sind, und will die Dinge, die jetzt in Diskussion sind, nicht allzu breit machen. Wir werden nicht umhin kommen, über eine Zentralaltersheim-Erweiterung nachzudenken und auch über die Finanzierung desselben. Und wir werden nicht umhin können, dem Druck der Bedürfnisse unserer Bürger nachzugeben, daß wir im zentralen Altersheim auch für Teilzeitpflege Vorsorge treffen. Teilzeitpflege könnte bedeuten, - da muß ich erklären, was ich damit meine - daß jemand, der in Hauspflege sich betreut fühlt, für denjenigen, der ihn dankenswerterweise betreut, das Problem der Null-Freizeit darstellt. Es könnte wirklich unter Umständen durch eine Raumvorkehrung und eine Pflegevorkehrung im Altersheim möglich sein, daß man pflegenden Familienangehörigen zumindest eine Woche Entlastung gibt, indem man den Gepflegten befristet in Teilzeit in Pflege im Zentralaltersheim unterbringt. Ich weiß, daß die eine oder andere Landeskrankenanstalt hier schon Beispiele liefert. Gelegentlich geschieht es bei uns auch schon, nur sehr bekannt ist es bei unseren Bürgerinnen und Bürgern noch nicht. Ich meine, man sollte das tatsächlich sowohl bekannter als auch leichter möglich machen.

Die Seniorenpässe als letzten Teil aus dem Sozialbereich, da kann ich meine Anregung aus den letzten Jahren nur wieder zur Forderung erheben, daß ich es für zweckmäßiger hielte, wenn der Seniorenpaß einmal ausgestellt wird und dann zum ermäßigten Bezug von Leistungen berechtigt oder aber zum Nulltarif-Bezug. Je nachdem, wie es in der Intention der Gemeinde ist. Aber eines steht fest, der Senior, der einmal Senior ist, der wird nicht mehr Junior, daher müßte eigentlich die Ausstellung eines Ausweises einmal genügen. Viel Verwaltungsaufwand wäre erspart und wenn man sich den Haushaltsvoranschlag anschaut, was die Ausstellung der Seniorenpässe tatsächlich auch an Mitteln kostet, die Personalmittel für die Vorarbeit und für das Ausgaben sind noch gar nicht beinhaltet, so käme man schon auf den Schluß, daß das auch eine sinnvolle Tätigkeit wäre.

Zur Verschuldung der Gemeinde, damit wir direkt zu den Haushaltszahlen zurückfinden, hat Kollege Leithenmayr schon gesprochen. Es sind nur im Haushaltsvoranschlag auch andere Zahlen enthalten als in dem Nachtragsvoranschlag, so daß man beim Verschuldungsstand eigentlich nicht, also beim Endstand, nicht von Zahlen des Haushaltsvoranschlages selbst ausgehen kann, weil der Anfangsstand laut Voranschlag 1991 515 Mill. Schilling, ist, laut Nachtragsvoranschlag 1991 aber 534 Millionen. So daß sich ein Schuldenstand am Jahresende ergibt von 573,5 Mill. Schilling. Das würde bedeuten, daß man diesmal erstmals die Schwierigkeit hat, die Jahresendverschuldung nicht im Haushaltsvoranschlag zu finden. Man muß

auch die Tilgungen und Zinsendienste separat saldieren, dann kommt man auf eine Netto-Neuverschuldung laut Präliminar von nicht ganz 39 Mill. Schilling. Wenn man dazu den Zinsendienst in Vergleich stellt mit nicht ganz 38 Mill. Schilling, so gibt das ein Bild, und wenn man den Schuldendienst, das ist also der Kapitaldienst plus die Zinsen, addiert, dann kommt man auf 69 Mill. Schilling und einiges dahinter und die Brutto-Neuverschuldung in Vergleich zieht, dann ist man bei 70 Mill. Schilling. Das heißt, die Brutto-Verschuldung macht kaum mehr aus als der Kapital- und Zinsendienst aus der Altverschuldung. Welch ein Glück, daß es für die Finanzen der Stadt Steyr die Rücklagen gibt, die diese Finanzierungsstruktur aufrecht erhalten lassen, welch ein Unglück für die Stadt Steyr, wenn das Ausleihungswachstum bzw. das Schuldenwachstum allein schon aus dem Schuldendienst resultiert, wenn die Rücklagen nicht mehr vorhanden sind. Vor diesem Licht hat Kollege Leithenmayr richtigerweise aufgezählt, daß man den Verwaltungs- und Betriebsaufwand sorgsam beobachten muß. Die Verhältniszahlen, zu welchen Einnahmenquoten welche Ausgabenquoten stehen, bringe ich in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr. Ich kann nur mehr überblicksartig feststellen, daß sich die Dinge im ausgewogenen Lot bewegen. Eine Anmerkung aber zur Einnahmenstruktur ist in diesem Zusammenhang doch erforderlich, daß die eigenen Steuerabgaben und Ertragsanteile gegenüber dem Vorjahr um 9,18 Prozent gestiegen sind. Die eigenen Steuerabgaben, bereinigt um

die Ertragsanteile, also die eigene Aufkommenskraft der Stadt, nur um 7,2 Prozent. Die Ertragsanteile mit den Rundungsbeträgen zusammen aber um 11,1 Prozent gestiegen sind.

Was will ich damit sagen? Wir sind in der Situation, daß die übertragenen Bundesmittel für uns immer bedeutungsvoller werden. Das läßt auch der langfristige Vergleich völlig klar vor Augen scheinen, halten sich die Ertragsanteile und die eigenen Steuern und Abgaben im Voranschlag 1991 fast konkurrenz die Waage. So war es vor 10 Jahren noch so, daß die Ertragsanteile um 50 Prozent weniger Gewicht hatten für das gesamte Haushaltsgebilde als sie es jetzt haben.

Die Anzahl der Beschäftigten im Magistrat wurde erwähnt. Zur Vollständigkeit möchte ich nur beifügen, daß es sich hier um die Anzahl der Vollbeschäftigten und um die aufgerechnete Anzahl der Teilbeschäftigten handelt, ohne daß die Karenzurlauber mitberücksichtigt sind. Die Karenzurlauber habe ich auch nicht mit hineingerechnet, weil man das in der Stadt noch nie getan hat. Aber die Pro-Kopf-Beschäftigung ist derzeit bei 900 im Magistrat, unter Einrechnung der Teilzeitbeschäftigten als 1 Kopf. Ich weiß schon, daß es da auch stundenweise Beschäftigte gibt, die nur einige Wochenstunden zustandebringen in ihrer Tätigkeit für die Stadt Steyr, so daß die Aliquotierung doch zum groben Überblick geeignet erscheint, etwas weniger allerdings geeignet erscheint für den tatsächlichen Soll-Ist-Vergleich. Dienstpostenplan-Ist und Dienstpostenplan-Soll mit den hochgerechneten Teilzeitbeschäftigten, die

stimmt nicht so ganz. Das ist aber weiters nicht dramatisch, weil es sich im Haushalt auch nicht besonders auswirkt.

Die eigenen Einnahmen bleiben hinter den Ertragsanteilen zurück. Das habe ich schon gesagt. Die Ausgaben steigen im Verhältnis der Ertragsanteile, und zwar die Personal- und Sachausgaben. Das bedeutet für uns die logische Konsequenz, daß wir in unserer eigenen Organisation die Verbesserungen ansetzen müssen, wenn das Auseinanderklaffen von eigenen Einnahmen und den verwaltungsbedingten Ausgaben nicht noch größer sein wird. Die moderne Büroorganisation, die ja in die Wege geleitet wird, auch hier sind erste große Dinge schon geschehen. Vieles bleibt noch offen, und eine sparsame und objektive Personalpolitik sind also genau so Erfordernis wie die Ausgewogenheit der Bezugssysteme, sind genau so Erfordernis wie die Leistungsbezogenheit der Bezugssysteme und ich wiederhole, daß ich meine, daß es besser ist, Leistungsbelohnung als Motivator anzusetzen als breit Bezüge anheben.

Bei Vorhaben, das habe ich zur Einbegleitung meiner kurzen Worte schon gesagt, hat eine Kosten-Nutzen-Analyse stattzufinden und bei Projekten dürfen wir den Blick auf das Machbare, auf das Finanzierbare und auf das Verantwortbare nicht verlieren.

Das Hallenbad ist heute schon so oft durch den Gemeinderat gegeistert. Der Bürgermeister selbst hat Beträge genannt, die auch seiner Meinung nach über das Maß des Verantwortbaren hinausgehen. Daher also auch keine besondere Erwähnung darauf. Das Problem ist bekannt, ist auch kein aktuelles

Thema, aber wir sollen es nicht außer acht verlieren, daß wir auch Verantwortung tragen.

Beim Beispiel FAZAT müssen wir diese Verantwortung uns noch immer mehr vor Augen führen, daß nicht nur ein FAZAT-Tempel dort entsteht, sondern daß das Gebäude auch mit Leben erfüllt wird, daß es dann auch tatsächlich für die Allgemeinheit richtige Bedeutung bekommt. Nämlich die Mittelverwendung alleine in den Verein wäre noch zu wenig, die Inhalte müssen auch auf der Forderung stimmen, die Du selbst dargestellt hast, nämlich die Wirtschaftssysteme in unserer Stadt zu beflügeln.

Wir werden bei zusätzlichen Einnahmen, die möglicherweise nächstes Jahr auf uns zukommen, auch die nötige Zielbesonnenheit zeigen müssen, denn auch wenn die Verhandlungen, die da rund um die Sparkasse im Laufen sind, von Erfolg gekrönt sein sollten und auch verhältnismäßig viel Geld in die öffentlichen Hände gelangt, so werden wir uns dann dabei selbst an der Nase nehmen müssen, ob wir uns nicht vor Augen halten, daß das wohl eine einmalige Quelle ist und keine wiederholbare. Diesen Einwand möchte ich dazu noch sagen. Nicht als Vorwurf an irgend jemanden, sondern als tatsächliche Aufforderung an uns alle, dabei das Ziel der Zweckmäßigkeit und der Verantwortung nicht zu verlieren.

Meine Damen und Herren, wir werden als ÖVP-Fraktion dem Budget zustimmen. Diesmal auch dem Wirtschaftsplan der Stadtwerke. Bei der Bilanz der Stadtwerke habe ich eigentlich den Teil, den ich zu den Stadtwerken selbst bringen wollte, schon erwähnt. Ich schone die Zeit und

lasse es bleiben, das noch zu wiederholen. Ich sage ein letztes Wort zu den Stadtwerken in diesem Beitrag, daß wir längst noch nicht zufrieden sind mit allem. Daß wir aber meinen, daß Nein-Sagen alleine auch nichts besser macht, sondern wieder aus dem gemeinsamen Einbringen von Ideen jedenfalls der Schritt in die Besserung gegangen werden sollte. Wir werden nicht justament nein sagen, wir werden auch zu den Stadtwerken kooperativ weiterarbeiten und so Ihnen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Partei, zeigen, daß auch in einem Wahljahr zusammengearbeitet werden kann und daß der Wahlkampf nicht auf dem Rücken von irgend jemandem zum Wahlkrampf ausarten sollte.

Uns geht es nämlich um die Sache und nicht um Gags. Uns geht es nämlich um ehrliche Zusammenarbeit und nicht um Konfrontation um jeden Preis. Uns geht es nämlich um Steyr und uns geht es nämlich um die Steyrerinnen und Steyrer.

In diesem Sinne möchte ich danke sagen an alle Beamten im Haus, die für die Steyrerinnen und Steyrer tätig sind, insbesondere natürlich an den Herrn Dr. Schmidl und seine Mitkämpfer. Den Herrn Magistratsdirektor bitte ich, es geeignet an die Mitarbeiterschaft im Haus auszurichten. Ich möchte den obligaten Dank auch an die Bürger der Stadt im Namen der ÖVP-Fraktion abstaten, denn ihr Geld ist es ja, das wir hier verwalten. Ich möchte Ihnen allen, liebe Freunde, gesegnete Weihnachten wünschen im Namen der ÖVP-Fraktion und ich möchte Ihnen allen für das Jahr 1991 vor allen Dingen Gesundheit wünschen

und ich möchte uns allen für das Jahr 1991 Frieden wünschen. Frieden auch in einem Wahljahr und Zusammenarbeit auch in einem Wahljahr.

Danke.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich danke Kollege Vizebürgermeister Holub für seinen Beitrag. Nächster Redner ist Kollege Oskar Holub.

**GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:**

Ich hoffe, daß ich heuer nicht so zittere, wie im Vorjahr bei meiner ersten Budgetrede.

Ich möchte kurz versuchen, die Positionen der GAL Steyr zum Budget darzustellen. Und zwar beginne ich mit der Umwelt. Wie man sieht, ist Müllvermeidung der wesentliche Bestandteil der Umweltpolitik. Müllvermeidung muß Vorrang haben vor der Mülltrennung. Der Müll bzw. Sondermüll darf nicht zur Geschäftemacherei von Privaten dienen. In diesem Zusammenhang darf ich sagen, daß nicht Private, wie z. B. die Firma Bittner, den Müll übernehmen, wo jetzt momentan das ganze Werk stillsteht, sondern daß eben die Stadt sich mit dem Müll selbst auseinandersetzt und sich diesem Problem verstärkt zuwendet. Mir geht es darum, daß in der Stadt Versuche unternommen werden, Förderungen von umweltbewußten Firmen zu erreichen. Z. B. von Kaufhäusern und Geschäften, daß die ein Umweltpickerl erhalten, wie eventuell einen grünen Panther, für umweltbewußte Betriebsführung. Weiters eine Erwähnung dieser Betriebe im Amtsblatt sowie die Verleihung der sonst so beliebten Medaillen in Form von Umweltmedaillen für

umweltbewußte Betriebe.

Ein finanzieller Anreiz könnte auch durch die Senkung der Getränkesteuer bzw. der Lustbarkeitsabgabe für solche Betriebe erfolgen. Wir fordern die Installation von unabhängigen Umweltberatern, die generelle Einführung der Biotonne mit flankierenden Maßnahmen sowie eine Förderung des Verzichtes auf sogenannte PET-Flaschen.

Jetzt fange ich dort an, wo ich den Faden verloren habe. Die Müllvermeidung wird nicht erreicht, so lange Private, die gewinnorientiert arbeiten müssen und infolgedessen an Müllvermeidung nicht interessiert sind, damit beauftragt sind. Die Stadt wird durch solche Monopole erpreßbar. Es ist sinnvoll, daß Müllentsorgung Aufgabe der öffentlichen Hand ist und bleibt.

Die Entsorgung von Gewerbemüll durch die Entfernung der Sperrmüllcontainer zu lösen, ist fraglich. Wohin geht dieser Müll? Die GAL Steyr fordert die Einrichtung funktionsfähiger Überwachungssysteme für Luft, Wasser und Boden und in diesem Zusammenhang auch stationäre Meßstellen. Konkret wäre die Anschaffung eines Umweltmeßbusses inklusive Personalkosten für einen Chemiker sinnvoll. Hier könnte man durchaus mit den Umlandgemeinden von Steyr zusammenarbeiten, um dieses Projekt zu finanzieren. Weiters eine Untersuchung der bestehenden Deponie-Altlasten und falls notwendig deren Entsorgung.

Die Sicherung des Steyrer Trinkwassers durch Maßnahmen im Bereich Landwirtschaft über Prämien, wie das zum Teil schon gehandhabt wird, im Bereich Verkehr,

Abwässer und Müll, muß vorrangig behandelt werden.

Die Veröffentlichung von Katastrophenschutzplänen im Amtsblatt der Stadt Steyr - auch jetzt bezogen auf die Firma Bachleitner - ist notwendig.

Speziell zur Natur, wir wünschen uns eine Unterschutzstellung der noch bestehenden Auegebiete an Steyr und Enns. Weiters freie Wiesen in allen Stadtteilen. Ich glaube, daß es nicht damit getan ist, wenn man nur Kinderspielplätze verplant, sondern ich glaube, es sollte durchaus die Möglichkeit bestehen, daß in jedem Stadtteil freie Wiesen öffentlich zugänglich sind, um Kindern das Fußballspiel etc. zu ermöglichen. Ich glaube, daß es in manchen Stadtteilen sehr viele solche Flächen gibt. Ich finde es sehr wünschenswert und notwendig, diese noch rechtzeitig zu schützen. Bei der Förderung von Betriebsansiedlungen verlangen wir eine Umweltverträglichkeitsprüfung, weiters den Verzicht von umweltbelastenden Produkten, die Bedachtnahme auf Verzicht von umweltfeindlichen Energieträgern, z. B. Heizöl schwer. Ich denke, wenn die Stadt in Zukunft Förderungen hergibt für Betriebsansiedlungen, soll sie wirklich Bedacht darauf nehmen, daß diese Betriebe nicht zusätzlich unsere Umwelt belasten. Ich kann mir vorstellen, daß man Förderungen mit einer Auflage in dieser Richtung koppelt.

Zum Thema Soziales. Wir stellen uns vor, daß die Erstellung eines jährlichen Sozialplanes für Steyr unter Miteinbeziehung von kompetenten Fachleuten sinnvoll wäre. Weiters die Einrichtung eines zumindest zweimal jährlich befaßten Sozialbeirates für Steyr. Weiters

wünschen wir uns Maßnahmen für eine behindertenfreundlichere und kinderwagenfreundlichere Stadt im Sinne von Abschrägung der Gehsteigkanten, behindertengerechte öffentliche WC-Anlagen und Telefonzellen in allen Stadtteilen. Ich glaube, es ist schon sehr schwierig für Behinderte, in Steyr zu leben. Ich glaube auch für Touristen, die am Stadtplatz die Toilette aufsuchen wollen und behindert sind, besteht keine Möglichkeit dazu. Die können wieder zurückfahren auf die grüne Wiese. Da wäre dringend notwendig, das weiter auszubauen.

Im Bereich Hauskrankenpflege und Altenbetreuung finden wir zwar grundsätzlich den Ansatz positiv, glauben aber, daß es hier zu keiner Monopolisierung kommen soll. Ich habe da schon Geschichten gehört, daß schon gewisse Gruppen interessiert daran sind, bestimmte Fälle zu betreuen, die z. B. über relativ höhere Einkommen verfügen, wo auch ein bißchen Trinkgeld abfällt usw. Ich kann das jetzt nicht beweisen, aber ich habe von diesen Dingen gehört und glaube, daß es durchaus sinnvoll ist, wenn man genau so wie die Frau Salat auch andere Gruppen, z. B. MOHI bzw. das Rote Kreuz beauftragt.

Zum Thema Altersheim darf ich sagen, wir haben uns in letzter Zeit sehr häufig damit beschäftigt, z. B. der Küchenbau hat 15 Mill. Schilling gekostet. Ich glaube, daß in Zukunft das so sein wird, daß wahrscheinlich das Zentralaltersheim nur mehr eine Funktion als Pflegeabteilung, als erweiterte Pflegeabteilung, haben wird. Wir stellen uns vor, daß bereits jetzt geplant wird, bzw. dieser Plan weiterverfolgt wird, dezentrale Altenhäuser in allen Stadtteilen zu

bauen, wo die Leute in ihrer vertrauten Umgebung weiterhin sich bewegen können, ihre sozialen Kontakte pflegen können. Ganz wesentlich für die momentane Situation erscheint uns jedoch die unbedingt notwendige Einstellung von Physiotherapeuten bzw. Therapeutinnen, Ergotherapeuten bzw. Ergotherapeutinnen, Animatoren, Sozialarbeitern, diplomierten Krankenschwestern im Altersheim. Ich glaube, wenn man will, daß es durchaus möglich ist, dieses Personal zu bekommen. Ich glaube aber, daß damit verbunden sein müßte die Hebung des Images und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen durch erhöhte Bezahlung, durch eine Erschwerungszulage, durch vermehrte Bildungsangebote, durch - wie Du schon erwähnt hast, lieber Cousin - durch Einzelteam- und Supervisionen. Ich glaube, daß es in einem so schwierigen Arbeitsbereich eine Grundvoraussetzung und absolut notwendig ist. Ich möchte aber schon ausdrücklich feststellen, daß es kaum ein Krankenhaus gibt dieser Größenordnung wie in Steyr, wo es keine Physiotherapeutin oder keinen Physiotherapeuten gibt.

Notwendig und sinnvoll erschiene auch die Einrichtung eines Steyrer Frauenhauses. Im Zusammenhang mit den sozialen Randgruppen fordern wir Planstellen für zwei Streetworker, insbesondere aufgrund der zuletzt passierten Vorkommnisse mit Skinheads, Neonazigruppen und Politoximannen, Stadtstreichern und nicht Seßhaften. Für diesen Randgruppenbereich fordern wir Streetworker. Also nicht nur für Neonazis, sondern auch für andere Randgruppen.

Wir fordern auch Integrationsprogramme für in Steyr ansässige ausländische Arbeitnehmer und Asylanten sowie für deren Angehörige. Spezielle Förderungsmaßnahmen in Verbindung mit dem Landesschulrat für Oberösterreich in Form von Zusammenarbeit dieser Schulversuche, und zwar in den Sparten Sprache, Kultur und Freizeit sowie eine Quotenregelung bei der Wohnungsvergabe auch für Ausländer, entsprechend dem prozentuellen Anteil ausländischer Arbeitnehmer.

Ich darf das vielleicht nochmals sagen, Herr Wohnungsstadtrat, ich glaube, Sie haben das nicht gehört. Ich finde, daß es wichtig ist, daß Ausländer erstens Arbeit haben und es ist sicher eine Voraussetzung, daß sie eine Wohnung haben. Wir fordern eine Quotenregelung bei der Wohnungsvergabe auch für Ausländer, entsprechend dem prozentuellen Anteil ausländischer Arbeitnehmer.

Wichtig erscheint uns auch eine Garantie der jährlichen Subventionen für sozialinititative Vereine, unter der Voraussetzung - das ist ein ganz wesentlicher Punkt - von Tätigkeitsberichten und Effizienzkontrolle. Das sollte auch für Sport- und Kulturvereine gelten. Ich denke mir, wenn die Stadt Subventionen vergibt, dann hat sie durchaus auch das Recht, Effizienzkontrolle zu verlangen. Man sollte das auch auf die Sportvereine und auf die Kulturvereine ausweiten. Dadurch wäre eine bessere Kontrolle möglich, und es der Stadt in manchen Bereichen und bei einigen Vereinen leichter möglich, Geld auszugeben.

Wir fordern letztendlich im Sozialen auch als Minimum an Solida-

rität gegenüber Asylanten zumindest die Bereitstellung einer Wohnung und eines Arbeitsplatzes seitens der Stadtgemeinde.

Im Bereich der Kultur fordern wir die Einsetzung eines Kulturbeirates. Die Forderungen sind ja im Ansatz erfüllt und positiv. Neben der Pflege der sogenannten traditionellen Kultur im Sinne von Brauchtumpflege, Hobbykultur, muß zeitgenössische Kultur zumindest gleichrangig behandelt werden. Steyr darf nicht zur Museumsstadt verkalken, aktuelles Theater, avantgardistische Literatur, wie Hackl, Maurer, Wipbersberg; Malerei, wie Anzinger, Rebhandl und natürlich ich; Musik, wie Denk, Schörkl, KHC, Schönleitner etc., muß entsprechend gefördert und auch touristisch vermarktet werden.

Eisen und Kultur würden zu Steyr eher passen als Beton und Christkindl. Auch bei sogenannten kleinen Dingen würde es Steyr gut anstehen, auch auf kompetente Bürger zurückzugreifen, z. B. bei der Gestaltung von Brunnen, von denen wir uns mehrere wünschen. Buswartehäuschen, Grünpflanzenbehälter, Leuchten und Abfallkübel und Litfaßsäulen. Zu überlegen wäre ein Ideenwettbewerb für die äußerliche Neugestaltung des Gsangsteges, ein Abbruch der Betonwände in der Frauengasse, die Sprengung des Forum-Kaufhauses und Rückführung ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Holub ist noch nicht ganz fertig.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:  
Ich bin noch nicht einmal mit dem Satz fertig.

.. und Rückführung in eine öffentliche alternative Musterparkanlage sowie eine Dependence des Bundesdenkmalamtes für unsere so denkmalwürdige Stadt. So sehr wir es begrüßen, daß der Gestaltungsbeirat endlich installiert wurde, vermissen wir die Möglichkeit, den Gestaltungsbeirat auch durch Stadtteilvertreter, Initiativen, Parteien aus eigenem Wunsch einzuberufen. Die Modalitäten der Einberufung des Gestaltungsbeirates sowie deren Öffentlichkeit gehören unserer Meinung nach neu definiert.

Zum Verkehr darf ich sagen, der öffentliche Verkehr muß Vorrang haben vor dem Individualverkehr. Das ist wohl klar. In den Wohngebieten sowie im Altstadtbereich muß eine generelle Regelung der Geschwindigkeitslimits auf Tempo 30 erfolgen. Ich glaube nicht, daß es sinnvoll ist, daß bei jeder Verkehrsausschußsitzung immer wieder 30 km/h-Anträge gestellt werden, sondern ich glaube, daß sich die Stadt durchaus getrauen könnte, das generell auf Wohngebiete sowie auf den Altstadtbereich auszudehnen.

Der Altstadtbereich muß zur individualverkehrsfreien Zone werden. Ausnahmeregelungen dürfen sich nur auf den öffentlichen Verkehr, auf Taxis sowie gewerbemäßig notwendige Ladetätigkeiten beziehen. In einem Gesamtkonzept müssen nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer, wie Fußgänger und Radfahrer, bevorzugt werden. Radwege dürfen nicht nur auf dem Papier bestehen, direkte kürzeste Verbindungen sind chestmöglich herzustellen. Ich denke wieder nur

an das Beispiel Bahnhof. Man kann als Radfahrer vom Bahnhof nicht auf einem durchgehenden Radweg in die Stadt fahren, das ist unmöglich, da fährt man zweimal gegen eine Einbahn. Ich kenne das, weil ich selbst oft fahre, aber man darf nicht.

Die in Steyr sehr sparsam vorzufindenden Radabstellplätze müssen großzügig erweitert werden. Als Beispiel, ein Parkplatz bringt viele Radabstellplätze. Tiefgaragen und Parkbewirtschaftung können niemals Ersatz für zu schaffende Parkflächen außerhalb des Altstadtbereiches sein. Vorgeschlagen werden unsererseits Parkflächen an der Peripherie Steyrs. Es müssen von dort ausgehend attraktive – finanziell, zeitlich, komfortmäßig – öffentliche Verkehrsmittel in die Innenstadt führen.

Den öffentlichen Verkehr haben wir heute schon besprochen. Ich möchte nur noch einmal darauf hinweisen, daß ich wesentlich finden würde eine Umstellung auf Flüssiggas als Antriebsquelle. Weiters auch behindertengerechte und kinderwagenfreundliche Niederflurwagen.

Klar ist, daß ein Verkehrsverbund auch für Steyr sinnvoll und notwendig ist und daß der Bahnhof als Verkehrsdrehscheibe seine ursprüngliche Bedeutung wiedererlangen muß. Die Errichtung eines Parkdecks am Bahnhof sowie eine Neugestaltung des Hessenplatzes mit Brunnen, Bäumen, Bänken, erscheint sinnvoll. Ich glaube auch, daß der Hessenplatz zu schade ist, nur als Parkplatz zu dienen und ich halte es auch nicht für sinnvoll, dort diese – wie Sie einmal, Herr Bürgermeister, vorgeschlagen haben – Busdrehscheibe zu machen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das ist nach wie vor meine Meinung.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Das ist so ein schöner Platz, um den einfach schade ist.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das soll nicht die Busdrehscheibe werden?

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Nein, nicht, sondern dort, wo sie momentan stehen, aber nicht direkt am Platz.

Eine Anbindung an das Steyrer Verkehrsnetz ist notwendig. Die GAL Steyr tritt für den Straßenrückbau in Wohngebieten ein. Die Idee einer O-Bus-Linie bzw. einer Straßenbahn zwischen Münichholz und dem Zentrum wäre aus Frequenzgründen zu überlegen.

Bezüglich der Demokratie im Gemeinderat und in den Ausschüssen sind wir der Meinung, daß für die sogenannten Ein-Mann-Fraktionen Erleichterungen dringend notwendig sind. Wir sind uns dessen bewußt, daß dazu eine Änderung der Statuten erfolgen müßte. Wir wünschen uns von der Christkindstadt Steyr die Möglichkeit, Ersatzmitglieder in die gemeinderätlichen Ausschüsse zu entsenden, allein Anträge stellen zu dürfen, sowie eine bessere Dotierung der Mini-Fraktion auf Kosten der Stadtrats-, Bürgermeistergehälter und deren Pension. Ich darf darauf hinweisen, daß die Situation in Wels z. B. so ist, daß die Gemeinderäte, die nur ein Mandat stellen, sehr wohl besser dotiert

sind. Das ist sinnvoll, weil die ganze Fraktionsarbeit damit geleistet werden muß. Wir machen z. B. einen Großteil dieser Arbeit rein ehrenamtlich und müssen auch teilweise die laufenden Kosten aus der eigenen Tasche bezahlen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Dort sind aber alle besser dotiert, nicht nur die Ein-Mann-Fraktionen!

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:  
Ja, aber speziell die Ein-Mann-Fraktionen in Form einer Zulage.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Ein-Mann-Fraktionen bekommen das meiste und der Bürgermeister bekommt dann nichts.

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:  
Sosehr wir es begrüßen, daß die Stadt Steyr nunmehr in Teilbereichen die Kapazität von Fachleuten beansprucht, wir denken hier an den Gestaltungsbeirat, an das Generalverkehrskonzept, glauben wir doch, daß es unumgänglich ist für die Stadt Steyr, ein Stadtentwicklungskonzept zu erstellen sowie auch in allen anderen Bereichen das Handeln der Planung hintanzustellen. Das mir von Stadtrat Zagler, wie versprochen, zugesandte Stadtentwicklungskonzept ist antiquiert und nicht brauchbar. Es ist in dem Sinn ...

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sagt das Dein Ghost-Writer?

GEMEINDERAT OSKAR HOLUB:

Ich habe keinen Ghost-Writer.

Obwohl wir uns über die unerwartet positive konjunkturbedingte finanzielle Situation in der Stadt Steyr freuen, finden wir doch, daß im vorgesehenen Budget ein Ungleichgewicht in den Ausgaben für Personalkosten, die mittlerweile bereits fast 45 Prozent betragen, und in den Bereichen Soziales, Kultur, öffentlicher Verkehr, besteht.

Ein Großteil unserer Forderungen wurde nicht erfüllt und daher stimmen wir diesem Budget nicht zu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Oskar Holub. Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Otto Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:  
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Der Haushaltsvoranschlag für das kommende Jahr beinhaltet die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben im kommenden Jahr und widerspiegelt natürlich gleichzeitig die Finanz- und Wirtschaftslage in unserer Stadt. Durch die Ansiedlung internationaler Industriebetriebe mit Investitionen von mehr als 12 Milliarden Schilling in den vergangenen Jahren für hochtechnisierte, modernste Produktionsstätten, kam es auch in unserer Stadt zu einem gewissen wirtschaftlichen Aufschwung. Dazu ist zu bemerken, daß die mit mehr als 500 Millionen Schilling verschuldete Stadt für die Betriebsansiedlungen in den letzten Jahren viele Millionen Schilling aufgewendet hat und weiterhin aufwendet. Allein für das BMW-

Motorenwerk sind im Voranschlag 1991 unter dem Titel Wirtschaftsförderung weitere 6,7 Millionen vorgesehen. Insgesamt werden im kommenden Jahr für die Gewerbe- und Industrieförderung 9,8 Millionen von der Stadtkasse bereitgestellt. Hier sehen wir schon ein Zurückstellen unserer heimischen Betriebe. Es wurden neue, moderne Arbeitsplätze geschaffen, jedoch gingen gleichzeitig durch Rationalisierung und Betriebsabwanderungen in Nachbargemeinden bzw. in andere Bundesländer, z. B. nach Niederösterreich, viele Arbeitsplätze verloren. Das muß auch einmal deutlich hier angesprochen werden.

Der Voranschlag 1991 steht im Zeichen einer recht guten Konjunktur. Alle allgemeinen Konjunkturdaten glänzen wie Gold und die WIFO-Konjunkturprognosen für das nächste Jahr sind weiterhin positiv. Mit einer Ausnahme, nämlich der Arbeitslosenquote, die von derzeit 5,4 auf 5,5 Prozent steigt. Das ist eine Schattenseite dieser Konjunktur. Für die Region Steyr konkret kann man die in den letzten Jahren sprunghaft gestiegenen Arbeitslosenzahlen auf derzeit über 2.700 - Bürgermeister Schwarz hat ja die Mitteilung gemacht, 2.744 - unmittelbar mit der negativen Entwicklung bei Steyr-Daimler-Puch AG erkennen. Manche Großunternehmer, aber auch Politiker, leben oft ganz gut mit dem Gedanken, daß 5 oder 6 Prozent Arbeitslose normal sind, gewissermaßen "Ausschußware" der sogenannten Leistungsgesellschaft.

Das Steyrer Budget kann nicht ohne den Zusammenhang mit der Verteilung der Steuern auf Bundesebene gesehen werden. Die

äußerst ungünstige Arbeitsplatz- und Bevölkerungsentwicklung läßt eine überaus problematische Situation der Gemeindefinanzen im Laufe der nächsten 10 Jahre befürchten. Nichts geändert hat sich beim Finanzausgleich am geringen Anteil der Gemeinden, an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben von etwa 16 Prozent, obwohl die Gemeinden rund 60 Prozent der öffentlichen Investitionen tätigen. Nichts geändert hat sich auch an der gewaltigen Belastung der Gemeinden durch die Landesumlage und den Krankenanstaltensprengelbeitrag, die im Steyrer Budget 1991 mit 37,6 Millionen präliminiert sind. Der Haushaltsvoranschlag für 1991 weist beim ordentlichen Haushalt Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von rund 713,5 Millionen und beim außerordentlichen Haushalt 150 Millionen, demnach insgesamt Einnahmen und Ausgaben von 863 Millionen auf und läßt deutlich den Rückgang der Finanzkraft der Stadt erkennen. Gegenüber dem Jahr 1990 ist dies laut Nachtragsvoranschlag 1990 sogar eine Verringerung um 1,345.000 Schilling von 864,9 auf rund 863,5 Millionen Schilling und der Schuldendienst beträgt per Ende 1990 bereits 534,5 Millionen Schilling. Hier gibt es eine Differenz zwischen Voranschlag und Nachtragsvoranschlag, aber für uns gilt der Nachtragsvoranschlag.

Die Aufnahme weiterer Kredite wird die Verschuldung der Stadt noch steigern. Kräftig erhöht hat sich auch der Schuldendienst, nämlich von 64 auf 69 Millionen. Darauf wurde schon hingewiesen vom Finanzreferenten und auch von Vizebürgermeister Holub. Auffallend dabei ist, daß auch

1991 wieder – so wie in den vergangenen Jahren – der Anteil der Zinsen mit 38 Millionen jene der Tilgung mit 31 Millionen überwiegt. Die derzeitige pro-Kopf-Verschuldung von rund S 13.700,-- wird weiter anwachsen auf rund S 14.000,--. Die gegenwärtige Hochkonjunktur darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der finanzielle Spielraum der Stadt zunehmend enger geworden und eine Entlastung dringend notwendig ist.

Die Ursachen für Finanzschwierigkeiten der Gemeinden und der gesamten öffentlichen Hand sind nach meiner Auffassung die Steuerbegünstigungspolitik zugunsten der großen Unternehmungen und der dadurch bewirkte steigende Ausfall an Gewinn-, Kapital- und Vermögenssteuer. Und dazu kommen die üblichen Begleiterscheinungen dieser Politik, die wachsenden Steuerschulden bzw. die alarmierende Steuerhinterziehung. Der Staat verliert so jährlich mehr als 60 Milliarden Schilling an Steuereinnahmen. Und daß dabei die Gemeinden überdurchschnittlich getroffen werden, hängt mit der gemeindefeindlichen Konstruktion des Finanzausgleichsgesetzes zusammen. Konkret bin ich der Meinung, daß eine Reform des Finanzausgleichsgesetzes zugunsten der Gemeinden dringend notwendig ist.

Aber auch das Land darf nicht laufend durch neue Gesetze und Verordnungen erlassen und der Stadt Auflagen erteilen, die zu immer höheren Gebühren und Tarifen und dadurch zu schweren Belastungen der Bevölkerung führen. Im Gegenteil, das Land müßte gemeinsam mit den Gemeinden auf eine Reform des Fi-

nanzausgleiches drängen, der dem Anspruch der Gemeindeautonomie gerecht wird. Es ist auch für Bürgermeister Schwarz unwürdig, wenn er aus einer Finanznot seiner Stadt beim Land um Bedarfszuweisungen betteln muß. Und der damit verbundene Druck vom Land, festgelegte Mindesttarife einzuheben, ist ein regelrechter Hohn auf die vielzitierte Gemeindeautonomie. Zur Entlastung der Stadt müßte das Land 100 Prozent aller Personalkosten in Kindergärten und Horten übernehmen, ebenso die Grundkosten und den Winterdienst bei den Landesstraßen. Außerdem müßte den Gemeinden zur Realisierung der Maßnahmen aus dem neuen Abfallwirtschaftsgesetz ein entsprechender finanzieller Spielraum gegeben werden. Weiters ist eine Entlastung bei der antiquierten Landesumlage und dem Krankenanstaltenbeitrag zu verlangen. Aber trotz knapper werdender Stadtfinanzen, wie Sie selbst herausgelesen haben, wurden dem Voranschlag zufolge die Funktionsbezüge erhöht. Keiner meiner Vorredner hat sich dazu geäußert. Diese Ausgabenpost ist entweder zu klein oder kein Wort wert. Immerhin steigen die Funktionsbezüge auf über 9 Millionen Schilling an. Dazu kommen noch 8 Politikerpensionen in der Höhe von rund 3 Millionen Schilling, also zusammen eine nicht unerhebliche Summe von über 12 Millionen Schilling. Durch jüngste Ereignisse sind die Politikerbezüge und deren Höhe wieder in den Mittelpunkt der politischen Diskussion gerückt und für die Öffentlichkeit stellt es einen auffallenden Widerspruch dar, daß Politiker das Sparen propagieren, aber bei sich selbst nicht

für eine Kürzung der Funktionsbezüge, auch wenn in anderen vergleichbaren Städten, das möchte ich objektiverweise auch heute sagen, diese Kosten wesentlich höher sind als in der Stadt Steyr.

Ausgehend von meiner grundsätzlichen Einschätzung und Schlußfolgerungen zum Voranschlag 1991 habe ich bereits zeitgerecht zur Erstellung des Budgets für das kommende Jahr konkrete Vorschläge unterbreitet. Aufgrund von Verhandlungen mit Vizebürgermeister Leithenmayr und Stadtrechnungsdirektor Dr. Schmidl wurde eine Reihe von Vorschlägen der KPÖ im Budget berücksichtigt. So z. B. werden für die Fortsetzung der Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten an gemeindeeigenen Althäusern Zuschüsse gewährt ohne Belastung der Mieter.

Der Vorschlag, das gemeindeeigenen Grundstück zwischen der Liegenschaft Haratzmüllerstraße 33 und 37 mit einer Wohnanlage zu verbauen und dort Zwei- oder Dreizimmerwohnungen mit sozialen Mieten zu errichten, wird realisiert. Ich sehe nämlich nach wie vor als Hauptproblem in unserer Stadt die Wohnungsfrage. Wie Sie wissen, bewerben sich mehr als 2.800 Familien um eine Mietwohnung bei der GWG der Stadt Steyr mit einer sozialen und erschwinglichen Miete.

In den letzten 5 Jahren sind die Wohnungssuchenden in unserer Stadt von 1.600, wie schon gesagt, auf mehr als 2.800 angestiegen. Daher ist die Wohnungsnot drückender wie eh und je. Die Hauptursache ist der starke Rückgang des Wohnungsneubaues in unserer Stadt. Vom Land

Oberösterreich wird nicht sehr viel gemacht, aber trotzdem wird für 1991 die Wohnbauförderung gegenüber heuer um nur 3,4 Prozent besser dotiert. Insgesamt fließen aber 4 Milliarden in den Wohnbau in Oberösterreich, jedoch mehr als die Hälfte werden für Zinszuschüsse, Annuitätzuschüsse aufgewendet. Z. B. für die Wohnbeihilfe allein werden 768 Mio. bereitgestellt. Damit die anderen eine Wohnung bekommen oder daß sie eine Wohnungszuweisung annehmen. Somit verbleiben eigentlich nur 1,8 Mio. Schilling bauwirksam. Damit, meine Damen und Herren, sollen rund 15.000 Wohnungen in Oberösterreich saniert bzw. Neubauwohnungen errichtet werden. Und aufgrund des Wohnungsnotstandes in unserer Stadt verlangte ich auch für das kommende Jahr einen verstärkten Wohnbau und einen wesentlich höheren finanziellen Zuschuß von der Stadt Steyr. 1990 wurden für die Wohnbauförderung laut Voranschlag nur 4,5 Millionen Schilling aufgewendet. 1991 werden allein für den Sozialwohnbau über 21 Millionen und mit anderen Wohnbauförderungen werden insgesamt rund 25 Millionen neben der Wohnbauförderung des Landes Oberösterreich zur Verfügung gestellt. Weiters ist die KPÖ-Fraktion der Auffassung, daß der stadteigenen Wohnungsgesellschaft für die Instandhaltungsarbeiten und energiesparenden Maßnahmen, wie Wärmedämmung sowie Lärmschutzfenster ein finanzieller, nicht rückzahlbarer Zuschuß gewährt wird.

Es ist ja allgemein bekannt, daß die Stadtgemeinde selbst keine Wohnungen baut, sondern die GWG der Stadt hat diese Aufgabe

gewährt wird.

Es ist ja allgemein bekannt, daß die Stadtgemeinde selbst keine Wohnungen baut, sondern die GWG der Stadt hat diese Aufgabe bereits seit 1952 voll übernommen. Ein Alarmzeichen für das gesamte Wohnungswesen ist, daß den vielen wohnungssuchenden Familien in unserer Stadt rund 700 leerstehende Wohnungen gegenüberstehen. Es wäre dringend notwendig, diese Sachlage einmal gründlich zu behandeln, weil es die Bevölkerung als Herausforderung empfinden muß, daß trotz der großen Wohnungsnot hunderte Wohnungen nicht vermietet sind und leerstehen. Mit einem Wort, die Wohnung darf nicht Profit- und Spekulationsobjekt für eine kleine Minderheit sein.

Schließlich bin ich der Meinung, daß die Elendsquartiere im sogenannten Laubengang in der Steinfeldstraße beseitigt werden und Ersatzwohnungen in einem Neubau mit sozialen Mieten errichtet werden. Auch dazu gab es seitens Vizebürgermeister Leithenmayr und Dr. Schmidl eine Zustimmung mit dem Versprechen, daß für 1992 ein Ausweichbau geplant wird. Die KPÖ-Fraktion verlangt auch konkrete wirtschaftsfördernde Maßnahmen für die städtischen Verkehrsbetriebe. Dazu gehört auch, daß der städtische Linienverkehr stärker als bisher propagiert und gefördert wird und Maßnahmen zur Einschränkung des Individualverkehrs im Innerstadtbereich gesetzt werden. Dazu ist zu bemerken, daß die am 1. September 1990 erfolgte Erhöhung der Autobustarife dem entgegen gewirkt hat. Aus wirtschaftlichen Gründen ist der Einsatz von kleineren Bussen zu prüfen. Überlegt

soll auch eine flexiblere Linienführung werden, so z. B. soll der Friedhof vom Wohngebiet Münichholz oder vom Tabor ins Krankenhaus direkt, also ohne Umsteigen, angefahren werden.

Überlegt soll auch die Einführung einer Umwelt-Streifenkarte werden, wie dies in Wien existiert und ganz gut ankommt. Das soll man in Zukunft prüfen.

Der vorgesehene Einsatz von Sammeltaxis soll bereits für das Frühjahr 1991 realisiert werden. Noch dazu, wo das Taxigewerbe in Steyr bereit ist, hier mit zu tun. Ich bin auch nach wie vor der Meinung, daß die Straf gelder in Millionenhöhe von den Verkehrssündern auf städtischen Straßen im Individualverkehr zweckgebunden zur Teilabdeckung des städtischen Linienverkehrs Verwendung finden.

Zur Beseitigung der Lärmbelästigung der Bevölkerung Dr. Klar- und Punzerstraße schlage ich die Errichtung von Schallschutzmaßnahmen entlang der Haager Straße vor. Außerdem soll entlang der Haager Straße vom Plenkberg stadtauswärts bis zur Stadtgrenze ein Flüsterasphalt aufgebracht werden. Die bereits erfolgte Aufbringung eines Flüsterasphaltes auf der Voralpenbundesstraße im Bereich Seifentruhe führte zur Minderung des Verkehrslärms in diesem Bereich und wird von der Bevölkerung allgemein begrüßt. Es ist daher notwendig, daß es nicht nur bei diesem Teilstück bleibt, sondern beginnend von der Seifentruhe über Wiesenbergkreuzung bis St. Anna und vom Landeskrankenhaus bis zur Stadtgrenze ein Flüsterasphalt aufgebracht wird. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, daß bauliche

Maßnahmen zur Verkehrslärminderung durch Auftragung von Flüsterasphalt auf der Ennsner Straße, von der Stadtgrenze über Taborknoten, Blümelhuberstraße bis zur Ennstalbrücke ehemöglichst erfolgen. Zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs ist der Bau der Nordspange und die Errichtung einer vierten Ennsbrücke, angrenzend an die städtische Mülldeponie, notwendig. Darüber sind sich alle einig. Mit der Weiterführung der Umfahrungsstraße in Richtung Ramingdorf bis zur Messerstraße, Fortführung durch die zwei errichteten Bahnunterführungen bis zur Gußwerkstraße und in der Folge der Ausbau der Gußwerkstraße bis zur Einbindung Seitenstettner Straße.

Daher soll verstärkt der Gemeinderat bei Bund und Land den Bau der Nordspange und die Errichtung der unbedingt notwendigen vierten Ennsbrücke verlangen. Ich gehe heute aus Zeitgründen nicht konkret ein auf die großen Versprechungen - Tunnelöffnung 1985, Tunnelöffnung 1985, Übleis hat zugesagt, 1986 zu beginnen. Darauf gehe ich nicht ein. Wir müssen uns gemeinsam bemühen, daß diese Maßnahme getroffen wird, damit eine Verleichterung im innerstädtischen Verkehr erreicht wird. Gleichzeitig ist immer wieder die Schaffung einer leistungsfähigen Straßenverbindung von Steyr in den öö. Zentralraum zu urgieren.

Weiters sollen die Verkehrsampeln der Ennsner Straße und des innerstädtischen Verkehrsringes seriengeschaltet werden, um die Umweltbelastung durch Lärm und Abgase sofort zu mildern. Das wurde

auch schon öfter gefordert.

Der Taborknoten soll zu einem Kreisverkehr umgebaut und zwei Unterführungen im Bereich der Ennsner Straße geplant und errichtet werden. Im Interesse der Bewohner vom Tabor bin ich für die Sperre der Resthofstraße für den Pkw-Durchzugsverkehr.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:  
Sehr uneinsichtig.

GEMEINDERAT OTTO TREML:  
Wenn ich einen Zwischenruf bekomme, muß ich etwas weiter ausholen. Es sind schon der Gemeinderat betroffen und die Mitglieder des Verkehrsausschusses, wenn hier Maßnahmen gesetzt werden, den Bewohnern dort Versprechungen gemacht werden, die nicht eingehalten worden sind, ausgeleitet mit dem Rückbau usw., daß man eine Verkehrszählung ansetzt, diese durchführt, weder der Gemeinderat informiert ist, noch der zuständige Verkehrsausschuß, so wie es vereinbart ist, nämlich vom Ergebnis dieser Verkehrszählung. Man kann doch nicht dem Gemeinderat oder dem Verkehrsausschuß das vorenthalten und gleichzeitig in der Zeitung veröffentlichen - es waren wieder die OÖ. Nachrichten, aus der wir das entnehmen mußten. Das geht nicht und das lehne ich ab. Ich glaube, da sind wir uns sicher einig, daß das doch einmal in den zuständigen Gremien behandelt gehört und dann die schlußfolgernden Maßnahmen für die Bevölkerung kommen müssen. Noch dazu, wo so viele davon betroffen sind, z. B. Kollege Enöckl usw. Die tun sich sicher nicht leicht, die Gemeinderäte und

Sektionsobmänner. Auch die dortige Bevölkerung hat gezählt. Mir liegt ganz etwas anderes vor, ich kann Euch etwas vorlesen, aber da kommt Ihr vor 12 hier nicht weg.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Du brauchst uns wirklich nichts vorlesen, weil wir das selber bekommen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das nicht, Ihr habt schon manches bekommen, aber alles nicht.

Das wollte ich nur zu dieser Frage noch dazusagen.

Gleichzeitig, weil Ihr Euch gerade so aufregt über diese Frage, ist es so, der Ankauf eines Grundstückes von den Steyr-Werken zur Errichtung einer Stichstraße zwischen Enns- und Resthofstraße soll nach meiner Ansicht ehemöglichst realisiert werden. Aber, meine Damen und Herren, bis jetzt hat auch niemand in der Diskussion zum Budget irgend etwas gesagt, wie es aussieht. Warum? Weil im Voranschlag 1991 dafür überhaupt keine Mittel vorgesehen sind.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Das wäre ja noch gekommen.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Das kann noch kommen, ist aber nicht vorgesehen. Das steht nicht drinnen, obwohl es versprochen wurde. Aber ich rege mich da ein wenig auf, das zahlt sich überhaupt nicht aus. Ich urgiere nur, daß man hier die Bevölkerung und die Meinung, die dort zum Ausdruck gekommen ist, doch mit einbeziehen soll bei der Lösung dieses Problemes.

Um den Individualverkehr im innerstädtischen Bereich zu lindern, schlage ich weiters vor, die Planung und Errichtung eines Pkw-Großparkplatzes auf dem Jahrmarktgelände Kaserngasse und als Verbindung vom Tabor zum Stadtplatz und Steyrdorf oder umgekehrt die Installierung einer Rolltreppe vom Michaelerplatz zum Tabor. Manche sagen Aufzug, das hat der alte Moser schon verlangt. Es wurde zwar ja gesagt, aber es rentiert sich nicht. Wir sind der Auffassung, ...

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Das stammt schon von Kollegen Radinger.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ja, der Radinger war damals Fraktionssprecher der SPÖ und der Moser war Fraktionssprecher der KPÖ.

Ich habe auch bereits mehrmals in den vergangenen Jahren den Ankauf eines Grundstückes in der Unterhimmler-Au im Bereich der Kruglbrücke zur Schaffung eines Naherholungsgebietes am Steyr-Fluß vorgeschlagen. Außerdem soll zwischen der Schwimmschulstraße und der Unterhimmler-Au der Steinbruchweg als Naturlehrpfad ausgestattet werden. Auch darüber gibt es einen 6jährigen Beschluß, nur hat man vergessen. Zur Sicherung des Schutzweges Annaberg - Sierninger Straße soll ehemöglichst eine Druckknopf-Ampel installiert werden. Der Wunsch der dortigen Bevölkerung, eine Fußgängerunterführung Sierninger Straße - Annaberg zu errichten, bleibt weiterhin aufrecht. Ich glaube auch, um diese Vorschläge und Wünsche der

Bevölkerung erfüllen zu können, bedarf es eines Umdenkens der Mitglieder des Gemeinderates. Denn die dafür erhöhten notwendigen Finanzmittel können nur dadurch gesichert werden, wenn der Gemeinderat der Stadt Steyr in Zukunft sich verstärkt für einen verbesserten Finanzausgleich bemüht und keine Finanzausschüsse und Begünstigungen in Millionenhöhe für Großunternehmer gewährt.

Dem Haushaltsvoranschlag 1991 werde ich die Zustimmung geben, weil eine ganze Reihe von Vorschlägen, die von der KPÖ-Fraktion gemacht wurden, eine Berücksichtigung fanden. Die im Voranschlag enthaltenen Gebühren- und Tarifierhöhungen sowie die Erhöhung der Funktionsbezüge und der Stadtratspensionen lehne ich im Auftrag der KPÖ jedoch ab.

Der Voranschlag weist ja auch positive Merkmale auf. So werden die sozialen Leistungen nicht geschmälert, sondern erweitert. Z. B. werden hohe Zuschüsse für das Altersheim, das haben wir schon gehört, von über 29 Millionen ausgegeben. Für Behindertenhilfe 11,5, für Tagesheimstätten und Kindergärten 20 und für Schülerhorte 9 Millionen. Zuschüsse werden auch für Wohlfahrtsaktionen, wie Seniorenpaß, Hauskrankenpflege, Seniorenbetreuung geleistet. Hervorheben möchte ich auch das beträchtliche Ansteigen der Investitionstätigkeit einerseits der Stadt, der GWG der Stadt Steyr mit 42 Millionen. Die Stadtwerke wurden erwähnt mit 25 Millionen und der Reinhalteverband sogar mit über 83 Millionen. Insgesamt werden im kommenden Jahr aus dem Stadtbudget rund 1 Milliarde in die Wirtschaft fließen.

Von diesen Steigerungen gehen zweifellos nach meiner Meinung kräftige wirtschaftliche Impulse aus. Vorausgesetzt, meine Damen und Herren, daß diesen Beträgen auch Realität zukommt.

Nun, meine Damen und Herren des Gemeinderates, möchte ich eine persönliche Mitteilung machen. Ich bringe Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates zur Kenntnis, daß ich nach mehr als 46jähriger Berufstätigkeit, davon über 19 Jahre ehrenamtlicher Gemeinderat, mit Anfang nächsten Jahres in den Ruhestand treten werde.

Allgemein ist ja bekannt, daß ich seit meinem 15. Lebensjahr ununterbrochen als kommunistischer Funktionär vorwiegend in unserer Stadt den sozialen Fortschritt und für die Erhaltung des Friedens wirke. Dieser Zeitabschnitt meines Lebens umfaßt 45 Jahre österreichische Geschichte, seit der Befreiung und dem Wiedererstehen der Republik, darüber hinaus aber 45 Jahre Weltgeschichte in einer Periode voll Dramatik. An ihrem Beginn stand das Ende des zweiten Weltkrieges und die Befreiung Österreichs und damit auch unserer Stadt. Mit ihr verbindet sich auch die Erinnerung an die Sowjetunion und die Rote Armee sowie an die USA und ihre Truppen, besonders ihre Rolle in diesen historischen Tagen. Es erfolgte, wie Sie wissen, die Teilung der Welt in Ost und West und der kalte Krieg war noch nicht zu Ende, der Frieden noch nicht wirklich errungen. Die atomare Aufrüstung stand als furchtbare Drohung vor den Menschen und nur zögernd verliefen die Verhandlungen über Rüstungsstopp und Abrüstung. Mein persönliches Wirken galt

immer der Völkerverständigung und der Völkerfreundschaft. Und nur langsame Entspannungsschritte füllten die langen Jahre bis zur entscheidenden Wende durch Gorbatschow mit seiner Friedensinitiative mit dem Haus Europas. So hat sich in den letzten Jahren das politische Klima grundlegend gewandelt und das unmöglich Scheinende wurde, wie Sie selbst wissen, möglich. Bis schließlich der Höhepunkt eintrat und ein neues Kapitel der Weltgeschichte aufgeschlagen wurde: Die Aufhebung der geteilten Welt und eine totale Neuordnung, bei der Kooperation anstelle Konfrontation steht. Diese historische Zeitwende fordert im erhöhten Maße auch jeden Kommunalpolitiker. Denn der Weg zu Demokratisierung und zum Frieden braucht Arbeit und Solidarität. Und es gibt nach meiner Meinung nach viele Probleme, die noch gelöst werden müssen, bis das "Haus Europa" für uns und unsere Kinder gebaut ist. In meinem nun 60jährigen Leben kannte ich 9 Bürgermeister der Stadt Steyr, davon war ich mit 4 Bürgermeistern persönlich verbunden. Und zwar mit Hans Kahlig, Josef Fellingner, Franz Weiss und Heinrich Schwarz, unter denen ich als Kommunalpolitiker aktiv für die Interessen der Bevölkerung der Stadt Steyr tätig war. In all meinen Handlungen war für mich der Mensch und das Menschliche der Maßstab aller Dinge.

Schlußendlich teile ich Ihnen mit, daß ich mit 31. Dezember 1990 aus persönlichen Gründen auf das Gemeinderatsmandat der Stadt Steyr verzichte. Gemäß der Statutargemeinden-Wahlordnung ersuche ich Herrn Bürgermeister Schwarz, meinen Ersatzmann und jüngeren,

langjährigen Freund, Siegfried Vratny, auf das freigewordene Gemeinderatsmandat der KPÖ-Gemeinderatsfraktion zu berufen und seine Angelobung in der nächsten Sitzung des Gemeinderates vorzunehmen. Ich stehe heute zum letzten Mal vor Ihnen und habe das echte Bedürfnis, Ihnen allen Dankesworte zu sagen. Mein besonderer Dank gilt in diesem Zusammenhang allen voran den Steyrerinnen und Steyrern, die mir durch all die vielen Jahre ihr Vertrauen schenkten und es ermöglichten, im Gemeinderat der Stadt Steyr tätig zu sein. Und wenn ich auf die letzten zwei Jahrzehnte Kommunalarbeit zurückblicke, dann möchte ich feststellen, daß in dieser Zeit neben vielen finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten auch viel Positives in unserer Stadt geschehen ist.

Ein Dankeschön auch Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Schwarz, lieber Heini, und den Vizebürgermeistern Hermann Leithenmayr und Karl Holub für die aufrechte, gute Zusammenarbeit. Nicht minder herzlicher Dank ergeht an alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, insbesondere an die Fraktionsvorsitzenden Oskar Holub und Roman Eichhübl für die immer bewiesene sachliche Zusammenarbeit im Interesse unserer geliebten Heimatstadt. Ein ebenso herzliches Dankeschön auch Ihnen, sehr verehrter Herr Magistratsdirektor Dr. Franz Knapp und allen Beamtinnen und Beamten sowie Bediensteten dieses Hauses für die loyale und freundschaftliche Zusammenarbeit. Auch den Vertretern der örtlichen Presse und dem Chefredakteur des Amtsblattes, Walter Kerbl, möchte ich danken für ihre große Geduld,

die sie beim Zuhören der oft langen Reden aufbrachten und für ihre ausgewogene Berichterstattung. Ich weiß, daß nach meinem Ausscheiden von Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, gemeinsam mit einem Nachfolger, Siegfried Vratny, die Arbeit für unsere geliebte Stadt Steyr fortgeführt wird. Daß Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister Schwarz, lieber Heini, und dem gesamten Gemeinderat es gelingt, unsere Stadt noch schöner, umweltfreundlicher und daher lebenswerter zu machen. Das wünsche ich von ganzem Herzen. Gleichzeitig möchte ich Ihnen allen, Ihren Familien frohe Festtage und ein glückliches, vor allem friedliches Jahr 1991, wünschen.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich glaube, ich darf im Namen aller sprechen, wenn ich Kollegen Tremel nicht nur anlässlich seiner letzten Stellungnahme zum Budget danke sagen, sondern ich möchte ihm auch danken namens aller Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr für seine Tätigkeit. Wir kennen uns jahrzehntelang, er war viele Jahre Funktionär und hat seine Meinung immer aufrecht und ehrlich vertreten. Wir sind oftmals aneinander geraten, sind aber trotzdem Freunde gewesen und geblieben. Ich möchte Dir, Otto, herzlich danken. Ich möchte beim Arbeitessen nichts mehr sagen, keine großen Ansprachen mehr halten und mache das deshalb jetzt hier. Ich darf Dir herzlich danken für Deine Leistung, die Du im Dienste der Bevölkerung unserer Stadt erbracht hast und darf Dir

ein kleines Erinnerungsgeschenk mitgeben und Dir alles Gute wünschen.

(Bürgermeister Schwarz übergibt an Gemeinderat Otto Tremel ein Geschenk).

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie hat einmal einer meiner Vorredner sehr treffend gesagt, das Fleisch ist abgenagt, mir bleibt nur mehr der Knochen. Das trifft heute auch auf mich zu.

Das Papier, in das dieser Knochen eingewickelt ist, hoffe ich, wird doch noch einiges zur Diskussion anlässlich der Vorlage des Budgets beitragen. Obwohl, das kann ich ihnen versprechen, ich nicht verlangen werde, daß irgendwelche Gebäude in Steyr gesprengt werden.

Der heute zur Beschlußfassung vorliegende Haushaltsvoranschlag 1991 wurde ja nicht nur von meinen Vorrednern, sondern auch teilweise bereits in der Presse kommentiert. Erlauben Sie mir daher, auch einige Anmerkungen bzw. eine grundsätzliche Stellungnahme aus der Sicht der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zum Budget 1991 abzugeben.

Bevor ich aber auf die Zahlen eingeehe, möchte ich darauf hinweisen, daß wir auch heuer der Einladung des neuen Finanzreferenten Vizebürgermeister Leithenmayr nachgekommen sind, Wünsche und

Anregungen für das neu zu erstellende Budget 1991 bekanntzugeben.

Nachdem der Schuldenstand der Stadt Steyr nach wie vor sehr hoch ist, haben wir auch heuer wieder Einsparungsvorschläge gemacht, weil ja bekanntlich nur neue Forderungen und Projekte den Stadthaushalt noch mehr als bisher belasten würden. Bewußt haben wir aber auch heuer wieder jene Vorschläge und Wünsche, die bisher noch nicht erledigt wurden, wiederholt. Zuerst in geraffter Form zu den Einsparungsvorschlägen. Wir haben in der Budgetvorlage verlangt:

Die Senkung der Repräsentationskosten um 50 Prozent; die Streichung der Stadtratspensionen für jene, die bereits eine Pension aus dem Berufsleben beziehen; eine Verwaltungsreform, die zielorientiert Einsparungen bringt; die Teilprivatisierung der Stadtwerkebetriebe - städtische Unternehmungen sollen in Aktiengesellschaften umgewandelt werden und Aktien zum Verkauf angeboten werden. Da gibt es ja einige Beispiele im Land und Bund, auf die ich jetzt nicht näher eingehen möchte, weil ich bereits mehrmals darauf hingewiesen habe; die Abkoppelung der Mandatarsbezüge von der Valaorisierung mit Beamtengehälter sowie die Einfrierung dieser Politikerbezüge für den Zeitraum bis zur nächsten Gemeinderatswahl im Jahre 1991 sowie zum wiederholten Male eine Einsparung im Bereich des Amtsblattes.

Nun noch einige Wiederholungen von Forderungen unserer Fraktion aus den Vorjahren in punktueller Hinsicht.

Mittelfreigabe für eine Univer-

sitätsstudie in Richtung mittel- und langfristiges Wirtschafts- und Investitionskonzept, um einer weiteren negativen Entwicklung unserer Stadt, wie ja die Studie des österreichischen Institutes für Raumplanung hinweist, entgegenzutreten; Förderung von Betriebsansiedlungen; Verbesserung bzw. Lockerung der Vergaberichtlinien; Steuererleichterungen für Steyrer Gewerbe- und Handelstreibende, die neue Betriebe errichten oder beabsichtigen, ihre Betriebe auszubauen, betreffend die Gemeindesteuer.

Einen weiteren Ausbau des Radwegenetzes haben wir auch auf unser Förderungsprogramm gesetzt sowie die Übernahme der Haus- und Gehsteigreinigung und auch der Schneeräumung für ältere und kränkliche Mitbürger durch den Wirtschaftshof in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt. Das sind ja Forderungen aus den Vorjahren, daher wird Ihnen das schon bekannt sein. Man könnte dazu Arbeitslose einsetzen, wie das in Graz funktioniert. Die Schaffung neuer und Sanierung vorhandener Kinderspielplätze in Stadtteilen mit dichter Besiedelung.

Auch einige weitere Forderungen, die wir neben den aktuellen Anliegen im Verlauf dieses Jahres im Gemeinderat oder in den Ausschüssen vorgebracht haben, möchte ich Ihnen heute nicht vorhalten, nämlich:

Umsetzung des General-Verkehrskonzeptes unter Einbeziehung einer tatsächlichen Verkehrsberuhigung, und zwar die Zufahrt zu den Parkplätzen am Ennskai - ich meine damit den Stadtplatz sowie die Errichtung von neuen Parkplätzen in Zentrumsnähe. Bezugnahme auf die Realisierung der

Nordspange - die heute von meinen Vorrednern bereits mehrmals angeregt wurde - mit Ermittlung der anteiligen Kosten für die Stadt. Ausbau und Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, wie Einführung von City-Bussen, Kurzstrecken- sowie günstige Familientarife. Schaffung eines Verkehrsverbundes für unsere Region.

Durchführung einer Volksbefragung über den geplanten Umbau des Stadtbades nach Vorliegen der genauen Kosten. Auch das habe ich bereits bei meinen Ausführungen zur Vorlage der Jahresbilanz der Stadtwerke schon gesagt.

Natürlich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, treten wir nach wie vor dafür ein, daß der Stadtplatz durch eine totale Verkehrsfreiheit - ausgenommen Citybusse und Zustelldienste - zum Mittelpunkt für Einkauf und Kommunikation für verschiedene Veranstaltungen und musikalische Darbietungen sowie für einen repräsentativen, dem Namen Christkindlstadt entsprechenden Christkindlmarkt Steyr werden soll. Die derzeitige Verkehrssituation am Stadtplatz schreit geradezu nach einer Lösung, denn unser von allen Besuchern bewundertes Stadtplatz mit seinen historischen Häusern, erstickt unter einer Blechlawine. Verursacht dadurch, weil man gezwungenermaßen den Stadtplatz als Durchfahrt zu den Parkplätzen am Ennskai benützen muß. Dazu kommt noch, daß aufgrund des eklatanten Parkplatzmangels viele Fahrzeuglenker im Kreis fahren oder am Stadtplatz falsch parken und Strafe bezahlen müssen. Dies führt wiederum zu ständigen Reibereien mit der Polizei, die auch nicht glücklich über diesen Zu-

stand ist, weil die Beamten sehr oft keine positive Auskunft geben können, wenn sie von Besuchern gefragt werden, wo sie ihr Auto in Stadtplatznähe abstellen können. Daher ist es unumgänglich notwendig, Parkplätze in Stadtplatznähe zu schaffen und eine Regelung zu finden, daß der Stadtplatz nicht mehr als Zufahrt zu den Parkplätzen am Ennskai benützt werden muß. Wir haben ja bereits mehrmals auf eine Möglichkeit zur Lösung dieses Problems durch die Errichtung einer Abfahrt von der Schönauerbrücke und Schaffung von weiteren Parkplätzen am Ennskai hingewiesen und eine Bürgerbefragung verlangt. Wir selbst haben zu diesem Thema mehrmals im kleineren Kreis eine Befragung durchgeführt und durchwegs zustimmende Reaktionen vermerkt. Ruhig geworden ist es um den Plan, gemeinsam mit der ÖBB in Bahnhofsnähe Abstellplätze als Ersatz für die Parkplätze am Ennskai zu errichten. Abgesehen davon, daß dann ein Übergang über die Enns gebaut werden müßte und dadurch weitere Kosten entstehen würden, besteht einfach die Gefahr, daß diese Variante wegen der zu großen Entfernung zum Stadtplatz nicht angenommen wird, und dann zum Nachteil der Geschäftswelt weniger Menschen auf den Stadtplatz kommen.

Auch ein Parkhaus neben dem Schiffmeisterhaus ist ja seit einiger Zeit wieder im Gespräch. Tatsache ist jedenfalls, daß die derzeitige unbefriedigende Situation am Stadtplatz dringend einer Lösung bedarf, denn inzwischen wurde ein weiteres Geschäftshaus am Stadtplatz eröffnet. Aber es fehlt auch an kleineren, jedoch lebenswichti-

gen Dingen, wie einem Gehsteig beim Eislaufplatz am Rennbahnweg. Die Errichtung der Nordspange als verkehrsentlastende Maßnahme für die Bewohner des Stadtteiles Tabor sowie die Umgestaltung des Ennser Knotens, erachten wir ebenfalls als besonders vordringlich und notwendig. Dazu gehört auch die Realisierung einer sogenannten Stichstraße von der Ennser Straße zum Gewerbe- und Industriegebiet. Dies müßte aber rasch geschehen, um eine Zu- und Abfahrt in diesen Bereich zu gewährleisten, ohne daß Wohn- und Gesundheitsinteressen von Bewohnern dieses Stadtteiles beeinträchtigt werden. Die derzeitige Kompromißlösung nach Aufhebung der Sperre in der Resthofstraße ist, wie befürchtet, weder ein Kompromiß, noch eine Lösung und mehr als unbefriedigend. Sie läßt nach vorhandenen Verkehrszählungen nur einen Schluß zu, nämlich die seinerzeit einstimmig beschlossene Sperre in der Resthofstraße wieder zu verordnen, um die unerträgliche Belastung durch Lärm und Abgase von den dort lebenden Menschen fern zu halten.

Meine Damen und Herren, aber auch dem öffentlichen Verkehr - ich bin bereits heute darauf eingegangen - ist besonderes Augenmerk zu widmen. Da gäbe es auch eine Reihe von Möglichkeiten, die ich heute hier noch nicht gehört habe, nämlich die Förderung des öffentlichen Verkehrs durch die Errichtung von eigenen Busspuren oder aber beispielsweise funkgesteuerte Verkehrsampeln, die von Autobuslenkern betätigt werden können. Ein Beispiel dafür, in der Schweiz funktioniert das sehr gut.

Das waren nur einige wichtige, zu lösende Verkehrsprobleme, von denen es eine Reihe in unserer Stadt gibt, wie ja die große Beteiligung der Bevölkerung am Stickler-Generalkonzept beweist. Dieses noch nicht fertiggestellte Verkehrskonzept wird ja im nächsten Jahr große Anforderungen an die verantwortlichen Politiker unserer Stadt stellen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die immer stärker werdende Wohnungsnot in Steyr veranlaßt nun die Gemeinde, im kommenden Jahr 20 Millionen Schilling für einen Sozialwohnbau zur Verfügung zu stellen. Nach wie vor halte ich es für richtig, auch heute wieder zu verlangen, daß den Mietern von GWG-Wohnungen die Möglichkeit eingeräumt werden soll, die Wohnung zu einem akzeptablen Preis in das Eigentum zu übernehmen.

Bisherige Mietzinsleistungen sowie die Abnutzung der Wohnung nach Jahresstaffelung, sollten bei der Preisgestaltung berücksichtigt werden. Dadurch würde den neuen Besitzern mehr Anreiz zu Investitionen in ihren Wohnungen geboten werden. Ich sage das heute wieder, das ist eine langjährige Forderung auch der ÖVP und mir geht es wirklich nur darum, daß diese Anliegen durchgesetzt werden und nicht wer als erster die Idee gehabt hat.

Vor allem aber würde durch diesen Mietkauf dem Wohnbauträger zusätzliches Kapital für die Errichtung neuer Wohnungen zufließen.

Das Müllproblem, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wird auch in unserer Stadt immer größer. Daher ist auf die Müllvermeidung in erster Linie

besonders Bedacht zu nehmen. Dazu ist es notwendig, auf Bundesebene durch entsprechende Gesetze Einfluß auf die Verpackungsindustrie auszuüben. In unserem Bereich sollten in den stark verbauten Wohngebieten mehr Möglichkeiten zur Mülltrennung, auch zur getrennten Entsorgung von chemischen Produkten sowie Aludosen, geschaffen werden.

Die Entfernung der Sperrmüllcontainer, die vor kurzem in unserem Stadtgebiet erfolgt ist, nämlich aus Kostengründen, ist bei der Bevölkerung, wie ich befürchtet habe, nicht gut angekommen und birgt die Gefahr in sich, daß nun wieder mehr Unrat in der Gegend herumliegen wird und dessen Entfernung auch einiges kosten wird. Vielen ist ja die neue Situation der Abholung und die Sammelstelle im Wirtschaftshof noch nicht so bekannt, bzw. zu umständlich.

Mit großem Bedauern, meine Damen und Herren des Gemeinderates, muß ich auch heuer und das zum wiederholten Mal feststellen, daß es wieder einmal nicht gelungen ist, einen Advent- oder Christkindlmarkt in unserem, sich Christkindlstadt nennendem Steyr, abzuhalten. Dabei wäre ja nicht nur der Stadtplatz, wenn man vom Verkehrschaos absieht, geeignet, sondern es würde sich auch der Schloßpark für die Abhaltung eines Advent- oder Christkindlmarktes, um das Stadtbild und vor allem auch die Wirtschaft zu beleben, anbieten. Andere Gemeinden wären froh, solche Gelegenheiten nützen zu können. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß eines Tages der Gewerkschaftsbund nicht zu einem Familienausflug nach Nürnberg zum Besuch des Christ-

kindlmarktes, sondern zum Besuch des Steyrer Christkindlmarktes einlädt.

Ein Thema möchte ich, bevor ich kurz auf einige Zahlen der Budgetvorlage eingehe, noch ansprechen. Nicht nur, weil es auch mit dem Budget zu tun hat, sondern es hängt auch damit zusammen, weil ich in der letzten Fraktionsobmännerbesprechung von Vizebürgermeister Leithenmayr sehr massiv wegen einer Stellungnahme in unserem freiheitlichen Gemeinderat in diesem Zusammenhang attackiert wurde. Auch wurde ich aufgefordert, bei einer der nächsten Gemeinderatsitzungen dazu Stellung zu beziehen – und das mache ich jetzt. Es geht um das Thema "Volkshilfe Steyr", das ja in der Öffentlichkeit viel Staub aufgewirbelt hat. Als im Oktober dieses Jahres von mehreren Zeitungen sehr massive Vorwürfe der Parteifinanzierung aus Spendengeldern der Volkshilfe laut wurden, habe ich in einer ersten Stellungnahme unter anderem folgendes erklärt:

"Sollten sich die erhobenen Vorwürfe als begründet herausstellen, müßte das für die SPÖ-Politiker Reichl und Schwarz Anlaß sein, sofort zurückzutreten". Mir ist es dabei nicht darum gegangen, Herrn Bürgermeister Schwarz, den ich im übrigen als Bürgermeister sehr schätze, sonst hätte ich ihn ja nicht zweimal gewählt, persönliches Fehlverhalten vorzuwerfen. Aber es gibt eben nun einmal die politische Verantwortung. Trotzdem besteht auch heute für mich kein Anlaß, Bürgermeister Schwarz zum Rücktritt aufzufordern.

Applaus

Auf eines möchte ich aber schon hinweisen, daß es der Rechnungshof war, der auf verschiedene aufklärungsbedürftige Umstände bei den Praktiken der Volkshilfe hingewiesen hat. Und so war es auch Prof. Weidenholzer, also der Chef der öö. Volkshilfe, der durch die Rechnungshofkritik an den Steyrer Praktiken sich in seiner Reformlinie bestätigt fühlte. Und es war das Profil vom 22. Oktober das berichtete, daß mehr als eine Million an Spenden und Subventionen von der Volkshilfe Steyr direkt zur SPÖ geflossen sind. Auch das Tagblatt schrieb am 22. Oktober: "weitere wurde festgestellt, daß in Steyr entgegen den Richtlinien der Volkshilfe vom Gesamtergebnis der Haussammlungen 40 Prozent von den sammelnden Organisationen einbehalten wurden. Und was schreibt die Presse am 23. Oktober? "Von den Subventionen von S 614.000,--, die Stadt und Land gewähren, gab die Volkshilfe von 1983 bis 1990 S 270.000,-- an die SPÖ weiter." Und das Tagblatt berichtet am 24. Oktober unter der Überschrift Volkshilfe als SB-Laden über S 270.000,--, die direkt an die Partei geflossen sind sowie die dort verbliebenen Spendengelder dazugerechnet, fast 1,5 Millionen Schilling von der Volkshilfe an Partei und Nebenorganisationen verteilt wurden. Ich könnte fortsetzen, lege aber keinen Wert darauf, weil es mir vorerst nur darum geht, die Dinge ins rechte Licht zu rücken und festzuhalten, Herr Vizebürgermeister Leithenmayr, daß es nicht so ist, daß in der FPÖ-Gemeinderatsfraktion ein Spitzbube sitzt, der anderen am Zeug flicken will, sondern daß der inzwischen zurückgetretene Lan-

desrat Reichl selbst von einer schiefen Optik in Angelegenheit Volkshilfe gesprochen hat. Tatsache ist jedenfalls, daß man von verschiedensten Seiten auf ein reformbedürftiges System in der Volkshilfe hingewiesen hat und die Angelegenheit des Rechnungshof betreffend noch nicht abgeschlossen ist. Inzwischen wird sich die SPÖ wohl Gedanken zur Reformierung des Volkshilfe-Systems im Interesse des Ansehens in der Öffentlichkeit machen müssen.

Nun noch einige Anmerkungen zu den Zahlen des vorliegenden Budgets für 1991. Die Budgetsituation scheint nur den Zahlen nach optisch verbessert. Schon der Nachtragsvoranschlag 1990 weist gegenüber dem Voranschlag 1990 eine Erhöhung bei den Einnahmen und eine Erhöhung bei den Ausgaben um 31 Millionen bzw. 38,7 Millionen auf. Das ist eine Steigerung um fast 6 Prozent.

Auch die Budgetvorlage für 1991 sieht gegenüber 1990 eine Ausweitung der Einnahmen und Ausgaben um 51,9 Prozent vor. Die Budgetsteigerung beträgt 7,84 Prozent gegenüber dem Vorjahresbudget. Eine engere Betrachtung des Budgets mit Vergleichen bringt nach freier Auffassung verschiedene Mängel zutage. Gespart wird weiterhin nicht, und zwar beim Gemeinderat, der 1991 bereits über 13 Millionen kosten wird, das sind um 7,76 Prozent mehr als für das Jahr 1990 präliminiert wurde. Allein die Pensionen für ehemalige Stadtsenatsmitglieder sollen 1991 3 Millionen verschlingen, also um 16,3 Prozent mehr als für das Jahr 1990 vorgesehen waren. Bereits der Nachtragsvoranschlag für das Jahr 1990 weist eine Ausweitung um S 400.000,-- nach. Statt S

2,551.000,-- wurden für diese Ruhegehälter S 2,951.000,-- ausgegeben.

Wir Freiheitlichen sprechen uns nach wie vor für die Abschaffung derartiger Stadtsenatspensionen aus, wobei wir jedoch aufgrund des hauptamtlichen Status die Bürgermeisterpensionen ausnehmen. Ich frage daher, wo bleibt der Steyrer Beitrag zum Privilegienabbau? Es gibt ihn nicht. Das Versorgungsdenken für ehrenamtlich wirkende SPÖ- und ÖVP-Politiker ist leider nach wie vor dominant.

Auch bei der Pressestelle wird nicht gespart. Kostete sie 1989 noch 3,069.000,--, so ist sie 1990 mit 3,245.000,-- und 1991 mit S 3,549.000,-- veranschlagt. Vierfarbendrucke und viele Bilder unserer Stadtverantwortlichen und die beginnende Leithenmayr-Wahlwerbung kosten eben viele Steuerschillinge. Wir appellieren Jahr für Jahr, aber jeder Sparappell bleibt ungehört.

Nicht gespart wird bei den Repräsentationsausgaben. Diese Ausgaben vermehren sich auf wunderbare Weise. Man veranschlagte im Vorjahr S 666.000,-- und weitete laut Nachtragsvoranschlag 1990 diesen Betrag rigoros einmal um S 10.000,- und dann wieder um S 50.000,- aus. Fast S 800.000,-- wurden 1989 für Repräsentationen ausgegeben. 1991 sollen es S 714.000,-- sein, aber wahrscheinlich wird - wie alljährlich - wieder überzogen. In einer Legislaturperiode wird gut und gerne um S 4,500.000,-- repräsentiert. Jede Spargesinnung fehlt, auch das scheint egal zu sein, der Wähler wird es ohnehin nicht durchschauen.

Dazu kommen freie Verfügungsmittel von jährlich S 375.000,--, für die Rathausmannschafts-Gemeinschaftspflege wird eine halbe Million, für Ehrungen und Auszeichnungen werden S 340.000,--, für sonstige Subventionen werden S 310.000,--, für Beiträge an Vereine und sonstige Organisationen S 140.000,-- und so weiter ausgegeben. Es ist nicht die geringste Spargesinnung zu erkennen.

Der Schuldendienst für Zinsen und Tilgung von fast 70 Millionen für die Schuldenlast von einer halben Milliarde scheint die Verantwortlichen nicht zu stören. Die Ausgabenpolitik für die vorhin erwähnten Titel geht munter weiter. Mit Darlehen und Rücklagenauflösung muß dagegen der außerordentliche Haushalt finanziert werden. Millionen könnte man einsparen, wenn gespart würde.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, obwohl geplant ist, im Laufe des kommenden Jahres den Schuldenstand unserer Stadt um zehn Millionen Schilling herunterzudrücken, verbleiben an Schulden 554,4 Millionen, bei einem Gesamtbudget von rund 863 Millionen Schilling. Sollte jedes Jahr 70 Millionen an Krediten aufgenommen werden, dann hat Steyr bis 1997 bereits 1 Milliarde Schulden und es ist nicht zu erwarten, daß jedes Jahr Rücklagen von 54 Millionen zur Verfügung stehen. Dieses Budget kann von uns Freiheitlichen nicht mitgetragen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL  
HOLUB:

Das ist nicht Deine Stärke!

GEMEINDERAT ROMAN  
EICHHÜBL:  
Herr Kollege Holub, vielleicht  
können wir uns nachher darüber  
unterhalten.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL  
HOLUB:  
Aber sehr gerne!

GEMEINDERAT ROMAN  
EICHHÜBL:  
Vielleicht habe ich eine falsche  
Zahl genannt, das könnte sein, daß  
das ein Mißverständnis war und ich  
danke, daß ich darauf hingewiesen  
wurde.  
Nachdem Kollege Tremel sehr gut  
aufpaßt, wird es so sein.  
Bis 1997?

VIZEBÜRGERMEISTER KARL  
HOLUB:  
Das sind 7 Jahre.

GEMEINDERAT ROMAN  
EICHHÜBL:  
Ja, das sind 7 Jahre, dann dürfte  
die Rechnung doch stimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL  
HOLUB:  
Nein, die stimmt nicht, weil das ist  
die Brutto-Neuverschuldung. Du  
mußt die Neuverschuldung nehmen,  
insoferne stimmt das nicht.

GEMEINDERAT ROMAN  
EICHHÜBL:  
Es sind aber trotzdem viel zu viele  
Schulden, darüber sind wir uns  
einig.  
Meine Damen und Herren, es gäbe  
noch viel zu sagen, aber das Wesentliche  
wurde zum Ausdruck gebracht und unsere  
Einwände zum vorliegenden Budget 1991  
deponiert. Wir haben auch heuer

bewiesen, daß es uns nicht darum  
geht, nur zu kritisieren, deshalb  
waren wir bereit, Beschlüsse mit-  
zutragen und wir haben auch im  
abgelaufenen Jahr immer wieder  
konstruktive Vorschläge zu  
verschiedenen Themen und  
Problemen eingebracht.

Wir stehen auch einigen oder mehreren  
Teilbereichen dieses Vorschlages  
durchaus positiv gegenüber, aber es  
ist ja nicht möglich, über einzelne  
Budgetkapitel getrennt abzustimmen.

Wegen der ständigen Ablehnung  
unserer Anregungen, Forderungen  
und Einsparungsvorschläge werde  
ich auch diesmal dem Vorschlags-  
Gesamtwerk namens der freiheitlichen  
Gemeinderatsfraktion keine Zustimmung  
geben.

So wie in den vergangenen Jahren  
darf ich am Ende meiner Ausführungen  
zum Budget allen Bürgerinnen und  
Bürgern unserer Stadt, den Herren  
Bürgermeistern, allen Beamten und  
Bediensteten dieses Hauses sowie  
Ihnen, meine Damen und Herren des  
Gemeinderates, ein fröhliches  
Weihnachtsfest, vor allem aber Glück  
und Gesundheit für das neue Jahr  
wünschen.

Meine Damen und Herren des  
Gemeinderates, ich war heute von der  
Erklärung des Kollegen Tremel  
überrascht, daß er praktisch heute  
hier seine letzte Rede gehalten hat,  
in Kürze in Pension gehen wird.  
Ich möchte daher die Gelegenheit  
wahrnehmen, lieber Kollege Tremel,  
Dir nicht nur im Namen der freiheitlichen  
GR-Fraktion, sondern vor allen Dingen  
persönlich für die gute Zusammenarbeit  
danken und Dir alles Gute und viel  
Gesundheit auf Deinem weiteren  
Lebensweg in Deinem wohlverdienten  
Ruhestand wünschen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Eichhübl für die Abgabe der Fraktionserklärung. Ich darf den Vorsitz Kollegen Holub übergeben, da ich mich an der Debatte beteiligen möchte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL  
HOLUB:

Ich möchte, bevor Du Deinen Beitrag bringst, auch im Namen der ÖVP-Fraktion – ich habe vorher um Erlaubnis gebeten, das tun zu dürfen – an Kollegen Tremel nicht Abschiedsworte richten, wir sehen uns ja, so hoffe ich, noch sehr lange, sondern Anerkennungsworte. Otto, wir haben Dich immer geschätzt als einen hervorragenden Kommunalpolitiker, der über ein ausgezeichnetes Fachwissen verfügt hat und auch weiter verfügen wird, der sehr geradlinig für die Interessen seiner Gesinnungsgemeinschaft eingetreten ist. Der sich sehr geradlinig geäußert hat, auch wenn seine Aussagen mitunter zur Konfrontation geführt haben, aber dennoch stets doch wieder die menschliche Nähe gesucht hat. Wir danken Dir für diese persönliche Wesenseinheit und gratulieren Deiner Partei zu so hervorragenden Männern und wünschen Dir alles Gute.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es steht mir nicht an, zu allen einzelnen Fraktionserklärungen Stellung zu nehmen. Es ist Aufgabe des Finanzreferenten, im Schlußwort diese Dinge aufzuarbeiten. Ich möchte aber doch auch als Funktionär der Stadt zu diesem Budget einige Worte

sagen.

Es ist erstmals, daß im ordentlichen Haushalt die 700 Mill. Schilling-Grenze überschritten wurde und dies trotz vorsichtiger Budgetierung, wie Kollege Leithenmayr hier angeführt hat. Ich möchte sagen, daß dieses Budget 1991 mit vorsichtigem Optimismus erstellt wurde und die Beträge beträchtliche sind. Ich möchte aber noch auf eines hinweisen, das wurde heute schon einmal gesagt. Es ist das letzte Budget vor den Gemeinderatswahlen und ich möchte mich auch als Bürgermeister bei allen Fraktionen hier bedanken für die sachlichen Stellungnahmen heute zu diesem Budget. Es wurde auch nicht in Blickrichtung Wahlen 1991 erstellt, sondern es wurde erstellt aufgrund der Notwendigkeit, viele Zwangspunkte gibt es, aber wir haben auch die Entwicklung der Stadt im Auge zu haben. Der Schwerpunkt im Sozialbereich mit 166 Mill. Schilling spricht, glaube ich, eine sehr deutliche Sprache. Die Altersstruktur verändert sich natürlich bei uns auch immer stärker zugunsten der älteren Generation, aber wir haben auch die Entwicklung der Stadt hier im Auge zu haben. Der Schwerpunkt im Sozialbereich mit 166 Mio. Schilling, glaube ich, spricht eine sehr deutliche Sprache. Die Altersstruktur verändert sich immer stärker zugunsten der älteren Generationen und es wird künftighin unsere besondere Aufgabe sein, diese Bereiche ganz besonders zu beobachten und auch die notwendigen Voraussetzungen bei uns, im Gemeindebereich, zu treffen, damit diese Bevölkerungsschichten, die es wahrlich verdient haben, auch künftighin entsprechend versorgt

sind. Aber nicht nur versorgt, sondern daß sie sich auch wohlfühlen. Das gehört auch zum Leben. Auch für den Umweltschutz ist ein nicht unwesentlicher Betrag enthalten.

Meine Damen und Herren, für den Wohnbau ebenfalls und ich glaube, daß wir für die Entwicklung der Stadt – hier hat mir Kollege Holub ein Stichwort gegeben, er hat von der kommunalpolitischen Kultur gesprochen. Ich verstehe das genau so, wie er das gesagt hat. Das ist das Zusammenleben der Menschen nicht nur im kulturellen Bereich sondern überhaupt. So sehe ich das, daß wir hier einen besonderen Schwerpunkt haben sollen und mehr Beachtung schenken sollen den inneren Bereichen. Ich möchte darauf hinweisen, daß seitens der Stadt wir auf diesem Gebiet einiges erbracht haben. Ich denke an den Ausbau des Schloßmuseums, das wirklich für den inneren Bereich eine wertvolle Bereicherung darstellt, die natürlich im heurigen Jahr weitergeführt wird. Ich denke daran, daß wir im Bereich des Wehrgrabens durch den Ausbau der ehemaligen Hack-Liegenschaft, FAZAT usw., Akzente setzen, die, glaube ich, beispielgebend sind. Ich möchte aber auch nicht versäumen, danke zu sagen den sogenannten privaten Investoren im inneren Bereich. Ich denke hier an die Passage, die Umgestaltung des Kreisgerichtes Steyr. Es ist ein gelungenes Werk, das Leben in die Stadt bringt. Ich denke aber auch daran an die Sanierung durch den Landesverlag, die ehemalige Vereinsdruckerei. Auch hier wurden Akzente gesetzt, die bedeutende Fortschritte im inneren Bereich für das wirtschaftliche Leben darstellen.

Meine Damen und Herren, ich glaube auch, daß wir alleine mit Förderungen seitens der Stadt diese Dinge nicht bewältigen können. Es ist heuer auch in der Landesregierung ein Wechsel eingetreten. Herr Landesrat Leibenfrost hat seine Funktion zurückgelegt und Landesrat Leitl ist ihm nachgefolgt. Landesrat Leibenfrost hat uns für den Ausbau des Wehrgrabens zumindest Hoffnungen gemacht, er hat Zusagen und Hoffnungen gemacht, die wir auch mit Landesrat Leitl in sehr kurzer Zeit verwirklichen wollen, damit diese Entwicklung dort weitergeht.

Wir haben in dem Bereich der inneren Kultur noch eine wichtige Aufgabe, das ist die Regelung des Verkehrs. Dieser Wunsch, der immer stärker von der Bevölkerung an uns herangetragen wird, muß verwirklicht werden. Das ist eine Qualitätsverbesserung des inneren Bereiches. Hier soll uns das im vorigen Jahr in Auftrag gegebene Verkehrskonzept eine wesentliche Basis für unsere Entscheidungen sein. Wir haben vor, diese Dinge mit der Bevölkerung zu besprechen.

Auf dem Gebiet der Beschäftigung der Behinderten haben wir keine unterschiedlichen Auffassungen. Bei der geschützten Werkstätte ist es so, daß von der Bundesbahn noch nicht endgültig abgesagt ist, sondern daß wir bei der letzten Besprechung angeregt haben, ob nicht ein Tausch mit der Z-Leasing mit einem Gebiet im Bereich des Hinterberger Industrieparks mit der Bundesbahn möglich wäre, weil die geschützte Werkstätte dort sehr günstig errichtet werden könnte, weil die Verkehrsverbindung dort günstig ist. Es wird auch ein Wohnheim für Schwerstbehinderte

in Gleink errichtet, das mehr als 20 Millionen kostet. Hier darf ich kurz auf den Beitrag des Kollegen Eichhübl eingehen. Als erste Organisation hat die Volkshilfe Steyr für dieses Wohnheim praktisch das gesamte Vermögen, das in ihrem Besitz war, 250.000,-- Schilling, als Baustein übergeben. Ich möchte keine Volkshilfedebatte hier abführen, das würde zu weit führen, wir haben am 30. 11. mit dem Rechnungshof, das war ein Sonderauftrag des Rechnungshofes, der aber nicht im Zusammenhang mit Steyr, sondern mit Volkshilfedingen in Wien stand. In diesem Zusammenhang sind auch die Bezirks- und Landesorganisationen geprüft worden. Am 30. 11. also war die Abschlußbesprechung und es ist voraussichtlich so, daß die Bezirksorganisation Steyr nicht einmal einen Abschlußbericht bekommen wird, sondern hier sind die Dinge noch offen. Es ist hier die Subventionsgewährung durch die Stadt überprüft worden usw. Es kann sein, daß ich als Bürgermeister hier den Bericht des Rechnungshofes zugeteilt bekomme. Ich habe aber noch keine schriftliche Mitteilung darüber und möchte mich daher in dieser Richtung nicht verbreitern. Zu Kollegen Oskar Holub darf ich sagen, wir wären sehr froh und würden sofort eine Physiotherapeutin oder einen Physiotherapeuten einstellen, wenn wir einen bekommen würden. Wir haben größte Probleme, in Gleink ist z. der Behindertenkindergarten, der wird von einer selbständigen Physiotherapeutin betreut. Wir haben vor, daß wir in unserer Sonderschule eine Physiotherapeutin, die noch in Ausbildung steht, einstel-

len, damit nicht der Abbruch, wenn die Kinder vom Behindertenkindergarten in die Sonderschule kommen, der Betreuung gegeben ist. Das wird in den nächsten Tagen verwirklicht.

Ich wäre für jeden Namen, der mir in dieser Richtung genannt wird, dankbar. Ich darf sagen, wenn die geeignete Kraft zur Verfügung steht, wird sie bei uns eingestellt. Das darf ich zusichern, das ist überhaupt keine Frage.

Zu den Wohnungen, Kollege Tremel, die freistehen. Du gestattest, daß ich, obwohl es heute Deine letzte Sitzung ist, sage, daß die Zahlen nicht stimmen. Wir haben vom zuständigen Landesrat Habringer am 17. 10. 1990 ein Schreiben erhalten. In diesem wurde um Mitteilung gebeten, wieviele Wohnungen in Steyr frei sind. Es sind immer Zahlen genannt worden um die 1.000 herum. Es wurde eine Erhebung durchgeführt, in den Monaten Oktober und November. Diese hat letztlich ergeben, daß als Rest 496 Wohnungen verblieben sind, wo unter Umständen die Möglichkeit einer Vermietung vorhanden wäre. Alle diese 496 Hausbesitzer wurden besucht von Beamten, es wurden Erhebungen durchgeführt und übriggeblieben sind 20 bis 30 leerstehende Wohnungen, die tatsächlich zur Verfügung stehen. Ich könnte diesen Brief verlesen, es wurde also sehr gewissenhaft überprüft. Von den Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften wurde uns mitgeteilt, daß keine leerstehenden Wohnungen vorhanden sind. Es sei denn, solche die gerade in Vergabe sind. So schaut die Situation aus. Ich kann nicht unseren Beamten, die diese Erhebungen durchgeführt

haben, unterstellen, daß sie schlampig waren. Das kann ich nicht tun. Das wollte ich zu diesem Wohnungsproblem sagen.

Wir wollen uns wirklich bemühen auf diesem Gebiet, und das ist ein Schwerpunkt, etwas zu tun.

Die Mittel für den Ankauf für die Durchfahrt sind sicherlich vorhanden. Wir haben einen verhältnismäßig kleinen Betrag mehr oder weniger als Anmerkpост, der für Grundankäufe vorhanden ist. Wir haben aber bisher nicht grünes Licht bekommen von den Steyr-Werken, die derzeit Besitzer dieses Grundes sind. Wir betreiben den Ankauf dieser Durchfahrt natürlich auch. Selbstverständlich ist auch die Nordspange ganz hoch oben in unserer Prioritätenliste.

Ich möchte mit diesen Äußerungen meine Stellungnahme beenden. Kollegen Leithenmayr und Dr. Schmidl möchte ich für die Erstellung des Budgets herzlich danke sagen und darf abschließend hier noch einmal sagen, daß mich heute die Erklärung des Kollegen Tremlauch persönlich sehr berührt hat. Otto, ich darf das sagen, Du warst nicht nur einer, der die Meinungs- vielfalt ermöglicht hat, sondern Du bist ein echter Verlust für diesen Gemeinderat.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL  
HOLUB:

Ich gebe den Vorsitz wieder zurück an Dich.

BÜRGERMEISTER HEINRICH  
SCHWARZ:

Eine Wortmeldung liegt mir noch vor, Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR  
SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

In der heutigen Budgetdebatte möchte ich, wie in den vergangenen Jahren, zur Wirtschaftsförderung und zu den wirtschaftlichen Maßnahmen der Stadt Steyr einige Anmerkungen machen. In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde werde ich mich aber bemühen, mich sehr kurz zu halten.

Die gesamten Mittel für wirtschaftsfördernde Maßnahmen betragen für das Jahr 1991 - wie wir gehört haben - 9,8 Millionen Schilling. Von diesem Betrag gehen allerdings mehr als rund zwei Drittel, also 6,7 Millionen, als Förderung an BMW Steyr. Erfreulicherweise wurden rund 2 Millionen vorgesehen, die zur Förderung von mittleren Betrieben aufgewendet werden sollen. 500.000 Schilling bleiben für Kleingewerbeförderung übrig und weitere 500.000 Schilling sind für Betriebsansiedlung, im speziellen für den Ausbau der Gußwerkstraße, vorgesehen. Positiv möchte ich auch den Ansatz von S 100.000,- in der Gruppe Gemeindestraßen für die Grundeinlösung im Bereich der Hauptrepa für den Bau der Entlastungsstraße Resthofstraße vermerken. Dieser Betrag wird wahrscheinlich zu eng sein, aber es sind schon öfter Budgetansätze überschritten worden. Ich bin froh, daß dieser Ansatz überhaupt im Budget vermerkt wurde.

Die effektive Erhöhung der Mittel für Wirtschaftsförderung und wirtschaftliche Maßnahmen beträgt gegenüber 1990 jedoch nur 600.000 Schilling, da die Förderungszahlungen an BMW entsprechend höher sind als im

Vorjahr. Diese unsere Wirtschaftsförderung ist noch immer zu bescheiden. Ich habe im vergangenen Jahr den Vorschlag gemacht, aus dem Steueraufkommen der Wirtschaft 3 Prozent für Gewerbe und wirtschaftsfördernde Maßnahmen zusätzlich zu budgetieren. Bei einer heuer vorgesehenen Lohnsummensteuer für das Jahr 1991 von 91 Millionen und 40 Millionen Gewerbeertragssteuer, also zusammen 131 Millionen Schilling, würden 2 Prozent schon 2,6 Millionen Schilling ergeben, die zusätzlich für unsere Wirtschaft bereitgestellt werden könnten.

Zu den Förderungen im allgemeinen wäre zu sagen, daß a) Richtlinien geschaffen werden müßten, die Firmengröße, Investitionen, Anzahl der Beschäftigten, Umsatz etc. berücksichtigen und nach deren Kriterien die Förderungsmittel vergeben werden sollten. Derzeit ist es so, daß je nach Gutdünken, Sympathie oder sonstiger Verbundenheit die Förderungsmittel völlig unkontrolliert und unberechenbar verteilt werden.

Allerdings, das möchte ich auch positiv vermerken, gab es in letzter Zeit einige Zuteilungen, die auf einem Zinsenzuschuß beruhten und das wäre eine akzeptable Lösung.

Nicht rückzahlbarer Zinsenzuschuß für getätigte Investitionen, der entsprechend der zumutbaren Belastung und der Relation, Investition Umsatz, oder Betriebsgröße oder Beschäftigte gestaffelt gewährt wird, z. B. in einer Größenordnung von zwei bis 5 Prozent Zinsenzuschuß.

In diesem Zusammenhang möchte ich aber auch eine Kritik anmerken, und zwar auf die gegen die

Stimmen der ÖVP abgeänderte Vergabeordnung. Die, wie vorauszusehen war, immer wieder zu Problemen und zur Kritik Anlaß gibt. Durch Preisverhandlungen mit den drei Erstbietern ist eine objektive Vergabe an den Bestbieter praktisch ausgeschlossen. 2. Gibt es keine Richtlinien, wann verhandelt werden soll. Hier wird immer der ortsübliche und der angemessene Preis zitiert. Wir haben das öfters erlebt, daß bei Bauvorhaben oder Investitionen um 500.000 Schilling preisverhandelt wurde, daß aber Millionenaufträge unverhandelt an den Billigstbieter vergeben wurden ohne zu verhandeln. Weil z. B. der Zweitbieter so weit darüber lag. Wer bestimmt, wann zu verhandeln ist, wer verhandelt? Bleibt es den Fachbeamten vorbehalten? Ich glaube, diese unklaren Richtlinien sollten nicht auf dem Rücken der zuständigen Beamten ausgetragen werden.

Weiters werden die Bieter dazu schriftlich aufgefordert, gibt es einen Verhandlungstermin und werden schriftliche Aufzeichnungen darüber gemacht? Meines Wissens sind nicht immer diese Aufzeichnungen gemacht worden. Alle diese Fragen gehörten in Richtlinien festgelegt, damit objektive und klare Entscheidungen getroffen werden können. Ein besonderes Anliegen ist uns die Grundvorsorge für Gewerbeansiedlungen. Wir alle wissen, daß wir praktisch keine Gewerbegebiete mehr haben. Es müßten daher Mittel für den Ankauf weiterer Grundstücke vorgesehen werden. Ich weiß schon, daß wir in Hinterberg 62.000 Quadratmeter Industriegrund durch ein Leasingunternehmen für Betriebsgründungen aufbereitet haben,

aber dort kommen nur Industriebetriebe in Frage. Für Gewerbe- und Handelsbetriebe haben wir nichts anzubieten. Ich denke hier im besonderen an die Gründe in der Ennser Straße vom Grundner bis Gleink, eine der letzten stadtnahen und attraktiven Möglichkeiten für Betriebe. Hier wäre auch unser Modell der Gewerbehöfe realisierbar. Die Errichtung von Gewerbehöfen ist eine unserer offenen Forderungen aus dem alten Budget, der man bisher in keiner Weise nachgekommen ist. Die Realisierung soll, wie öfters dargelegt, in 3 Phasen erfolgen: Mittelbereitstellung für ein Nutzungskonzept und Kalkulation der voraussichtlichen Kosten; Ermittlung der Interessenten. Hier würde die Handelskammer diese Aufgabe übernehmen. Errichtung der Baulichkeiten und Vermietung. Gerade für Jungunternehmer wären diese Gewerbehöfe eine ideale Startbasis, aber auch für Betriebsinhaber, die im dichtverbauten Gebiet keine Möglichkeit zur Erweiterung haben, sowohl aus räumlichen als auch Emissionsgründen, die bei Betrieben in Wohngebieten automatisch sich ergibt, sehr wertvoll.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die schon mehrmals vorgebrachte Forderung nach einer geordneten Raumplanung und Flächenwidmung verweisen, um die Verquickung von Wohngebiet und Betriebs- bzw. Geschäftsbaugelände, soweit es noch geht, zu entflechten bzw. eine sinnvolle Neuplanung zu gestalten. Ich zitiere hier nur Resthof im Bereich der alten Gewerbebetriebe Resthofstraße und jetzt die Wohnverbauung im Resthof und die Fabrik Sommerhuber.

Für die noch immer brachliegenden Reithoffergründe fordere ich die Mittelbereitstellung für einen Architektenwettbewerb, der eine städtebaulich optimale und zweckmäßige Planung vorsehen soll, die Grundlage für die Genehmigung einer späteren Bebauung sein soll.

Als weitere wirtschaftsbelebende Maßnahme möchte ich wiederum die Althausanierung, insbesondere im Steyrdorf und Wehrgraben, anführen.

Die Stadt muß sich hier auch im Privatbereich stärker engagieren. Kostenlose Beratung, Bauaufnahmen, Sanierungsvorschläge, Ausarbeitung der Ausschreibungsunterlagen, Hilfestellung für alle möglichen Förderungsansuchen. Hiefür müßte eine eigene Budgetpost wie in anderen Städten mit historisch wertvoller Bausubstanz angesetzt und ausgeschüttet werden. Nicht nur Mittel für die Fassaden und Dächer. Es gibt ja Bemühungen, zum Beispiel der Beirat Steyrdorf, doch die Aufwendungen dafür sind noch zu gering bemessen.

Durch die verstärkte Bautätigkeit in der Althausanierung würde sich die Wirtschaftskraft unserer Stadt verstärken und durch erhöhte Steueraufkommen zum Teil die öffentlichen Investitionen wieder eingespielt werden.

Ein besonderes Anliegen der Wirtschaft ist die ehestige Fertigstellung des Verkehrskonzeptes für die Realisierung von Parkmöglichkeiten in Altstadtnähe. A) Schiffmeisterhaus, Betreuung des Parkdeckes der ÖBB beim Bahnhof und Verkehrsregelung und Gestaltung des Stadtplatzes sowie ganz vordringlich wünscht und fordert die Wirtschaft die Be-

treibung der Nordspange, also die Entlastung des innerstädtischen Verkehrs, speziell des Taborknotens, und bessere Anbindung dadurch an den öö. Zentralraum.

Unsere Stadt muß gerade aufgrund der negativen Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit seit 1984, Verlust von 1.000 Arbeitsplätzen und damit auch entsprechender Kaufkraftverlust, bereit sein, nicht nur neue Unternehmen nach Steyr zu bringen, sondern auch gute eingeseessene Betriebe in ihren Investitionen entsprechend zu unterstützen.

Diese investierten Mittel fließen letzten Endes wieder in die Stadtkasse zurück und tragen so dazu bei, unsere Stadt schön und für Fremde attraktiv und für ihre Bewohner lebenswert zu erhalten.

**BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:**

Ich danke Kollegen Schloßgangl. Er war der letzte Redner in der Liste. Ich erteile Kollegen Leithenmayr das Schlußwort.

**VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich möchte zuerst danke sagen für die sachlichen Diskussionsbeiträge, die gebracht wurden, die in vielen Fällen auch Übereinstimmung gezeigt haben, aber die auch von einer gewissen Meinungsvielfalt gekennzeichnet waren. Das ist ja auch nichts Ungesundes, wenn 4 oder 5 verschiedene Fraktionen in den Gedankenaustausch treten in Anbetracht der Budgetdebatte.

Ich fange der Reihe nach an. Kollege Vizebürgermeister Holub hat am Beginn seiner Ausführungen die Zusammenarbeit in den Vor-

dergrund gestellt, die die ÖVP will. Ich glaube, daß wir sagen können von der sozialistischen Fraktion aus, wir wollen diese Zusammenarbeit auch. Unser Bürgermeister ist ja lebendes Beispiel dafür, daß er das bis zum Exzeß betreibt und versucht, den Konsens herzustellen. Das kann man wirklich sagen. Es ist aber so, daß jeder hinter sich eine Fraktion hat. Der, der eine große Fraktion hat, hat auch jedesmal einen großen Druck hinter sich und die Demokratie bringt es mit sich, daß manchmal auch die Mehrheit eingesetzt werden soll, was auch nichts Schlechtes ist, sondern etwas ganz Natürliches. Die Mehrheit hat ja auch das größte Vertrauen erhalten bei den Wahlen. Das möchte ich doch dazu sagen. Er hat hier ein wenig negative Zeiten von Bürgermeister Franz Weiss so quasi aus der Vergangenheit hervorgeholt. Ich möchte sagen, Bürgermeister Weiss hat - wie alle Menschen - gute und schlechte Seiten gehabt, so sind wir Menschen halt, das ist das Menschliche an uns. Ich glaube, daß er ein guter Bürgermeister für die Stadt Steyr war, daß in seiner Zeit sehr viel geschehen ist und daß es manchmal auch härtere Auseinandersetzungen gegeben hat. Auch das soll bekanntlich vorkommen, auf dem Boden der Demokratie ist das durchaus möglich. Die Querverbindungen zwischen dem ordentlichen, dem außerordentlichen Haushalt, die Du angeschnitten hast, sind richtig. Diese Verbindungen muß man herstellen. Ich möchte nur im Bezug auf die Kanalanschlußgebühr, die Du angeführt hast, sagen, daß dieser erhöhte Betrag, der aus der heute beschlossenen Erhöhung nicht

budgetiert wurde. Ich glaube, daß das der Ausdruck einer seriösen Vorgangsweise ist, weil das Budget haben wir doch lange vor der heutigen Beschlußfassung über die Erhöhung erstellt. Das möchte ich erklären. In einem weiteren Beitrag hast Du angesprochen, daß Du immer recht bekommst, weil Du jahrelang schon mahnst, es wäre notwendig, hier Folgekostenkalkulationen zu machen. Zu überlegen, was kostet uns der laufende Betrieb von Investitionsprojekten usw. Ich muß dazu sagen, es besteht doch kein Grund, so verzagt zu sein wie in der Vergangenheit. Dies deswegen, weil wir – der Beweis liegt vor – ausgeschrieben haben den Posten eines Wirtschaftsakademikers, der uns solche Entscheidungsunterlagen in Hinkunft liefern soll. Ich muß sagen, ich habe zwar das Protokoll gelesen, daß Du solche Kalkulationen verlangst, aber es ist ein Gedankengang, der auch bei mir, und zwar bevor ich das Protokoll gelesen habe, entstanden ist. Das hängt vielleicht auch damit zusammen, daß man geprägt ist auch von seiner eigenen Lebenserfahrung, die man z. B. in einem Produktionsbetrieb anders erfährt, als in einem öffentlichen Dienst. Allein da heraus kommt auch schon eine positive Meinungsvielfalt zustande. Das Sozialbudget, das Du angeschnitten hast und leicht kritisierend bemerkt hast, daß es nicht wirklich die strukturellen Veränderungen bringt. Ich gebe zu, daß in diesem Budget diese Ansätze nicht erkennbar sind, aber Bürgermeister Schwarz hat auf die geschützte Werkstätte, die Du angesprochen hast, hingewiesen. Es gibt sehr intensive Gespräche, um hier zu einem Ergebnis zu kommen. Ich weiß, daß sehr lange

– fast zu lange – geredet wurde, auch für meinen Geschmack. Wir müssen dieses Projekt in eine Finalisierungsphase bringen. Es haben aber gerade in letzter Zeit viele Klarstellungen stattgefunden. Man hat im Bezug auf den Standort noch nie so konkrete Vorstellungen gehabt. Wir haben einen Platz gesucht, wir haben mit den Bundesbahnen erst in jüngster Zeit intensivste Verhandlungen und Gespräche geführt. Es ist so, daß sie zerschlagen sind die Gespräche. Die Bundesbahnen haben hier ihre Mithilfe angesagt und ich hoffe, daß es in dem Bereich dort – ich glaube, daß es richtig ist, daß man eine Anbindung des öffentlichen Verkehrsmittels und die Aufschließung braucht. Hier haben wir, glaube ich, große Fortschritte erreicht, nicht nur im Bezug auf die Beschaffung des Grundes, das ist noch nicht finalisiert. Auch da werden wir uns bemühen müssen. Wir müssen uns aber auch bemühen, daß die Finanzierungsbeiträge des Bundes, des Sozialministeriums und des Landes zugesagt werden. Soweit waren wir meines Wissens in der Vergangenheit nicht und wir haben eine wesentliche Hürde auch noch zu überwinden gehabt, weil das Land und der Bund in dieser Frage nicht unbedingt auf eine Meinung zu bringen waren. Es geht um die Schwerstbehinderten, die vom Land in einem kleineren Maßstab sehr wohl betreut werden könnten in einer Form der geschützten Werkstätte. Es geht aber dann um die größere geschützte Werkstätte, die in Form einer Gesellschaft hier auch entstehen soll. Wir haben uns nicht vorstellen können, daß man an dem einen Eck eine kleine macht für die Schwerstbehinderten

und an einem anderen Eck in Steyr es vielleicht wieder der Zukunft überläßt, ob wir doch zu einer Gesellschaft in dieser Form kommen, wo betriebswirtschaftliche Aspekte eine viel stärkere Rolle spielen. Wir haben erreicht, daß man das in einem gemeinsamen Projekt bringt und die Finanzierungszusagen sind da.

Es ist angesprochen worden dieses Projekt der Lebenshilfe, dieses Behindertenheim. Es wird uns große Anstrengungen abverlangen. Das ist, glaube ich, ein weiterer wichtiger Meilenstein in unserer Sozialpolitik. Auf der einen Seite geschützte Werkstätte, auch eine echte Betriebsgründung, das muß man auch sehen, dort werden auch Steuern bezahlt, in der Größenordnung, daß etwa 60 bis 70 Menschen Arbeit finden im Endausbau. Und auf der anderen Seite dieses Behindertenheim für jene Menschen, die nicht das Glück gehabt haben, so wie wir, einem normalen Arbeitsleben nachzugehen. Hier hat die Gesellschaft wichtige Aufgaben. Wir wollen diesen Aufgaben nachkommen und wenn wir die nächsten Budgets über diese Probleme diskutieren, dann werden wir dort auch entsprechende Ansätze hineingehen müssen. Das ist aber eine Perspektive, die über dieses Budget hinausgeht.

Altstadtwiederbelebung war ein weiteres Thema. Ich habe den Wohnbau nicht so angesprochen, das haben wir schon im Zwiegespräch angeführt, daß hier der 20 Millionen-Ansatz alleine schon eine beträchtliche Vermehrung des Ansatzes darstellt. Es hat dankenswerterweise Kollege Tremml das schon hervorgehoben.

Altstadtwiederbelebung, das ist ein

wichtiges Problem und wurde schon mehrmals im Gemeinderat diskutiert. Hier gibt es schon einen wichtigen Ansatz im Budget, nämlich den Architektenwettbewerb, den wir zur Stadtplatzgestaltung machen wollen, der auch einen Übergang über die Enns mit einschließen soll und da schließt sich der Kreis bis hin zum Parkdeck, von dem man nichts mehr hört, wie Kollege Eichhübl gesagt hat. So ist das nicht. Auch in der Frage Parkdeck haben wir vor 14 Tagen des letzte Gespräch gehabt. Ich möchte das nur sagen, damit der Gemeinderat informiert ist. Wir haben sehr konkret festgehalten an der räumlichen Situierung dieses Parkdecks, nicht irgendwo das hinzuschieben, sondern an der räumlichen Situierung so, daß ein möglichst kurzer Weg zum Zentrum der Stadt, zum Stadtplatz gewährleistet erscheint. Daß auch eine Anbindung über einen Steg möglich erscheint, das war uns ganz wichtig, und auch die Größenordnung dieses Parkdecks war auch für uns ein wichtiger Punkt. Es gibt jedenfalls eine Planung bei der ÖBB, die diesen Vorstellungen entspricht. Wobei das zweite Problem, die Finanzierung, uns noch gewaltige Schwierigkeiten bereiten könnte. Ich sage das auch ganz offen. Man sieht also, es ist hier schon vieles im Fluß, auch im Bezug auf die Altstadtwiederbelebung. Wir werden aber gerade im Wohnbereich, auch das habe ich schon gesagt, in der Belebung des Stadtzentrums mit Wohnbevölkerung wirklich neue Konzeptionen uns vornehmen müssen. Das wird wahrscheinlich nicht gehen, ohne auch Geld dafür in die Hand zu nehmen, um solche Modelle zu entwickeln. Vielleicht

können wir das nicht ganz alleine, es gibt allerdings schon einige Modelle, die nicht so schlecht funktioniert haben. Wir müssen ja nicht bei der Stunde null anfangen.

Im Sozialbereich ist außerdem festzuhalten, daß hier doch auch bei der Altenbetreuung ein Schritt nach vorne getan wird, daß wir aus dem Titel auch Kosten auf uns nehmen müssen. Es ist, glaube ich, ein Schritt in die richtige Richtung, weil durch diese Altenbetreuung, durch diese mobile Altenbetreuung, die Menschen länger in ihren Wohnvierteln, in ihrer angestammten Wohngegend, bleiben können. Das ist meiner Meinung nach psychologisch doch sehr gut, es ist auf der einen Seite viel menschenfreundlicher, auf der anderen Seite spart es uns Kosten, weil wir im Altersheim den Andrang nicht so stark haben, wie das sonst der Fall wäre. Es wird sich daraus auch ableiten, was auch gesagt wurde von Ihnen, glaube ich, Herr Oskar Holub, daß wir dadurch stärker in den Pflegebereich hineinkommen, weil erst zu einem späteren Zeitpunkt - ich will keinen Vaterschaftsprozeß anzetteln. Auch da sind wir in Übereinstimmung.

Der Schuldenstand, darüber kann man diskutieren, diese leichten nicht Übereinstimmungen hängen damit zusammen, daß der Voranschlag früher erstellt wurde, als der Nachtragsvoranschlag. Hier gibt es ein kleines Problem beim Timing, wie man so schön sagt. Daraus resultieren eben unterschiedliche Zahlen. Die Zahlen selbst aber sind richtig zusammengezählt und interpretiert worden. Man kann das nur von verschiedenen Gesichtspunkten unterschiedlich tun.

GEMEINDERAT OTTO TREML:  
Das sind Experten.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, das sind Experten und die wissen das. Sie haben ja auch lange genug trainieren können. Bei mir ist das nicht so leicht, ich habe erst angefangen.

Die Neuverschuldung ist, das möchte ich auch bemerken, meistens dann in der Praxis kleiner, als sie im Voranschlag vorgesehen wurde. Das ist nicht immer zur Freude aller, weil unter Umständen auch gewisse Projekte nicht durchgeführt werden. Ich weiß das schon, aber wir haben korrekt alles, was wir uns vornehmen, auch budgetiert. Ich stelle das nur fest, das ist auch von Kollegen Holub angesprochen worden, daß man natürlich auf beiden Seiten Toleranzgrößen wird mit überlegen und berücksichtigen müssen. Sowohl bei den Einnahmen als auch bei den Ausgaben.

Im Zusammenhang mit dem Sparkassenverkauf, der angesprochen wurde von Kollegen Holub, und der Appell, daß man hier die Zweckmäßigkeit zukünftiger Ausgaben aus diesem Titel mit dem Geld, das wir erhalten, und auf die Verantwortung, an die er appelliert hat, dem kann ich nur vollkommen beipflichten. Ich persönlich neige dazu, daß wir eher diesen leichten warmen Regen als eine langfristige Finanzierungsquelle für gemeinnützige Anliegen der Stadt sehen sollten. Ich jedenfalls bin ein Anhänger dieser Überlegungen. Gemeinderat Oskar Holub hat hier eine große grüne Rede gehalten mit einer fast endlosen Wunschliste, die ich auch schon bei anderen

Gelegenheiten, z. B. im Parlament, gehört habe. Ich glaube, daß vieles durchaus wünschenswert ist, manches wahrscheinlich auch gemacht werden kann. Wie das halt bei den Wunschlisten ist, nach oben gibt es halt fast keine Grenzen. Bei der Finanzierung solcher Wünsche sind uns halt leider Grenzen gesetzt.

Wir sollen, das ist ein Appell von ihm, die Müllsortierung oder die Müllentsorgung nicht Privaten überlassen. Ich glaube, das habe ich richtig verstanden, aber man wird sehr genau schauen müssen, wem man diese Verantwortung übertragen kann. Es ist wahrscheinlich die Verlockung manchmal sehr groß, sich auch am Müll eine goldene Nase zu verdienen. Wir wollen eine saubere, ordentliche Entsorgung haben und wir wissen, daß wir sehr viel Geld dafür bezahlen. Da möchten wir auch die Gewißheit haben, daß wirklich ordentlich entsorgt wird. Umweltherater, das ist ein ziemlich neues Anforderungsprofil, wir müssen uns überlegen, auf welcher Ebene wir das machen. Wir haben, wie wir alle wissen, eine neue Abteilung für diesen Bereich installiert und werden in dieser Gewichtsklasse gehen lernen müssen. Wir haben einen sehr engagierten Stadtrat in diesem Bereich, der stellt das immer wieder unter Beweis. Wir werden, so hoffe ich, auch zu Ergebnissen kommen. Sollten wir in Spezialgebieten Spezialberatung brauchen, kann man das vielleicht auch – im Spital würde man sagen ambulant – vorübergehend oder temporär zukaufen. Sollten wir das dauernd brauchen, müssen wir in dieser Richtung denken.

Biotonne ist bekannt, da haben wir

einen Versuch laufen im kommenden Jahr. Wir werden sehen, wie sich diese entwickelt.

Sperrmüllcontainer haben wir auch mehrfach diskutiert. Wir wollen nicht für alle Umlandgemeinden als Sperrmüllentsorger auftreten. Wir müssen auch mit der neuen Regelung leben lernen, es wird Vorteile geben, vielleicht auch manche Nachteile, aber solche Dinge müssen sich einspielen. Dazu brauchen wir Geduld.

Behindertenhilfengerechte Einrichtungen wurden gefordert. Ich glaube, es ist vieles geschehen auf diesem Gebiet, noch nicht alles. Steyr ist vielleicht keine leichte Stadt für Behinderte, wenn ich mir die Topografie ansehe. Aber bei neuen Projekten oder Arbeiten, die durchgeführt werden, wollen wir den Aspekt des behindertengerechten Vorgehens wirklich in die Tat umsetzen.

Keine Monopolisierung der Sozialhilfeleistungen, da ist etwas daran, das wird man sich anschauen müssen.

Pflegeanstalt haben wir schon besprochen. Neue Therapien einsetzen im Zentralaltersheim, das wurde von beiden Herren Holub angesprochen. Hier ist ein kleines Finanzierungsproblem auch zu berücksichtigen. Mir ist bekannt geworden, daß neue Therapien, die in Altenheimen angeboten werden, jetzt mitfinanziert werden vom Land. Das ist eine der letzten positiven Ansätze unseres Landesrates Hermann Reichl gewesen, daß er verkündet hat, er wird bei solchen neuen Aktivitäten, nicht bei den alten, auch Landesmittel fließen lassen. Wir sollen das sicher in Anspruch nehmen und schauen, daß wir das tatsächlich auch ansprechen können. Grundsätzlich

bin ich dafür.

Quotenregelung bei Wohnungsvergabe für Ausländer. Ich glaube, ich habe das richtig verstanden. Ich bin an und für sich für eine Quote bei der Einwanderung, weil es ein Anspruch ist, ein sozialpolitischer, den wir vertreten. Wir können nicht unentwegt sagen, kommt nur herein, und können dann nicht die entsprechend zumutbaren Lebensbedingungen bieten. Hier muß man sehr genau abwägen. Es ist sehr zu begrüßen, daß sich auch die Sozialpartner in dieser Frage verständigt haben. Wir haben große Probleme im Wohnungsbereich, wir werden jetzt schauen müssen, daß wir – wie das aus dem Budget hervorgeht – zusätzlichen zur Verfügung stellen. Ich würde mir eine Quotenregelung, so wie du das gefordert hast, ungeprüft nicht gerne auf das Aug drücken lassen. Ich sage das, man muß sich das überlegen und es muß eine genauere Prüfung durchgeführt werden.

Ein besonderer Gag war die geplante oder geforderte Sprengung des Forum-Kaufhauses. Ich würde sagen, würden wir einen Häßlichkeitswettbewerb ausschreiben, ich glaube, dann würde das Forum nicht gewinnen. Es gibt in Steyr viel häßlichere Häuser.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Aber es liegt ziemlich weit vorne.

VIZEBÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist eine Frage des subjektiven Empfindens, aber es gibt häßlichere Häuser. Ich glaube, wir alle wissen, von welchen wir hier reden und an welche wir denken

würden.

Parkplätze an der Peripherie. Dazu sage ich auch ja, aber Parkmöglichkeiten in Zentrumsnähe wären genau so wichtig. Das sehe ich ex equo. Hier müssen sich diese beiden Parkmöglichkeiten für den ruhenden Verkehr ergänzen können.

Umstellung der Autobusse auf Flüssiggas. Daran hat bei der Stadt Steyr, wenn Sie das auch nicht glauben, Herr Kollege Holub, schon jemand gedacht. Es ist eine Prüfung durchgeführt worden, was das kosten würde, die Umstellung unserer städtischen Autobusse. Das geht hin bis zur ganzen Logistik und bis zur Garagierung usw. Lis hat sich gezeigt, daß allein diese Umstellung 30 Millionen Schilling kosten würde. Zudem ist nicht heraußen, daß das Flüssiggas um so viel umweltfreundlicher ist als moderne Motoren. Hier wird es wahrscheinlich zielführender und zweckmäßiger sein, bei der Erneuerungsinvestition auf das modernste Angebot zurückzugreifen. In diesem Zusammenhang, weil wir bei den Autobussen sind, habe ich schon einmal gesagt, ich bin auch ein Anhänger kleinerer Busse, die hier flexibler eingesetzt werden können. Wir sollten an dieser Überlegung festhalten.

Kollege Tremel hat eines seiner Lieblings-Steckenpferde geritten, nämlich die Förderung der Großbetriebe. Aber es ist richtig auch von Kollegen Schloßgangl gesagt worden, daß ein Großteil dieser Mittel, die im Budget dafür ausgewiesen sind, für eine solche Förderung sind. Aber wir können die Dinge ja beim Namen nennen. Ohne dieses große Werk würde die ohnehin nach wie vor sehr prekäre Arbeitsmarktsituation viel schlech-

ter ausschauen. Es war, wenn es auch sehr teuer war, eine richtige Entscheidung, mutig dafür einzutreten, daß dieses Unternehmen nach Steyr gekommen ist. Es wird auch dann - leider müssen wir noch verdammt lange darauf warten - wenn diese Förderungszeit vorbei ist, wird es sich recht schnell zurückspielen. Jedenfalls freue ich mich auch darauf, wenn das eintrifft. Ich hoffe, daß wir das ein bißchen erleben, daß in der Kasse aus diesem Titel es stärker klingelt als jetzt.

Es ist ein wirtschaftspolitischer Realismus, den man sehen muß. Das ist, glaube ich, richtig geschehen. Zum Beitrag in Richtung Arbeitslosigkeit und die Gefahren, das kann ich nur voll unterstreichen. Hier sehe ich die Dinge ähnlich.

Finanzsituation aufgrund der Studie ja. Befürchtungen gibt es und es ist unsere Aufgabe und unser Einsatz gefordert, dieser Entwicklung entgegen zu steuern. Viele Prognosen treffen deswegen nicht ein, weil sie gemacht wurden und weil richtig reagiert wurde. Das glaube ich, scheint für uns ein Auftrag zu sein.

Zum Finanzausgleich bin ich weitestgehend übereinstimmend. Das ist ja auch eine Forderung der sozialistischen Partei, Koalition mit dem Bürger, der Gemeinde mehr Autonomie einzuräumen und nicht weniger, wie das manchmal den Anschein hat und hier auch mehr finanzielle Mittel den Gemeinden zuzuführen.

Über Politikerbezüge möchte ich heute grundsätzlich nichts mehr sagen, da ich das schon getan habe bei der Bezügeverordnung.

Ich freue mich, daß bezüglich der Vorschläge der KPÖ und meiner

Person und der des Kollegen Schmidl bzw. der sozialistischen Fraktion viele Übereinstimmungen da waren. Das trifft gleichermaßen auch zu für Vorschläge der ÖVP-Fraktion und auch der Fraktion der GAL sowie der Freiheitlichen. Vielleicht gibt es ein paar unterschiedliche Positionen, aber ich bin nicht dafür, daß wir gleich die Stadtwerke privatisieren, weil mir das gerade einfällt. An sich gibt es viele Übereinstimmungen. Ich würde auch hier keine Vater-schaftsprozesse führen.

Besonders freut es mich, das habe ich schon gesagt, daß die Anstrengungen auf dem Sektor des Wohnungsbaues so positiv von Dir gewürdigt wurden. Natürlich ist es richtig, daß wir Elendsquartiere - das ist zwar ein hartes Wort - aber wirklich die schlechtesten Unterbringungsmöglichkeiten beseitigen wollen.

Die anderen Probleme habe ich zum Teil schon angesprochen. Umweltschutz geht bis zum Flüsterasphalt.

Kollege Eichhübl, Nordspange, da gibt es größte Übereinstimmung, ebenso bei der Schnellstraße zum Zentralraum. Resthofstraße, das hat Bürgermeister Schwarz angesprochen. Es gibt ad 1 einen Ansatz. Wir haben nicht darauf vergessen, wir warten ein Gutachten ab, um hier die entsprechenden Verhandlungen führen zu können, und hier eine Entscheidung herbeizuführen. Selbst wenn die Stadt dort nicht diesen Ankauf tätigen sollte, ist es klar dokumentiert auch Richtung Steyr-Daimler-Puch, wiederholt gemachte Äußerung und Klarstellung, daß die Stadt möchte, daß die GfM hier eine Grunderweiterung, eine Arrondierung zugestanden be-

kommt, diesen Teil käuflich erwirbt, und an dieser Grenze wollen wir diese Straße durchführen.

Ich glaube, es tut mir leid, daß offensichtlich der Informationsfluß nicht optimal gewesen ist. Im Bezug auf Verkehrszählungen möchte ich Kollegen Zagler bitten, recht rasch hier die anderen Kollegen des Verkehrsausschusses über Zählergebnisse zu informieren. Es ist berechtigt gewesen die Kritik, daß aus der Zeitung das wieder anders klingt. Hier möchte ich bitten, das so schnell wie möglich zu machen.

Ich kann nur sagen zum Ausscheiden von Kollegen Tremel, der 45 Jahre Funktionär war, daß er immer offen und aufrichtig für seine Meinungen eingetreten ist. Rein persönlich möchte ich – es wird wahrscheinlich noch Gelegenheit sein, in gebührender Form zu danken, und zwar besser vorbereitet wie heute, wo Du uns damit überrascht hast mit Deiner Erklärung. Ich will Dir sagen meinen Dank und Respekt als Hermann Leithenmayr und als Funktionär einer anderen Partei für Deine Tätigkeit, die Du als Demokrat und als Meinungsbildner für die Stadt geleistet hast. Ich glaube, Du warst immer Bereicherung im Gemeinderat und hast viel für Belebung gesorgt, was ganz besonders wichtig ist.

Der Letzte in der Reihe war Kollege Eichhübl. Zu seinen Vorschlägen, Privatisierung der Stadwerke, kann ich nur nein sagen. Zum Amtsblatt, das auch immer von Dir kritisiert wird, ich glaube, daß es hier ein Positivum ist unser Amtsblatt. Ich höre von Linzern, ich höre von Welsern, ich höre von Bürgern aus anderen Städten eigentlich nur das Beste über unser Amtsblatt. Vielleicht siehst Du es

einmal nicht als Repräsentation – das ist offensichtlich für Dich ein Reizwort – vielleicht siehst Du das als Marketing für unsere Leistungen als Stadtverwaltung. Das sollte man auch tun. Irgend jemand hat einmal gesagt, selbst der liebe Gott hat es notwendig, daß am Sonntag die Glocken geläutet werden. Wir müssen auch unsere Leistungen verkaufen und das geschieht eben mit unserer Gemeindezeitung.

Das Radwegnetz ist auch in unserem Programm und in unserer Planung drinnen. Die Kinderspielplätze werden derzeit im Rahmen eines Konzeptes verbessert, saniert, erneuert. Ich bin ein Anhänger, der dafür ist, daß man sich darüber Gedanken macht und daß man anfängt mit einem Verkehrsverbund. Es ist natürlich auch ein anspruchsvolles Unterfangen. Ich bin nicht in der Lage zu sagen, so geht das und wir sind in einer Randlage zum Zentralraum. Man sollte das schon bei dieser Gelegenheit dazusagen. Aber an sich halte ich es für ein zukunftsorientiertes Denken, das uns vielleicht ein bißchen aus der Isolation herausbringen könnte und das geeignet erscheint, unseren öffentlichen Verkehr attraktiver zu machen.

Verkehrsfreiheit Stadtplatz. Da bin ich auch persönlich ein Anhänger, das habe ich schon angesprochen. Hier soll die Lösung mit den Menschen gesucht werden, mit den Menschen, die hier leben und arbeiten am Stadtplatz. Gegen die Leute kann man das nicht tun. Ich glaube aber, daß die große Mehrheit zu überzeugen sein wird, daß das eine gute Lösung sein könnte. Parkdeck ÖBB, dazu habe ich bereits Stellung genommen. Resthofstraße ebenfalls. Das Verkehrskon-

zept wird große Anforderungen an die Funktionäre der Stadt stellen. Ich bin überzeugt, daß das so sein wird und es zeigt sich, wie schwierig es ist, grundsätzliche Änderungen im Verkehrsbereich herbeizuführen. Da wird viel Vorbereitungsarbeit notwendig sein, auch im Verkehrsausschuß. Wir werden uns diesen Anforderungen schon gewachsen zeigen, das glaube ich schon, daß wir dazu in der Lage sind.

Zum Schluß noch zum Christkindlmarkt. Ja, das ist in kleinen Gemeinden öfter leichter. Ich pflichte Dir bei, vielleicht gilt für Steyr ein wenig der Spruch, viel Leut, viel Sinn. Es müßten sich halt diejenigen, die kommerziell diese Christkindlmärkte wollen und daran verdienen können, einigen. Die Stadt, das hat der Bürgermeister wiederholt, hat erklärt, sie wird jede sinnvolle Initiative unterstützen und es ist richtig. Da pflichte ich voll bei, daß eine Stadt, die einen Ortsteil hat, der Christkindl heißt, nicht mehr draus macht, das ist eigentlich kein Ruhmesblatt für unsere Fremdenverkehrs- und sonstige Politik. Wir müßten wirklich die klügsten Köpfe zusammenspannen und versuchen, hier Konzeption zu machen, die glaube ich, wirklich realistisch zum Tragen zu bringen wäre.

Ganz oder fast zum Schluß, Volkshilfe ist angesprochen worden. Wir glauben, daß wir hier Menschen, die unverschuldet in Not geraten sind, daß wir diese Leute unterstützen sollen, daß das ein Auftrag ist, besonders der sozialistischen Partei, die in der Zwischenkriegszeit hier eine Selbsthilfeorganisation ins Leben gerufen hat. Wir glauben, daß wir

auch heute aufgrund unserer Erfahrungen eine solche Einrichtung benötigen würden. Aber die Zeit ist nicht stehen geblieben und es hat sich manches verändert. Es ist eine große österreichische Organisation, genannt die Volkshilfe, ins Leben gerufen worden und die sozialistische Arbeiterhilfe ist ohne Änderung der Organisationsstruktur in dieser Volkshilfe aufgegangen. Wir haben uns, das ist wirklich ein Fehler, der uns als solcher vorgehalten wird und den wir uns gefallen lassen müssen, daß man sich die Statuten zu wenig angeschaut hat. Wir haben so weiter getan, wie es vorher war. Es ist jetzt zu dieser Problematik gekommen. Die Wahlzeit spielt dabei natürlich auch eine Rolle. Man kann dabei politisches Kleingeld machen möglicherweise. Es gehört zur politischen Kultur, daß hier nicht Menschen, die integer sind, die ihr Leben lang für ihre Ideale gegangen sind, und die versucht haben, den Mitmenschen zu helfen, und von denen man weiß und jeder davon überzeugt ist, daß sowohl unser Landesrat Reichl als auch unser Bürgermeister Schwarz niemals auch nur annähernd in die Nähe des Verdachtes kommen, daß sie irgendwo persönlich etwas getan hätten, was nicht integer ist.

Es gehört dazu, daß man das auch sagt und nicht eine Haltung einnimmt, die schwierig oder nicht ganz so sauber ist, wie wir das gerne hätten, wenn man von politischer Kultur und politischer Hygiene spricht. Es freut mich daher, daß hier - das möchte ich wirklich sagen - Kollege Eichhübl nach einer kleinen Auseinandersetzung, die wir im Kreis der Fraktionsführer gehabt haben, mannhaft gesagt hat, er

steht dazu, daß der Bürgermeister im Amt bleiben soll und daß das kein Grund für einen Rücktritt sei. Ich freue mich auch, daß Kollege Oskar Holub dieselbe Meinung vertreten hat bei der Fraktionsvorsitzendenbesprechung. Ich kann ihn daher auch mit Vergnügen zitieren. Auch er hat erklärt, daß er nicht für den Rücktritt von Bürgermeister Schwarz ist. Daher ist dieses Problem in der vorweihnachtlichen Zeit auch ausgeräumt und es ist ein gutes Zeichen für unseren Gemeinderat.

Zu Kollegen Schloßgangl möchte ich ganz zum Schluß noch sagen, Wirtschaftsförderung, da bin ich der Meinung, daß ein bißchen an den Richtlinien gearbeitet wird, so daß etwas mehr Objektivität - so kann man es sagen - oder vielleicht mehr Richtlinie entsteht. Natürlich ist es nicht richtig, ein Korsett zu basteln. Alle wissen aus eigener Erfahrung, wie halt jeder Mensch anders ist, ist auch jeder Betrieb anders. Die Unterschiede sind da und daher muß man schon Gelegenheit haben, diesen Umständen zu entsprechen auch in der Wirtschaftsförderung. BMW ist so ein Beispiel. Man kann unterschiedlicher Meinung sein. Ein kleiner Gewerbetreibender kann wieder ein ganz anderes Beispiel sein. Wir sollten uns das überlegen und sollten wissen, daß Wirtschaftsförderung nicht nur ein Akt ist, wenn man einem kleinen Krämer eine neue Kaffeemaschine kauft oder einen Zuschuß gibt. Hier geht es darum, zu investieren in den gesamten Bereich hinein, damit diese Region interessant ist, daß sich Firmen eben hier bei uns ansiedeln. Das möchte ich vielleicht sagen. Eine Grundsatzdis-

kussion über die Vergabeordnung können wir durchführen, wenn wir noch einige Erfahrungen gesammelt haben. Wir glauben, daß der Schritt in die richtige Richtung stattgefunden hat, daß hier diese Verhandlungen stattfinden können. Wir werden die Erfahrungen überlegen müssen, einordnen müssen und dann möglicherweise gewisse Novellierungen durchführen müssen.

Damit wäre ich am Ende. Ich hoffe, daß ich die wichtigsten Punkte beantworten konnte. Ich danke noch einmal für die Aufmerksamkeit, wünsche persönlich und im Namen der sozialistischen Fraktion zum Weihnachtsfest allen Mitgliedern des Gemeinderates, den Beamten, den Herren der Presse, das Allerbeste, daß sie friedvolle Weihnachten verbringen mögen. Ich wünsche mir und allen im Gemeinderat im nächsten Jahr eine gute Zusammenarbeit zum Wohle der Bürger unserer Stadt Steyr.

Applaus

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Leithenmayr für sein ausführliches Schlußwort. Ich glaube, Du hast gar nichts vergessen, das möchte ich sehr deutlich sagen.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wer dem Voranschlag 1991 die Zustimmung gibt? Danke. Wer ist gegen den Voranschlag? Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (1 FPÖ, 1 GAL) angenommen.

Damit ist der Voranschlag 1991 beschlossen.

Damit sind wir am Ende der Ta-

gesordnung angeht. Wir kommen zur Aktuellen Stunde, die nicht stattfindet. Das haben wir uns bereits vorher ausgemacht.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist die letzte Sitzung im Jahr und ich darf der Ordnung halber bekanntgeben, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates in Höhe von S 840.609,-- zur Kenntnis genommen hat und bei den Verhandlungsgegenständen S 20,054.450,-- beschlossen wurden. Ich möchte nochmals allen sehr herzlich danken für die Mitarbeit und möchte die Gelegenheit jetzt benützen, allen ein frohes, besinn-

liches Weihnachtsfest zu wünschen und uns allen wünsche ich ein schönes, erfolgreiches, gesundes 1991.

Ende der Sitzung: 21.35 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.  
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Walter Strobl e. h.

Otto Tremml e. h.